

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Kurt IV. Nr. 1942.

Freitag, den 2. Februar 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Kurt IV. Nr. 1942.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Spaltenbreite oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Artikel und Verfammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pro Nummer 10 Pfg. Vierteljährlich 3,30 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntagsnummer mit Multiplizierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 RM. pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnis-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat.
Erscheint täglich außer Montags.

Zur Toleranzdebatte.

Im Reichstag kam es am Mittwoch bei der Erörterung des Toleranzantrages wiederum zu einer allgemeinen Religionsdebatte. Herr Stöcker behauptete wieder einmal, daß das Christentum der Träger der ganzen modernen Gesittung und Kultur sei, und daß die Menschheit ohne Religion wieder in den Zustand der Barbarei zurückfallen müsse. Der Zentrumredner wies die Verdienste des Christentums nicht minder. Dabei war es ihm freilich nicht leicht, die katholische Kirche gegen den Vorwurf der Hege- und Hexenverbrennungen zu verteidigen. Herr Osel suchte sich damit herauszureden, daß er meinte, man dürfe die Handlungen der Kirche in früheren Jahrhunderten eben nicht mit unserer heutigen Moral messen. Uebrigens hätten ja auch — Herr Stöcker habe das zu Unrecht bestritten — die Protestanten Hege verbrannt oder in anderer Form hingerichtet.

Daß solche Reden im deutschen Reichstag gehalten werden können, ist nicht minder als das Schulverpfändungsgezet des preussischen Landtags ein beschämender Beweis für die wachsende intellektuelle Verwahrlosung des Bürgertums. Die viel gefeierten Helden unserer klassischen Dichtung, die Goethe, Schiller, Lessing, die Männer, deren Schaffen in gewissem Sinne als der Höhepunkt der geistigen und sittlichen Kultur Deutschlands gilt, sie waren nicht religiös, sie standen dem Christentum ablehnend gegenüber. Und trotzdem darf heute, ein Jahrhundert später, ein Stöcker unter dem Beifall der Reichstagsmehrheit den Anspruch wagen, daß es ohne die Religion, ohne das Christentum keine Kultur gäbe!

Das Christentum, das Herr Stöcker meint, ist nicht ein Förderer der Kultur, sondern in ganz überwiegendem Maße das größte Hemmnis, der erbitterteste Feind des Kulturfortschritts gewesen. Denn das eigentliche, das Urchristentum, dieser schwärmerische Glaube einer nach irdischer Erlösung schmachtenden Menschheit, hat mit dem späteren Kirchenchristentum, der christlichen Staatsreligion, absolut nichts gemein. In unserem Wechnachtsartikel zeigten wir ja schon, daß das Urchristentum im Grunde nichts gewesen sei, als ein in mythische Formen gekleideter Sozialismus. Das Urchristentum glaubte an die nahe Wiederkunft Christi, an die Errichtung des tausendjährigen Reiches der Gleichheit und Brüderlichkeit hier auf Erden. Die ersten Christengemeinden nahmen es ernst mit der Lehre der Brüderlichkeit; nicht nur „in Christo“ betrachteten sie einander als Brüder, sondern sie betätigten ihre Nächstenliebe auch dadurch, daß sie in Gütergemeinschaft lebten. Diese kommunistische, das Privateigentum und den Massenhaß verwerfende und bekämpfende Christenlehre zog sich begreiflicherweise ebenso die grimmige Feindschaft der Herrschenden zu, wie die heutige Sozialdemokratie. Diese Urchristen waren auch in der Tat gefährliche Umstürzler, sie waren genau so Feinde der staatlichen „Ordnung“, wie gegenwärtig die „vaterlandslose Rotte“. Daß sie von der Staatsreligion nichts wissen wollten, wäre von dem heidnischen Römerstaat, der im Punkte der Religion viel toleranter war, als später das zur Staatsreligion avancierte Christentum, noch ertragen worden; allein die Urchristen versagten auch der kaiserlichen Majestät die Ehrfürchtsbezeugungen, sie weigerten sich, an den kaiserlichen Geburtstagen, den „patriotischen“ Feiern teilzunehmen — genau so wie die heutige Sozialdemokratie. Ja, die Urchristen gingen noch weiter, sie verurteilten nicht nur den Krieg, sondern sie verweigerten sogar den Militärdienst, sie weigerten sich, Staatsposten zu bekleiden, da sie den Massenmord nun einmal nicht anerkennen wollten. Kein Wunder, daß die herrschenden Gewalten des römischen Reiches diesen Umstürzler Krieg bis aufs Messer erklärten und jahrhundertlang entsetzliche Christenmorde veranstalteten.

Schließlich aber, als die Machthaber im Staate einsehen, daß mit Gewalt nichts auszurichten war, schlossen sie ihren Frieden mit dem Christentum. Sie konnten das auch um so eher, als das Christentum allmählich viel von seinem staatsfeindlichen Charakter eingebüßt hatte. Als gar Kaiser Konstantin der Große so schlau war, das Christentum zur Staatsreligion zu machen, schloß dieses vollends seinen Frieden mit dem Massenmord, dem Kriege, söhnte sich die Religion der Nächstenliebe überraschend schnell aus. So „siegte“ das Christentum, indem es sein innerstes Wesen, seine Ideale, seine soziale Mission vollständig preisgab! An Stelle des Laienpriestertums trat gleichzeitig die priesterliche Hierarchie, die Macht einer unduldsamen und herrschsüchtigen Pfaffenkaste.

Der Geist des zur Staatsreligion gewordenen Christentums, also des Christentums der Stöcker und Osel, offenbarte sich bald in der schäblichsten Verfolgung Andersdenkender. Es war nur zu natürlich, daß, da das soziale Elend der Ausgebeuteten und Entrechteten geblieben war, der kommunistische Geist des Urchristentums immer wieder auflebte. Und jetzt übernahm das offizielle Christentum die Vorkämpferrolle, die in den ersten Jahrhunderten der christlichen Zeitrechnung die heidnische Staatsregierung den Urchristen gegenüber gespielt hatte. Mit derselben Bestialität, die die ersten Christenverfolgungen ausgezeichnet hatte, verfolgte nun die päpstliche

Kirche das wiederauflebende Urchristentum, die Waldenser, die Apostelbrüder, die Begharden, Lollharden, Taboriten, böhmischen Brüder usw. Mit Feuer und Schwert wütete die Kirche gemeinsam mit den weltlichen Mächten gegen diese Sekten. Unzählige Tausende wurden lebendig verbrannt, enthauptet, erwürgt — in Christi Namen!

Das ist die „Kultur“, die das offizielle Christentum, das Christentum unserer geistlosen und tonsurirten Staatskirchendiener, der Menschheit gebracht hat!

Freilich, Herr Osel hat recht, der Protestantismus hat keine geringere Intoleranz bewiesen, er hat es, soweit das die veränderten Zeitumstände zuließen, an bestialischer Verfolgungswut dem Katholizismus gleichgetan! Mit Recht wies Herr Osel darauf hin, daß ja auch Calvin den spanischen Gelehrten Michael Servet wegen Gotteslästerung auf den Scheiterhaufen gebracht habe. Der Zentrumredner hätte noch hinzufügen können, daß nicht nur Zwingli's Nachfolger Bullinger, sondern auch Philipp Melancthon diese protestantische Hegeverbrennung durchaus gebilligt haben! Das Zentrum könnte sich ferner darauf berufen, daß es im Jahre 1572 in dem protestantischen Heidelberg auf Veranlassung des Kirchenrates zu einer Hegehinrichtung kam. Johann Sylvan, Inspektor zu Ladenburg, wurde auf dem Marktplatz enthauptet, weil er Irrlehren gegen die Dreieinigkeit verbreitet haben sollte! Daß es nicht häufiger auch unter den Protestanten zu Hegehinrichtungen kam, verhinderte nur die Abhängigkeit der protestantischen Kirche von den Fürsten, die, nachdem sie durch Zwangseinführung der Reformation das Kirchengut eingekasselt hatten, toleranter waren als ihre Pfaffen. Wäre das nicht der Fall gewesen, so hätten sich sogar die Protestanten gegenseitig mit wahrer Wollust auf den Scheiterhaufen geschickt. So mühten sich Lutheraner, Zwinglianer und Calvinisten damit begnügen, sich gegenseitig durch Schmähchriften und Schmähreden in den tiefsten Hölleypfuhl hineinzuwünschen. Die theologischen Hänkerien nach Luthers Tode waren geradezu Virtuosenleistungen von wütesten Schimpfereien. Der arme Melancthon brach ob dieses „christlichen“ Treibens einmal in den Stoffseufzer aus: „Wie wird sich die Nachwelt wundern, daß es ein so rasendes Jahrhundert gegeben hat.“

Auch darin hat Herr Osel recht, daß der Protestantismus sich an den entsetzlichen Hegebränden ebenso eifrig beteiligt habe wie der Katholizismus. Doch darf der Katholizismus für sich die Ehre in Anspruch nehmen, das Hexensamornen erst in Mode gebracht zu haben. Und zwar war es die Inquisition, die, erst in Frankreich, dann in Deutschland, die Hegeprozesse einfuhrte. Nachdem dann Papst Innocenz VIII. im Jahre 1484 durch eine Bulle den deutschen Inquisitoren das Vorgehen gegen die Hererei zur besonderen Pflicht gemacht hatte, wurden dann bald die Hegeverbrennungen, die bisher nur vereinzelt Erscheinungen gewesen waren, ein großes betriebenes. Der Protestantismus aller Richtungen wetteiferte später mit dem Katholizismus auf dem Gebiete der Hegeverbrennererei.

Nun sagte Herr Osel, man dürfe diese ja nicht hinwegzulenkenden Schandthaten des offiziellen Christentums nicht mit dem Maßstabe der heutigen Moral messen, sondern aus dem Kulturzustand der damaligen Zeit heraus beurteilen. Nun ist es ja richtig, daß nicht nur die Luther und Calvin, nicht nur die Inquisitoren an das Hegewesen glaubten, sondern auch geniale Köpfe, wie der große Satiriker Johann Büchard. Andererseits aber steht fest, daß der Hegeglaube erst dann zu Hegeverfolgungen ausartete, als die katholische Kirche sie als eine neue Art der Hegeverbrennungen in Schwung brachte! Die Kirche, das offizielle Christentum ist also voll verantwortlich für die grauenhafte Hinrichtung der Hunderttausende von Ungläublichen, die der graue Hegeglaube an den Brandpfahl schnürte.

Uebrigens: wenn Herr Osel verlangt, daß man auch die Taten des Christentums als Ausflüsse der damaligen Zeitmoral, die ihrerseits wiederum ein Produkt des jeweiligen Kulturzustandes ist, beurteilen solle, so hat er damit selbst über die angebliche Kulturmission des Christentums den Stab gebrochen. Herr Stöcker behauptete, das Christentum habe die Menschheit aus der Barbarei zu der heutigen sittlichen Kultur emporgehoben, und Herr Osel protestiert dagegen, daß man von dem Christentum eine höhere Moral verlange, als sie in dem Wesen einer rückständigen und barbarischen Zeit gelegen habe!

Nun, ein jedes Kind weiß ja heute, daß die Verfeinerung der Moralbegriffe, die Geburt unserer geistigen Kultur nicht dem Christentum, sondern der ökonomischen Entwicklung zu verdanken ist, die wiederum die Vorbedingung zur Entwicklung der Wissenschaft darstellt. Was heute an humanitären Begriffen lebendig ist, ist nicht die Frucht des offiziellen Christentums, sondern vielmehr die Frucht des Kampfes gegen die kirchliche Intoleranz, gegen die dogmatische Verdrummungswut, gegen das Evangelium der Untertanenkeuschheit, das von dem offiziellen Christentum stets gepredigt worden ist.

Und so kulturfeindlich das Christentum stets gewesen ist, so kulturfeindlich ist es auch noch heute. Unterstützt unsere Kirche nicht die Kolonialpolitik trotz all ihrer entsetzlichen Greuel? Hat sie je den Versuch gemacht, der schmä-

lichen Völkerverheerung ein Ende zu machen? Und hat sie nicht stets gegen die Mühseligen und Beladenen, die Armen und Glenden Partei ergriffen zugunsten der Reichen und Mächtigen? Kein Wunder, daß die Abneigung gegen die Kirche immer mehr wächst, daß sich das Wort Renaus immer offener erfüllt:

Das Licht des Himmels läßt sich nicht verhängen
Durch Pappmützel oder schwarze Kutteln!

Die Revolution in Rußland.

Scheimerlaß für die Untersuchung des Eisenbahnerstreiks.

Der russische Eisenbahnerstreik, der Rußland ungeheure Verluste gebracht hat, bildet jetzt Gegenstand der lebhaftesten Diskussionen in den höheren russischen Regierungskreisen, und man will bis in die kleinsten Details eine Untersuchung einleiten, um in Zukunft die Wiederholung eines solchen Streiks unmöglich zu machen. Zu diesem Zwecke ist nun den Betriebsvorstehern soeben ein überaus charakteristischer Scheimerlaß zugestellt worden, worin es unter anderem heißt:

„Ich beehre mich, die Betriebsvorsteher zu bitten, statt mündlicher Ausfrage alle Eisenbahnangestellten zu veranlassen, daß sie ihre Angaben absolut geheim und schriftlich machen, aufrichtig und wahrheitsgetreu, ohne zu fürchten, daß es bekannt gemacht wird, die Ursachen des Streiks vom 22. Dezember v. J. sowie die ihnen bekannten Umstände angeben, die ein klares Bild über die Entstehung, Fortdauer und Beendigung des Streiks geben könnten. Hierbei sind die Angestellten darüber anzuführen, wie wichtig es für diejenigen Eisenbahner ist, die jetzt eines freiwilligen Aufschusses an den Streik beschuldigt werden, die Sache in ihrem wahren Lichte darzustellen und dadurch zu ermöglichen, bei der Untersuchung die gegen sie erhobene Beschuldigung niederzuschlagen und diejenigen Personen anzugeben, durch deren Schuld vielleicht der größte Teil der gänzlich unschuldigen Angestellten gelitten hat. Solche Angaben müssen in geschlossenen Kuverts von den Betriebsvorstehern selbst geprüft, gruppiert, systematisch geordnet und mit persönlichem Kommentar versehen mir zugesandt werden. Da auch ich dringend erkaufte werde, die Angelegenheit schnellstens zu erledigen, bitte ich Sie, für die Zustellung der Angaben eine siebenstägige Frist zu geben, wonach eine ebenso lange Zeit zur Aufstellung der Berichte und der Beschuldigungen gewährt wird.“

Will man Raube üben, oder sich die „Schuldigen“ nur für künftige Fälle merken?

Sie ist nicht tot!

Petersburg, 1. Februar. Die Nachrichten aus Riga lauten wieder sehr ernst. Die Revolution hat von neuem begonnen. Infolgedessen hat der dortige Gouverneur um Truppen gebeten, die bereits auf dem Wege nach dort sich befinden.

Petersburg, 1. Februar. In Tiflis sind neue ernste Unruhen ausgebrochen. Es kam zwischen Armeniern und Muhammedanern mehrfach zu einem Handgemenge, wobei zahlreiche Personen getötet oder verwundet wurden. Die Truppen sind zu gering an Zahl, um einschreiten zu können. Zahlreiche Läden wurden von den Aufständischen (?) geplündert.

Rache.

Warschau, 1. Februar. Hier sind gestern fünf Israeliten wegen terroristischer Gewalttaten kriegsgerechtlich erschossen worden.

Die Katten verlassen das sinkende Schiff.

Petersburg, 1. Februar. Großfürst Alexis Alexandrowitsch beschloß, alle seine Liegenschaften in Rußland an die Landbevölkerung zu einem Preise abzutreten, welcher von einem Ausschusse der Landleute selber bestimmt werden soll. Der Kaufpreis soll in jährlichen Abzahlungen erlegt werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Februar.

Die zweite Lesung des Reichsetats.

Heute begann die zweite Lesung des Etats, die mit häuslichen Angelegenheiten des Reichstags einsetzte. Beim Etat des Reichstags brachte Desoffe Singer Beschwerden vor, die — ganz abgesehen von der Diätenlosigkeit — die kleinlich-bureaucratische Behandlung des Reichstags bloßstellten. Am Schlusse voriger Session ist es den Abgeordneten verweigert worden, ihnen die Akten des Reichstags aus ihrer Berliner Wohnung nach ihrem Wohnort nachsenden zu lassen — eine Kleinlichkeit, die an die Bismarcksche Behandlung des Reichstags erinnert. Mit dem Abg. Erzberger (Z.) trat Singer für eine Besserstellung der Beamten der Hilfskanzlei und der Diener des Hauses ein. Graf Orloa (nat.) schloß sich den Klagen des Abg. Arendt (L.) über die angeblich unzureichende Verpflegung der Abgeordneten durch die Küche des Hauses an und wünschte eine bessere Zubereitung der Speisen, wie sie Arendt fordere. (Zuruf: Roßcher! Heiterkeit.) Für die Toilettenbedürfnisse der Branden wünschte Graf Orloa in feinerer Rede einen — Freier; im preussischen Abgeordnetenhaus steht ein solcher zur Verfügung.

Der Präsident, Graf Ballestrem, sagte eine Veranschaulichung der Wünsche zu, unter denen sich noch die Anlegung eines Generalpredigsters für die Reichstagsverhandlungen, die Einrichtung eines Ferndruckers sowie die freie Zustellung des „Reichsanzeigers“ usw. befanden. Auch die mangelhafte Ausschmückung des Hauses kam zur Sprache.

Dann begann die auf sechs Tage berechnete Beratung des Etats zum Reichamt des Innern. Die sozialpolitische

Stellung der Parteien wurde heute durch Dr. N. ... präzisiert, ohne daß dabei irgendwie tatsächliche Besonderheiten zutage getreten wären. Die bekannte lazierende, durchgreifende sozialpolitische Reformen hindernde Haltung des Zentrums wurde durch den Abgeordneten Trimborn mit einem oratorischen Gieritzang umzogen. Die falschen Paß des Längers wurden dann freilich recht scharf durch unseren Genossen Fischer-Berlin gekennzeichnet, der die ganze sozialpolitische Lage an der Hand der Fabrikinspektionsberichte in einer 2 1/2 stündigen Rede aufrollte, die Verschleppung nötiger sozialpolitischer Maßnahmen zum Schutze und zur Besserung der Lage der Arbeiter durch die Regierung und die herrschenden Parteien mit schneidender Satire geißelte und Reformen im großen Stile verlangte, gegenüber den Misarbeiten der letzten Zeit. Für die Konservativen hatte der Oberzinstler und arbeiterfeindliche Scharfmacher Pauli-Potsdam die rechnerische Führung, der sich wohl groß fühlte, aber infolge seines engen sozialpolitischen Horizonts — wie stets — nur erheiternd zu wirken vermochte. Seine Aufgeblasenheit verdeckt das intellektuelle Defizit nicht. — Nach diesem Redner wurde die Debatte auf Sonnabend vertagt. —

Im Wald und auf der Heide.

Das Abgeordnetenhaus legte am Donnerstag die zweite Beratung des Etats fort. Die Herren befanden sich, da der Etat der Gutsverwaltung zur Debatte stand, in ihrem ureigenen Element. Es wurden hochbedeutende Reden über Kaltblut- und Warmblutjagd und ähnliche welterschütternde Dinge geschwungen, während kein einziger „Volksvertreter“ es für nötig hielt, beispielsweise über die traurigen Schulverhältnisse in Trakehnen, die doch immerhin für weite Kreise des Volkes mindestens ebenso wichtig sind, auch nur ein Wort zu verlieren.

Nach Erledigung des Gutsvertrags beriet das Haus noch den Etat der Forstverwaltung und einen Teil des Domänenetats.

Am Sonnabend wird sich die Debatte dem Etat der Zentralgenossenschaftskasse zuwenden. —

Preußen in Rußland voran!

Den Fällen Bernerstorfer, Jaurès, Kiewewitsch, Caah hat die preussische Polizei eben einen angereicht — den Fall Séménoff. Genosse Séménoff ist ein bekannter russischer Schriftsteller, der sonst im gastlichen Paris lebt, sich aber dieser Tage einfallen ließ, im unangenehmen Berlin zu erscheinen — auf Einladung von Freunden —, weil er — auf Einladung von Freunden — am letzten Mittwoch einen öffentlichen Vortrag in russischer Sprache über das Thema: „Die russische Freiheitsbewegung und die öffentliche Meinung Frankreichs“ halten wollte. Séménoffs Freunde hatten aber die Rechnung ohne den Wirt, den unwirklichen Polizeipräsidenten von Berlin, gemacht, als sie sich einredeten, ihr Gast werde unbefehligt in Berlin verweilen können. Auf administrativem Wege — ganz wie in Rußland-Rußland — wurde Séménoff aus Preußen-Rußland verbannt. Man war so gütig, ihm 24 Stunden Hefersfrist bis zur Abreise zu gewähren. Das wenigstens bringt die burleske Vorriesische Gastfreundschaft noch so mit sich. Der Verwiesene hat aber einen halben Tag früher den Berliner Staub von seinen Pantoffeln geschüttelt.

Natürlich wird der Anwalt des „Västigen“, Genosse Diebnecht, den Versuch machen, unter Benutzung der für solche Fälle gegebenen mehr als kümmerlichen Rechtsmittel, die Sache des Verlassenen zu führen. — Wie aber im Gegenzug zu unseren modernen Durchschnittsbürgern ein Kulturträger Schritte wie die des Berliner Polizei-Präsidenten beurteilt und empfindet, das wollen wir zum Schluß mit Hilfe des Briefes zeigen, den Séménoff uns schickt und den wir in wortgetreuer Uebersetzung — aus dem Französischen — hier wiedergeben:

Berlin, 31. Januar 1906.

Genossen! Die Polizei bleibt sich überall gleich. Die Curige hat mir soeben die Ehre erwiesen, mich auf Ersuchen der Zarenpolizei aus Berlin auszuweisen, wo ich ein paar Tage als einfacher, friedlicher Bürger zugebracht habe.

Ich hatte es übernommen, vor einer russischen Zuhörerschaft einen russischen Vortrag zu halten. In dem Augenblick, da ich das Podium besteigen will, werde ich von Kriminalpolizisten „eingeladen“, sie bis zum nächsten Polizeibureau zu „begleiten“.

Dort las mir, nach kurzem Verhör ein — übrigens sehr höflicher — Beamter den Anweisungsbefehl vor, demzufolge ich das Gebiet Preußens binnen 24 Stunden zu verlassen hätte, widrigenfalls die Folgen des Artikels 361 eintreten würden.

Das war alles — aber gerade genug, nicht wahr? Man ließ mich laufen, und ich konnte ruhig meinen Vortrag halten vor einer Versammlung, die so freundlich und so geduldig war, mich anzuhören.

Ich für meine Person habe dem nichts hinzuzufügen. Aber ich lege Wert darauf, Euch, Genossen, diese unqualifizierbare Handlung einer Regierung zu melden, die sich „zivilisiert“ nennt und doch nur der ergebene Diener des Zarenismus ist.

Mit brüderlichem Parteigrüß

Euer E. Séménoff.

Der Hamburger Wahlrechtsraub perfekt!

Es ist erreicht! Können die hanseatischen Wahlrechtsräuber ausrufen, die am Mittwochabend in fünfstündiger Sitzung die Verfassungsänderung zum Beschluß erhoben und damit schon im Prinzip der Wahlentziehung der ungeheueren Bevölkerung zugestimmt haben. Das noch folgende Nachspiel ist weiter nichts als Komödie. Die drei maßgebenden Fraktionen der Bürgerschaft — Linke, Zentrum und Rechte — hatten sich schon vorher verständigt, am Mittwoch, als am dritten Tage der Generaldebatte, Schluß zu machen; Vernunftsgründe ist diese um die Erhaltung ihres „Besitzstandes“ bedachte Gesellschaft nicht zugänglich, sie wollte nichts mehr hören. „Denn ein Recht zum Wählen, Lump, haben — in der Republik Mammonia — nur, die etwas haben.“ Dieses variierte Wort Heines schwebte dem herrschenden Pfefferacklingel als Richtschnur seines Handelns vor. „Wir üben die Diktatur aus, so lange wir die Macht haben, und damit basta!“ Sie hatten alle Säumigen und Schwanzenden zusammengerottelt, die um das „Wohl“ ihrer Republik bedachten Patrizier und deren Sachwalter, und so waren von 160 „Volksvertretern“ nicht weniger als 156 erschienen. Einer ist verstorben, drei sind schwer erkrankt — es war eine Präsenz, wie sie noch nie zu verzeichnen war. Es war mithin alles in die Wege geleitet, und so konnte der Schlußakt bei besetzten Rollen vor sich gehen.

Das müßte es, daß die Herren Dr. Petersen (Rechte) und Dr. Blund (Linke), die sich noch pglitisches Anstandsgefühl bewahrt haben, gute Argumente gegen die unerhörte Vergeßlichkeit der breiten Volksmassen vordrachten, man

wollte sie nicht hören, man könnte, unterhielt sich gruppenweise oder ging demonstrativ ins Foyer hinaus, ungeduldig des Augenblicks harrend, wo die Guillotine — die „Abmurfung“ der noch eingezeichneten Redner, darunter Bömelburg — in Funktion treten sollte. Nachdem noch der „liberale“ Hausmakler Rhode, genannt der Eugen Richter Hamburgs, die Sozialdemokratie in ihrer ganzen Schredhaftigkeit geschildert und darauf verwiesen hatte, daß die Sozis in — Wandsbeck sich nicht einmal davor scheuen, Gegner, die den Mut haben, bei der Stadtverordnetenwahl gegen die sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, zu boykottieren, und der Ausschußberichterstatler Dr. Zacharias das — kommunistische Manifest als für das hanseatische Staatswesen nicht passend bezeichnete hatte, war der „große Augenblick“ gekommen, wo Schluß gemacht wurde.

Damit die Schwanzenden nicht öffentlich Farbe zu bekennen brauchten, und um ihnen den Unfall zu erleichtern, wurde anstatt der beantragten namentlichen — geheime Abstimmung beschloßen. Die hanseatischen Wahlrechtsräuber arbeiten gern im Dunkeln; im Dunkeln haben sie den Wahlrechtsraub eingeleitet (in geheimen Konventikeln), im Dunkeln beschließen sie die Verfassungsänderung. Mit 120 gegen 35 Stimmen — also mit mehr als der erforderlichen Dreiviertelmehrheit — wird die Masswahl sanktioniert. Die Bahn für die Spezialdebatte des Wahlrechtsentwurfes ist frei, von jetzt ab ist nur noch die einfache Mehrheit erforderlich. Am nächsten Mittwoch beginnt die Spezialberatung der Ausschußvorlage.

Ob die herrschende Clique Hamburgs wirklich glaubt, daß das arbeitende Volk sich diese Brutalisierung auf die Dauer gefallen lassen wird? —

Bekanntlich bestand auch bisher schon in Hamburg keineswegs ein freiwählendes Wahlrecht. Die Hälfte der Bürgerchaftsvertreter wurde schon bisher von dem herrschenden und besitzenden Klängel gewählt, indem 40 Vertreter von den „Notablen“, d. h. den Richtern und Mitgliedern der Verwaltungsbehörden, und weitere 40 Mitglieder der 160 Köpfe starken Körperschaft von den Grundeigentümern zu wählen waren. Weitere 80 Mitglieder gingen aus den allgemeinen Wahlen hervor, an denen aber auch nur derjenige teilnehmen durfte, der 30 Mark Bürgergeld gezahlt hatte. Die ärmeren Schichten des Proletariats waren also völlig vom Wahlrecht ausgeschlossen. Also schon das bisherige Wahlrecht machte es der Sozialdemokratie, zu der sich die große Mehrheit der Gesamtbevölkerung bekennt, unmöglich, jemals auch nur die Hälfte der Bürgerchaftsmitglieder zu erobern!

Nach dem neuen Wahlgesetz soll nun die Hälfte der Vertreter aus den allgemeinen Wahlen geteilt werden. Zwei Drittel von den 80 Vertretern sollen aus der Abstimmung der Wähler mit mehr als 2500 M. Einkommen hervorgehen, während alle Bürger mit weniger als 2500 M. Einkommen nur ein Drittel von den 80 Bürgerchaftsvertretern, also nur ein Sechstel der gesamten Bürgerchaftsvertreter wählen dürfen! Es würde also der Sozialdemokratie im allgünstigsten Falle möglich sein, 24 von den 160 Vertretern zu wählen, trotzdem sie in den drei Hamburger Wahlkreisen im Jahre 1903 nicht weniger als 100 112 Stimmen abgegeben wurden, während alle übrigen bürgerlichen Parteien zusammen nur 61 717 Stimmen erhielten, welche sich auf 17 087 freisinnig-volksparteilichen, 36 618 national-liberalen und 7 112 auf verchiedene andere Parteien zerstückelten Stimmen zusammensetzte. Der Liberalismus ist es also auch in Hamburg gewesen, der ein ohnehin elendes Wahlrecht vollends in einen Hohn auf jede soziale Gerechtigkeit verwandelt hat!

Vorausichtlich wird die liberale Presse nun auch wieder behaupten, daß es die „Revolutionsromantik“ der Sozialdemokratie gewesen sei, die der — liberalen! — Reaktion Wasser auf die Mühle geliefert habe. So lesen wir schon heute im „Hamb. Korresp.“:

„Man kann es immerhin verstehen, daß die Dinge so gekommen sind. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Schwankung der Sozialdemokratie, die durch den Jenaer Parteitag eingeleitet worden ist, den der Vorlage zu Grunde liegenden Bestrebungen außerordentlich günstig gewesen ist. Die wüste Propaganda für die russische Revolution und der Versuch, zunächst in Sachsen ihre Methoden auf deutsches Gebiet zu verpflanzen, schließlich die bedauerlichen Ereignisse in Hamburg selbst haben „Stimmung“ für den Gedanken gemacht, dem Eindringen der Sozialdemokratie in die Bürgerschaft unverzüglich einen Damm entgegenzusetzen, der für alle Zeiten zu halten verspricht. Aber das war es nicht allein.“

Wir empfehlen diesen Erguß Blättern vom Schlage des „Berl. Tagebl.“ und der „Freien Deutschen Presse“ zur gefälligen Benutzung. Zugleich freilich ersuchen wir sie, auch die dann folgende Stelle abzudrucken:

„Sucht man ihnen (den Gründern der Wahlrechtsräuber) und ihren Wurzeln für einen Augenblick nachzugehen, so sieht man auf die Tatsache, daß die weiterverbreitete Abneigung des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie viel weniger auf politische Prinzipienfragen, die Dogmen des Marxismus u. dergl. zurückzuführen ist als auf die ungeheure Erschwerung der Arbeits- und Erwerbsverhältnisse durch den sogenannten Klassenkampf. Hamburg ist in erster Linie eine Geschäftstadt und zwar eine Stadt, in der man gewohnt ist, sich den Erfolg der Arbeit nur von der äußersten Anspannung aller beteiligten Kräfte zu versprechen; und da macht nun der größte wie der kleinste Arbeitgeber immer mehr die Erfahrung, daß seine Arbeiter die Solidarität des Geschäftes und seiner Glieder, die Solidarität der Arbeitsgemeinschaft, die in früheren Zeiten als eine selbstverständliche Sache galt, als nutzlosen Ballast über Bord werfen und an ihre Stelle das solidarische „Klassenbewußtsein“ setzen, d. h. der Arbeitgeber findet, und zwar im großen wie im kleinen nicht nur eine wachsende Gleichgültigkeit gegen die Interessen des Geschäftes, sondern sogar eine wachsende Feindseligkeit.“

Also nicht die „Revolutionsromantik“, sondern der praktische gewerkschaftliche Kampf hat die Wahlrechtsräuber zu ihrer Gewalttat veranlaßt! Wollen also die Arbeiter die „Sympathie“ des „liberalen“ Bürgertums zurückgewinnen, so müssen sie schon den Kampf um die Hebung ihrer materiellen Lage selbst aufgeben!

Deutsches Reich.

Zentrumsheuschrecke.

Die „Germania“ versucht sich mit einem Mal als schneidige Gegnerin des preussischen Dreiklassenwahlrechts aufzuspielen. Preußen gerate wirklich in Gefahr, in Deutschland hinteran zu marschieren, wenn es nicht auch endlich an eine Wahlreform herantrete. Es könne zur Wahrung und Stärkung des Ansehens Preußens im deutschen Volke nicht beitragen, wenn es sich in der Wahlrechtsfrage dauernd in der Gesellschaft von Sachsen und etwa noch Hamburg und Lübeck befinde. Das Zentrum habe ja keinerlei Partei-Interesse an der Reform des preussischen Dreiklassenwahlrechts, da es dadurch einen nennenswerten Zuwachs an Mandaten nicht zu erwarten habe. Es halte die Reform

lebendig „aus Gründen der Gerechtigkeit und im Interesse des sozialen Friedens“ für dringend notwendig.

Wenn sich das Zentrum als Verfechter der Gerechtigkeit geriert, so ist doch darauf hinzuweisen, daß es in Bayern und in Württemberg gerade das Fraktionsinteresse ausgezeichnet zu wahren verstanden hat. In Bayern tritt es für das allgemeine Wahlrecht ein, weil es dabei am besten fährt, während es in Württemberg eine berufständische Vertretung befürwortet, die gerade ihm besondere Vorteile zu bringen verspricht. Herr Gröber erklärte zwar im württembergischen Landtag, daß die berufständische Vertretung gerade eine feinere Ausbildung des Systems des allgemeinen Wahlrechts darstelle. Wäre dies aber wirklich der Fall, so hätte das Zentrum doch auch in Bayern für einen solchen Wahlmodus eintreten müssen. Das Zentrum tritt aber überall nur für dasjenige Wahlrecht ein, bei dem es selbst die meisten Vorteile zu erlangen hofft. Deshalb hat es auch noch keinerlei ernstlichen Versuch gemacht, die preussische Dreiklassenwahlreform zu beseitigen. Der bloße rhetorische Appell an die preussische Regierung, doch eine Wahlreform durchzuführen, hat nicht den geringsten Wert. Erst wenn das Zentrum den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nicht nur einbringt, sondern auch mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen bemüht ist, wird es den Beweis dafür liefern können, daß ihm tatsächlich die Gründe der Gerechtigkeit und das Interesse des sozialen Friedens wichtiger sind als sein egoistisches Fraktionsinteresse. —

Ein Rückfall ins Hummentum.

Die „Hilfe“ des Humenpastors Raumann stellt an uns folgende liebliche Zumutung:

„Der „Vorwärts“ spricht die Verdächtigung aus, wir nähmen in der Wahlrechtsbewegung eine „sehr zwiespältige Haltung“ ein. Was die Zeitung Rosa Luxemburgs schreibt, ist uns gänzlich gleichgültig. Nur ist es ein neuer Beweis dafür, daß es dem „Vorwärts“ an den Grundlagen fehlt, die eine sachliche Diskussion ermöglichen. Wir sind in der Presse und in zahlreichen Versammlungen mit aller Energie für das Recht der Demonstrationen eingetreten. Am 21. Januar aber war es gerade die Sozialdemokratie, die sich wohlweislich hütete, ihre blutigen Worte in die Tat umzusetzen. Da haben wir konstatiert, daß die ganze Revolutionsromantik zu nichts führt. Die Sozialdemokratie soll doch zeigen, daß sie genug Kurage hat, den Weg weiter zu gehen, um dessen willen sie erreichbare Fortschritte in den Wind schlägt. So lange das nicht der Fall ist, können wir diese ganze Taktik nicht anders betrachten, als das persönliche Verhalten der Polin Rosa Luxemburg während der russischen Revolution.“

Also auch Herr Raumann hätte es offenbar gern gesehen, wenn es am 21. Januar zu einem Blutvergießen gekommen wäre. Es geht nichts über christliche Nächstenliebe.

Davon, daß es der „Hilfe“ gänzlich gleichgültig ist, was wir über sie schreiben, sind wir umso mehr überzeugt, als uns die „Hilfe“ jedesmal, wenn sie sich mit uns beschäftigt, ein Exemplar ihrer betreffenden Nummer zugehen läßt, in dem die uns gewidmeten Aufmerksamkeiten blau angestrichen sind. —

Wilow und Bebel als Zeugen vor einem russischen Gericht.

Bebels Reichstagsrede, worin er die Zustände in den Disseprovinzen und speziell die in Reval geißelte, fand in der russischen Presse ein lebhaftes Echo und wurde u. a. von der Petersburger „Nowosti“ wörtlich wiedergegeben. In dieser Rede erblickte das russische Gericht jedoch eine Verleumdung der höchsten Gewalt und strengte gegen den Redakteur D. K. Potowitsch eine Anklage an, der nun seinerseits beantragt hat, eine ganze Anzahl Entlastungszeugen zu laden, darunter den deutschen Reichstagsführer Fürsten Wilow, den Reichstagsabgeordneten Bebel, den russischen Minister des Inneren Grafen Kambsdorf, die Admirale Awelan und Roschdestwenski, sowie mehrere Personen aus der nächsten Umgebung des Zaren und des deutschen Kaisers. —

Eine trübselige Wiener Spezialität.

Wie aus Wien verlautet, ist die Gründung einer großen antisemitischen Tageszeitung in Berlin ab 1. April in sichere Aussicht genommen. Finanziert wird das Unternehmen hauptsächlich von Wiener Kapitalisten, an deren Spitze der bekannte Führer der Christlich-sozialen, Herr Ernst Bergani, der Herausgeber des „Deutschen Volksblattes“ in Wien, steht. Das Gründungskapital beträgt vorläufig zirka 1/2 Million Mark. Das neue Blatt soll sich von sämtlichen konservativen und antisemitischen Richtungen unabhängig halten und alle Bestrebungen unterstützen, welche auf eine Bekämpfung des Judentums, der Sozialdemokratie und des Freijunns abzielen.

Der Wiener Antisemitismus ist die korrupteste Abart des korrupten politischen Gebildes, das sich Antisemitismus nennt. Mit der Ueberführung dieser Spezialität nach Berlin wird die Donaustadt an der Spree wenig Ehre einlegen. —

Der Zwiespalt in der deutschen Gerechtigkeit.

„Erhebt auch Ihr Euch einmütig in gewaltigen Massen und gebt Euren Willen laut und nachdrücklich kund. Laßt nicht ab, bis die Stunde ungenutzt vorübergegangen. Eilt in die Versammlungen, tretet ein in die Organisation der Sozialdemokratie!“ usw.

Was ist das? Ein Aufruf, die Stimme zu erheben — ein Aufruf, in die Versammlungen zu gehen — ein Aufruf, die Organisation der Sozialdemokratie zu stärken, werden unsere Leser, werden alle Unbefangenen sagen. — Nein, sagt das königl. Landgericht in Koblenz, das ist eine bewußte Aufforderung, in Preußen mit ungesetzlichen, gewalttätigen Mitteln gegen das bestehende Wahlrecht und die besitzenden Klassen vorzugehen. Warum? Weil in dem Flugblatt „An das preussische Volk“, um dies handelt es sich, auch von den Kämpfen in Rußland die Rede ist.

Das Landgericht in Koblenz hat wie folgt entschieden:

O. 10./6.

30.

Beschluß.

Die Beschwerde des Jakob A. Jigarrenarbeiters in Koblenz, gegen die am 12. Januar 1906 bei ihm vorgenommene Beschlagnahme der Flugblätter mit der Ueberschrift „An das preussische Volk“ wird zurückgewiesen. Die Kosten fallen dem Beschwerdeführer zur Last.

Gründe:

Die Beschlagnahme des angeführten, im Verlage von Adolf Hofrichter in Köln erschienenen und bei A. Gerich in Dortmund gedruckten Flugblattes ist durch Beschluß des königlichen Amtsgerichts in Ahrweiler vom 13. Januar 1906 angeordnet, weil der Inhalt desselben den Tatbestand des Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuchs begründet. Die Wirkung dieser richterlichen Beschlagnahme erstreckt sich auf alle Exemplare der Druckerei, auch auf diejenigen, welche außerhalb des Amtsbezirks des beschließenden Gerichts vorgefunden werden, also auch auf die hier in Rede stehenden.

Mit Recht hat das Amtsgericht Ahrweiler den Tatbestand § 130 des Strafgesetzbuchs für vorliegend erachtet.

Das Flugblatt wendet sich an die beständige Arbeiterbevölkerung und bringt dieselbe in einen Gegenstand zu den übrigen Staatsbürgern. Dies ergibt sich aus dem ganzen Inhalte; insbesondere aus den Behauptungen, das Dreiklassenparlament handele in „volks- und arbeiterfeindlichem Geiste“, habe die gerechten Forderungen der preussischen Bergarbeiter schmählich preisgegeben, die Volkvertretung sei „das Produkt übermütig gewordener Mächte“, durch die „Freiheit des Bürgerturns“ sei die Revolution des Jahres 1848 verloren worden, die erste Kammer bestehe aus den „rückständigen und volksfeindlichen Vertretern der preussischen Aristokratie“ und den „bevorrechteten Schichten eines bürgerlichen Propertums“. Es reizt die Bevölkerungslagen, an die es sich wendet, zu Gewalttätigkeiten gegen die anderen auf. Denn nachdem im letzten Abschnitt gesagt ist: „Ihr verdient die Entschädigung, die Euch widerfährt, wenn Ihr das Ferner mitdabei!“, wird darauf hingewiesen: „Im Osten regt sich das russisch-polnische Volk im Kampfe um die ihm vorerhaltenen Menschenrechte; in Oesterreich-Ungarn kämpft das Volk um die Erbringung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts; in Sachsen erhebt die Arbeiterklasse mit elementarer Wucht den Ruf nach Befestigung des Dreiklassenwahlrechts“, wird hieran die Aufforderung geknüpft: „Erhebt auch Ihr Euch einmütig in gewaltigen Massen und gebt Euren Willen laut und nachdrücklich kund. Laßt nicht abermals die Stunde ungenutzt vorübergehen.“ Aus diesem Wortlaut und dieser Zusammenstellung kann, wenn auch das Flugblatt fortfährt: „Sitz in die Versammlungen, tretet ein in die Organisation der Sozialdemokratie“ usw., nicht gefolgert werden, daß es sich nur um eine Einladung zum Besuche gesetzlich gestatteter Versammlungen, zum Beitritt zur sozialdemokratischen Partei und zur Unterstützung deren Presse handele, es ist vielmehr die Auffassung begründet, daß darin die bewusste Aufforderung liegt, auch in Preußen, den in den angeführten Ländern gegebenen Beispielen folgend, mit ungeheuren, gewalttätigen Mitteln gegen das bestehende Wahlrecht und die bestehenden Klassen vorzugehen. Daß es durch die Verbreitung des Flugblattes zu einer Erregung und damit auch zur Verübung von Gewalttätigkeiten leicht hätte kommen können, so daß der öffentliche Friede gefährdet worden wäre, ist bei der scharfen Ausdrucksweise desselben anzunehmen, ebenso daß die Anreizung durch das für eine unbestimmte größere Menge Personen bestimmte Flugblatt als eine öffentliche Erregung.

Die Kostenfrage regelt § 106 St.-P.-D.
Koblenz, den 23. Januar 1906.
Königliches Landgericht, 3. Strafkammer.
gez. Pfeffer. Secch. Schäfer.

Das Landgericht in Koblenz irrt nach zwei Richtungen. Eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen das Wahlrecht ist selbst dann nicht strafbar, wenn sie logisch möglich wäre. Eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen andere Bevölkerungsklassen läßt sich aber auch mit dem Hinweis auf Rußland nicht konstruieren; denn dort kämpft das Volk gegen die Regierung, eine ebenfalls durch § 130 des Strafgesetzbuches unabhärbare Schandtat. Gegen andere Bevölkerungsklassen gehen in Rußland nur die Sozialisten vor, welche die deutsche Sozialdemokratie ihren Anhängern kaum als Muster empfehlen wird.

Es bleibt bei dem, was das Berliner Landgericht II über dasselbe Flugblatt sagte:

Eine Verurteilung aus §§ 130, 131 St.-P.-D. dürfte nicht zu erwarten sein, da einerseits die Aufforderung zu Gewalttätigkeiten, andererseits das Bewußtsein von der Entstehung oder Erzielung der Thaten nicht nachzuweisen sein wird.

Wenn übrigens der Zwiespalt in der deutschen Gerechtigkeit so groß ist, kann sicher der Laie mit Erfolg den Mangel des strafbaren Bewußtseins geltend machen. Zumal wenn er weiß, daß die Sozialdemokratie entschlossen ist, so lange auf gefählichem Boden zu kämpfen, bis etwa ihre Gegner sie von demselben verdrängen sollten! —

Ein recht gebildeter Herr muß der Staatsanwalt sein, der in dem bekannnten „Simplicissimus“-Prozess eine so hervorragende Rolle spielte.

Aus München meldet uns ein Privattelegramm:

Zum Prozess Dr. Thoma teilen die Abendblätter mit, Herr Dr. Hirth, der als Sachverständiger im Thoma-Prozess fungierte, ist vom Oberstaatsanwalt ein Schreiben zugegangen, worin ihm mitgeteilt wird, daß die gegen ihn vom Zweiten Staatsanwalt Kull gebrachten Anschuldigungen, wie „ausgeschleimt“ und „färsen“ mißbilligt wurden und vom Oberstaatsanwalt durch Anstandsverfügung gerügt worden sind. Zu weiteren Maßnahmen sei kein Anlaß gegeben, nachdem der Zweite Staatsanwalt versichert, daß ihm die persönlichen Verhältnisse sämtlicher Sachverständiger vollkommen unbekannt seien und ihm jede Absicht eines persönlichen Angriffs ferngelegen habe.

Um das ganz zu verstehen, muß man wissen, daß in dem Prozesse eine Anzahl der hervorragendsten wissenschaftlichen Kunstschaffenden fungierten, darunter der berühmte Professor der Psychiatrie Dr. Forel, der die ganz besondere Absicht des Herrn Staatsanwalts dadurch erweckte, daß er sich offen als Freigeist bekannte. Wenn der Herr Staatsanwalt jetzt zugestehet, daß ihm die Verhältnisse dieser berühmten Männer vollständig unbekannt seien, so zeigt er neben seiner Ungeschicklichkeit, die seit jenem Prozesse gerichtshändig genannt werden kann, auch seinen Bildungsmangel.

Andermal erinnert er sich vielleicht der Worte des „alten Fritz“: Wenn mancher Mann wähle, wer mancher Mann war, Täl mancher Mann manchem Mann manchmal mehr Ehr! —

Zur württembergischen Verfassungsrevision.

Stuttgart, 31. Januar 1906.

Es gibt kaum einen geistig bedeutenden Sohn des Schwabenlandes, der im vorigen Jahrhundert gelebt und nicht zur Frage der Verfassungsrevision Stellung genommen hätte. Um den politischen Ursprung dieses Drängens nach einer neuen Rechtsgrundlage des staatlichen Lebens, das jedesmal, wenn es neu aufsteht, das gesamte württembergische Volk in lebhafteste Bewegung versetzt, kennen zu lernen, ist am besten die berühmte gewordenen Stelle aus Ludwig Hlands 1817 erschienener Schrift „Keine Adelskammer“ geeignet, welche lautet:

„Dreißig Jahre lang hat die Welt geringen und gekühtet. Menschenrecht sollte hergestellt, der entwürdigende Aristokratismus sollte ausgerissen werden, davon ist der Kampf ausgegangen. Und jetzt nach all dem blutigen Kampfe soll eben dieser Aristokratismus durch neue Staatsverträge geheiligt werden? Hierzu einwilligen, ihr Volksvertreter, hieße den Todeskeim in die Verfassung legen.“

Es geht hieraus deutlich hervor, daß sich die württembergische Verfassungsrevision in ihren Anfängen auf die Ergebnisse der großen französischen Revolution stützt und daß die treibenden Ideen dieser über ein Jahrhundert zurückliegenden Revolution es sind, die noch heute ihrer tatsächlichen Erfüllung harren.

Man darf jedoch nicht im unklaren darüber sein, daß die bürgerlichen Parteien, welche die neuere, jetzt in Landtage sich abspielende Verfassungsrevision ins Leben riefen, dies nicht den revolutionären Ideen von 1789 zuliebe getan haben. Am allerwenigsten ist so etwas von den Privilegierten, den Nationalliberalen und den Konservativen resp. Bauernbündlern anzunehmen, durch deren Beteiligung bei der entscheidenden Abstimmung die neue Verfassung erst Leben und

Gestalt erhalten könnte. Wenn diese Kreise sich jetzt berechnen, unter Mitwirkung der Regierung das politische Leben Württembergs zu demokratisieren, die bestehenden Privilegien abzuschaffen resp. einzuschränken, so sind ihre Motive auf einem anderen Gebiete zu suchen. Der Beweis hierfür ist leicht aus der Geschichte der neuesten Verfassungsbewegung zu erbringen.

Die nahm ihren Anfang durch den vor mehreren Jahren von unserem Parteigenossen im Landtag gestellten Antrag, die Sitze der Stadt Stuttgart zu vermehren. Die gegenwärtige Wahlkreiseinteilung weist noch andere Ungerechtigkeiten auf, die schreiendste besteht aber darin, daß Stuttgart mit seiner damals etwa 1/2, jetzt 1/4 Million zählenden Einwohnerzahl sich ebenso nur durch einen Abgeordneten vertreten lassen kann wie die Stadt Ellwangen, welche nur 3000 Einwohner hat, und andere kleine Wahlkreise. Die Ungerechtigkeit dieses Zustandes wurde in der damaligen Verhandlung anerkannt, vom Regierungstisch wurde aber dazu die Erklärung abgegeben, daß man, wenn schon die Verfassung in einem kleinen Teile geändert werden sollte, auch bereit sei, bei einem etwaigen Versuch mitzuwirken, die schon mehrfach gescheiterte Revision der Verfassung überhaupt neu aufzunehmen. Hierauf wurde der Antrag unserer Parteigenossen vorläufig zurückgewiesen und der inzwischen verstorbene nationalliberale Führer v. Geh damit beauftragt, eine Denkschrift über den Stand der Verfassungsfrage auszuarbeiten. Die Denkschrift erschien nach geraumer Zeit, ohne aber die Bewegung selbst in lebhafteres Tempo bringen zu können. Der Anstoß zu dem weiteren Fortgang der Sache wurde durch ein anderes Ereignis gegeben, durch einen entstehenden Konflikt über die Abgrenzung der Machtphären von Staat und Kirche.

In einem von der Regierung eingebrachten Volkschulgesetz war die Bestimmung enthalten, wonach zu der bislang ausschließlich der Geistlichkeit vorbehaltenen Schulinspektion in Zukunft auch Mitglieder des Lehrerberufes hinzugezogen werden können. Die Tragweite dieser Bestimmung war nicht groß, aber sie wollte dem Staat und den Gemeinden, welche die Schulunterhaltungspflicht haben, einen Teil dessen geben, was ihnen gehört — Grund genug für das Zentrum, diese Bestimmung wie das Gesetz überhaupt aufs heftigste zu bekämpfen. Bei solchen Gelegenheiten zeigt sich der wahre, aggressiv staatsfeindliche Charakter des Zentrums am ungeschämtesten. Alle pathetischen Reden vom Schutz der religiösen Empfindungen, der nur durch geistliche Schulinspektoren sicher gestellt werden könne, sind eitel Spiegelscherei. Der wahre Grund der Haltung des Zentrums liegt in der Tatsache, die es allerdings nie zugeben wird, daß die Organe der katholischen Kirche zugleich die Grundlagen seiner politischen Macht im Volke sind und daß es von jeder Einschränkung des Einflusses dieser kirchlichen Organe auf das geistige Leben des Volkes eine Erschütterung seiner Stellung im politischen Leben befürchtet. Die demokratischen Mächte, die das Zentrum gern und häufig zur Schau trägt, sind nichts als Aufputz und nur Mittel zu dem Zwecke, den absolutistischen Charakter seiner kirchlichen und politischen Organisation zu verschleiern und deren Vertreter volkstümlicher erscheinen zu lassen. Das Zentrum tritt für die Rechte der breiten Masse ein, solange es die letztere zu gängeln vermag, und es wird die breite Masse knebeln helfen, sobald sie zu selbständigem politischen und geistigen Leben erwachen will. Und das Zentrum stellt sich der heutigen Staatsordnung feindseliger, aggressiver gegenüber, als selbst die Sozialdemokratie, wenn es die Grundlage seiner politischen Macht, den Einfluß seiner kirchlichen Organe gefährdet sieht.

Und so kam es auch in diesem Falle, wie es nicht anders möglich war. Die Annahme des Volksschulgesetzes in der Zweiten Kammer hatte das Zentrum nicht verhindern können. Nun versteckte es sich hinter die katholischen Granden der Ersten Kammer. Vergeblich machte die Regierung ihren Einfluß auf die vier katholischen Prinzen, welche Mitglieder dieser Kammer sind, geltend — der Einfluß des Bischofs von Rottenburg erwies sich als größer und das im übrigen nicht sehr bemerkenswerte Schulgesetz kam zu Fall. Das Zentrum triumphierte. Es hatte den Staat wieder einmal auf die Knie gezwungen und sein schwäbisches Hauptorgan, dessen Leser in der Hauptsache aus Handwerkern, Bauern und Arbeitern bestehen, nannte die Duodezpotentitäten von Immo dazumal, die Duadt-Bytradt-Jny, Rechberg-Rothenlöwen, Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, Dettingen-Wallerstein, Graf Bentheim und wie die „Erlauchten“ der Ersten Kammer noch heißen mögen, unsere „vornehmsten Gesetzgeber“ — eine Demaskierung des Zentrums, die ungewollt ein gutes Stück Selbstverhöhnung enthielt.

Auf diesen Vorgang setzte die große Protestbewegung des Sommers 1904 ein. Durch das Land ging wie schon bei früheren Verfassungsbewegungen das alte demokratische Drängen nach Beseitigung jeglicher Vorrechte und überall — keineswegs nur bei der Sozialdemokratie — erscholl der Ruf: Fort mit der Ersten Kammer! Damals sah das Schwabenland Versammlungen des honetten Bürgerturns, in denen es von revolutionärem Pathos wiederhallte. Prof. Pieber, das geistige Haupt der Nationalliberalen sprach unter stürmischem Jubel seiner Namen von den erlauchten Herren der Ersten Kammer: „Ihr Wappen ist die Schnede, Schildhalter ist der Krebs!“ und zitierte die Worte Schillers, die er zur Verherrlichung und Rechtfertigung der Gewalttat Wilhelm Tell's gebichtet:

Wenn der Gedrückt' nirgends Recht kam finden,
Wenn unerträglich wird die Last — greift er
Hinauf gestrohen Mutes in den Himmel
Und holt herunter seine ew'gen Rechte,
Die droben hangen unverwundlich
Und unzerbrechlich, wie die Sterne selbst.

Kurz, es war die Zeit, wo die Führer des Bürgerturns dieses in Bewegung zu setzen vermocht hätten, um das noch 1867 von dem Veräußerten der nationalliberalen Partei, Kielmayer, proklamierte Ziel, Schaffung einer einzigen reinen Volkstammer und Beseitigung des Herrenhauses, seiner Erfüllung entgegen zu führen. Aber der große Moment fand ein kleines Geschlecht. Den Führern war vor dem Sturm bange, den sie entfesselt, und sie begannen zu bremsen. Pieber und Daubmann höhnten die Sozialdemokratie, die den Ruf: „Fort mit der Ersten Kammer!“ mit Schwung und Eifer ins Land trug und so ward aus der Bewegung, die sich zum Siegeslauf der Demokratie hätte gestalten können — ein kleiner „Kulturkampf“. Die Sorge um die Befestigung der katholischen Mehrheit in der Ersten Kammer wurde als zunächst wichtiges Ziel bezeichnet und Prof. Pieber brauchte nicht in den Himmel hinaufzugreifen, sondern bückte die Sünden, die er eben noch durch seine ähnde Kritik an den

schwäbischen Junkern begangen, durch die Predigt von der Nützlichkeit eines „Oberhauses“, eines „Senats“, der „über den Parteien und Interessengegensätzen des Alltags steht und im Bewir der Meinungen sozusagen die abgeklärte, uninteressierte Staatsweisheit vertritt.“

Und so ward die Bewegung flauer und flauer und hat dann schließlich das Ergebnis gezeitigt, welches gegenwärtig in Form des Verfassungsrevisionsentwurfs der württembergischen Landtag beschließt. Der Inhalt des Entwurfs läßt erkennen, daß er nicht geboren worden ist aus dem eingangs dieser Zeilen geschilderten Drang nach Erfüllung der großen Ideen von 1789, der noch Ludwig Hland besetzte und der auch noch die Grundlage späterer Verfassungsbewegungen war. Der Entwurf läßt die Erste Kammer bestehen, ja er gestaltet sie noch weiter aus und macht sie lebensfähiger als sie jetzt ist. Aber er will wenigstens — und das hat unsere Partei zur Mitarbeit an seiner Beratung und Ausgestaltung veranlaßt — die Zweite Kammer durch Ausschneiden der Privilegierten zu einer reinen Volkstammer auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts machen. Die grundlegenden Bestimmungen hierfür haben trotz aller Fälschungsmanöver, die das Zentrum bei der Frage des Wahlrechts versuchte, den Landtag passiert. Es wird sich bald entscheiden, ob es auch weiterhin gelingen wird, das Schicksal der Verfassungsreform an allen Klippen vorbei in den sicheren Hafen gelangen zu lassen. —

Stuttgart, 1. Februar 1906.
(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Heute war ein bedeutender Tag in der Geschichte des schwäbischen Parlamentarismus. Gestern und heute tobte im Halbmondjaal der Kampf um das Budgetrecht. Die Vertreter des ritterschaftlichen Adels, welche durch die Verfassungsreform aus der Zweiten Kammer heraus und in die Erste Kammer hineinbefördert werden, versuchten mit unerwarteter Zähigkeit die Forderung der Ersten Kammer, ihnen gegen den bisherigen Rechtszustand das Mitwirkungsrecht bei der Gestaltung des Staatshaushaltes, der Aufnahme von Anleihen und Veräußerung von Bestandteilen des Kammerguts zuzusprechen. Sämtliche Parteien wehrten sich gegen eine solche Zustimmung und so kam es nach Ablehnung dieses Sonderwunsches der Ritterbank und unter großem Beifall des vollbesetzten Hauses und der Tribünen zur entscheidenden Schlussabstimmung über das ganze Gesetz, das mit 69 gegen 20 Stimmen angenommen wurde. Das Ergebnis wurde mit lebhaftem Beifall und Gändestimmen aufgenommen. Gegen das Gesetz stimmten das Zentrum und zwei Mitglieder der Ritterbank. Die Sozialdemokraten gaben zu ihrer Abstimmung eine Erklärung ab, in der es heißt, daß sie trotz der schwereren Bedenken gegen die Verbechtung und Zusammensetzung der Ersten Kammer dem Entwurf zustimmen, weil durch ihn die Zweite Kammer den Bedürfnissen der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Volkes entsprechend in eine reine Volkstammer auf Grund des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts verwandelt werde.

Kunmehr geht das Gesetz an die Kammer der Standesherrn. —

Husland.

Frankreich.

Der Damentag.

Paris, 31. Januar. (Eig. Ber.)

In Frankreich tobt jetzt ein kleiner Bürgerkrieg. Die Behörden sind nach der Vorschrift des Trennungsgesetzes an die Inventarisierung der kirchlichen geschriebenen und schiden zu diesem Zwecke Kommissare in die verschiedenen Kirchen. Die Kirchengemeinden wehren diese Amtshandlung, um ihre Entrückung über den „Kirchenraub“ möglichst laut und zu tun. Besonders gefährlich geht's bei dieser Revolte der Frommen nicht zu. Wenn der Abgeordnete des Staates in die Kirche tritt, findet er gewöhnlich den Parre von seinen Schäflein umlagert. Der Kommissar stellt sich vor, der Geistliche lieft darauf eine Protesterklärung vor, und die Schäflein bloßen entweder: „Es lebe die Freiheit!“ oder „Nieder mit den Dieben!“ oder noch größere Worte, die sich für eine Kirche eigentlich nicht recht geziemen. Am hitzigsten geben sich die aristokratischen und bourgeoisen Verschwörer. Bei der jetzigen Revolution werden nicht die Weiber, sondern die Damen zu Hnanen. Aus der Madeleine, der vornehmsten Kirche von Paris, haben sie heute sogar den Kommissar hinausgeworfen!

Auch in der Provinz geht es an einigen Orten stürmisch zu. Etliche Kommissare sind mißhandelt, andere mit Gewalt hinausgedrängt und beschimpft worden. Besonders freizierbar waren die Damen von Dijon. Als der Kommissar ankam, erwarteten ihn etliche Hundert vor der Kirchentür, um ihm den Weg zu versperren. Als die beritteneren Gendarmen ihn suchte die Bahn frei zu machen versuchten, zogen die Holben ihre Kadeln aus den Hüften und schrien in christlichem Eifer den Pferden in die Schenkel!

Die Behörden beugegen dem Treiben mit einer Duldsamkeit, die ganz loblich ist, die man nur auch auf Kundgebungen des wirklichen Volkes angewendet sehen möchte. Vom Proletariat ist bei den geschilderten Kirchenunruhen nichts zu sehen. Es hat ja in den Vormittagsstunden der Wochentage nicht so Muße wie die parfümierten Amazonen von Paris oder Dijon. —

Italien.

Kabinettssturz.

Rom, 1. Februar. (Privatbespeche des „Vorwärts“.) Die heutige Kammer Sitzung ist beispiellos stürmisch verlaufen. Der Versuch Giolittis, Fortis zu retten, mißglückte kläglich. Gegen das Kabinett stimmten die Rechte, das Zentrum, die äußerste Linke und einzelne Liberale.

Die Abstimmung bedeutet das Ende der Aera Giolitti. Man erwartet nunmehr ein Koalitionsministerium Sonnino-Villa mit konservativem Reformprogramm. —

England.

Das endgültige Wahlergebnis.

London, 30. Januar. (Eig. Ber.)

Das nächste Parlament wird sich zusammensetzen aus: 398 Liberalen (Radikalen), 30 Arbeitervertretern, 84 Nationalisten (Iren), 158 Konservativen (Unionisten), Zusammen 670 Mitgliedern.

Im letzten Parlament gab es 182 Liberale, 4 Arbeitervertreter, 82 Nationalisten, 402 Konservativen (Unionisten). Ein Vergleich zwischen den beiden Parlamenten zeigt den Zusammenbruch der konservativen Partei.

Bei der Konstituierung der Parteien können die für das neue Parlament angegebenen Zahlen einige unbedeutende Änderungen erfahren. —

Amerika.

Krieg mit Frankreich?

Präsident Castro trifft, wie der „New York Herald“ aus Willemsstad (Curocao) meldet, eifrig Vorbereitungen zum Kriege mit Frankreich. Er mobilisiert Truppen und läßt die Garnisonen auf Kriegsfuß bringen.

Zum Streit zwischen Venezuela und Frankreich veröffentlicht der bekannte Geograph Neclaus eine interessante Statistik über die venezolanische Armee. Diese besteht nach den Angaben Neclaus' fast völlig aus Offizieren. Beispielsweise gibt es in der einen Provinz Caraboba nicht weniger als 7000 Offiziere, darunter 449 Generale und 827 Oberste. Jeder General befehligt etwa 50 Mann, die Offiziere bilden ein Siebentel der ganzen Bevölkerung der Provinz Caraboba.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

5. Sitzung vom Donnerstag, den 1. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Vor der Sitzung hat die Konstituierung der ständigen Ausschüsse der Versammlung stattgefunden.

Es erfolgen zunächst die vor 8 Tagen auf heute verschobenen Wahlen. In die Armenkommission wird Rettig gewählt.

Sodann wird die Wahl der 11 Mitglieder der Versammlung in die Schuldeputation vorgenommen. Nach dem Vorschlage des Ausschusses soll die sozialdemokratische Fraktion unberücksichtigt bleiben; seitens der letzteren kandidieren Borgmann und Singer.

Es erhalten denn auch nur bürgerliche Vertreter die Mehrheit.

erner ist Beschluß zu fassen über die Zuteilung des 138. Stadtbezirks an den Stadtbezirk Rosenow oder den Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow gibt die Entscheidung der Versammlung anheim. Bei ihm, der schon 12 Jahre den Bezirk habe, seien zahlreiche unbefolgte Kommunalbeamte vorstellig geworden, damit er ihn behalte. (Zuruf: Was!) Er habe sich entschlossen, wieder zu kandidieren. Die erwählten Beamten, die auch an die Versammlung mit ihrem Wunsch herangetreten seien, hielten es nach ihren Erfahrungen bei der letzten Stadtverordnetenwahl nicht für ersprießlich, wenn Herr Sassenbach den Bezirk erhalte. (Marode.)

Die sozialdemokratische Agitation habe in seinem Bezirke unter falscher Flagge als „liberale Komitee“ und dergl. gekämpft. Herr Singer habe auch, entgegen den Tatsachen, am 4. Januar behauptet, sämtliche Positionen hätten für Rosenow gestimmt; ebenso wenig habe er (Singer) in einer Wählerversammlung den Anspruch getan, seine Wahl sei der einzige Lichtblick in dieser Wahlbewegung; das habe ein anderer geäußert. (Der Vorsitzende ersucht den Redner, nicht so weit abzuweichen.) Redner bittet, ihm den Bezirk zu lassen. (Seine weiteren Ausführungen gehen in der Unruhe der Versammlung verloren.)

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

Stadtbezirk Rosenow.

Stadtbezirk Sassenbach.

ich sehr verständig, und ich finde es um so bemerkenswerter, daß er von Dienstag bis Donnerstag umgefallen ist und gestützt auf seine Bezirkswahl den Bezirk halten will. Herr Kollege Schröder scheint mir auszusprechen. Ich stimme für meine Person heute für Herrn Sassenbach.

Stadtbezirk Sassenbach (H. L.): In der Tat steht wohl die ganze Versammlung ohne Ausnahme auf dem Standpunkt, daß bei der Verteilung kommunaler Renten politische Rücksichten nicht maßgebend sein dürfen. Am besten wäre die streng systematische Verteilung der Renten. (Zuruf.) Die Wahl in die Schuldeputation ist wertlos, weil die Herren nicht befähigt werden. Ich denke nicht daran, das Argument des Herrn Rosenow gegen Herrn Sassenbach mir zu eigen zu machen, ich halte beide Herren für gleichwertig. Wer für richtig hält, daß ein Stadtverordneter, der dauernd den Bezirk bearbeitet hat, ihn auch hält, wird für Herrn Rosenow stimmen.

Stadtbezirk Rosenow (H. L.): Die Behauptung des Herrn Singer, daß auch die Wahl in den Ausschuss für Unbefolgte noch politischen Rücksichten erfolge, muß ich ganz entschieden namens dieses Ausschusses zurückweisen.

Stadtbezirk Sassenbach (H. L.): Ich habe nur davon gesprochen, welchen Schwierigkeiten meine Freunde mit ihren Vorschlägen bei diesem Ausschuss begegnen. Herr Sassenbach geht davon aus, daß ein neuer Stadtverordneter in einen Bezirk hineingehört. So liegt hier die Sache nicht; Herr Sassenbach wohnt in dem Bezirk, für den er sich jetzt als Stadtverordneter zur Übernahme der Reden meldet. Herr Sassenbach spricht die Frage bedauerlicherweise zu einem Vertragsdatum für den einen oder den anderen zu. Die Gerechtigkeit sollte der Versammlung doch höher stehen als die Selbstheit eines Kollegen; wird Herr Rosenow zu Liebe eine Ausnahme gemacht, so geschieht Herrn Sassenbach Unrecht. Nicht die Wähler des Bezirks sind für Herrn Rosenow eingetreten, sondern die Armenkommission hat sich solches herausgenommen. Tu res agitur, es handelt sich um unsere eigene Sache!

Stadtbezirk Rosenow (H. L.): Ueber die Meinungsverschiedenheit mit dem Kollegen Kommissar muß ich mich trösten. Die Eingabe der Armenkommission ist nicht irgendwie künstlich erzeugt worden. Die Gefügigkeit der Versammlung ist verschieden gewesen. Ich ersuche Sie, nach der Zweckmäßigkeit zu entscheiden.

Die Entscheidung erfolgt durch Stimmzettel. Das Resultat wird erst in späterer Stunde bekannt und lautet dahin, daß Rosenow 64, Sassenbach 37, Schröder 2 Stimmen erhalten hat. Herr Rosenow bleibt im Besitz des Bezirks. (Rufe: Gratuliert!)

Ueber die Vorlage betreffend eine

außerordentliche Beihilfe an Bedienstete der Stadtgemeinde

referiert Stadtbezirk Michel. Nach dem Vorschlag der Ausschussmehrheit soll an die Beamten, Hüftkräfte und Arbeiter mit einem Jahresgehalt bis höchstens 2000 Mark eine weitere Gratifikation von je 35 Mark gewährt werden. Das Gesuch der Säuglingsfrauen des Magistralbezirks soll damit als erledigt angesehen werden.

Ein Antrag Wallach verurteilt die Differenzierung nach der Kinderzahl und zwar sollen als besondere Zulagezulage gewährt werden: 1. verheirateten Beamten und Arbeitern mit einem Hausstand bis drei Kinder unter 16 Jahren 25 Mark, 2. mit mindestens vier Kindern unter 16 Jahren 35 Mark. Im Ausschuss ist dieser Antrag, der auf die für den Etat angeforderte Gehalts- und Lohn-erhöhung dieser Beamten- und Arbeiterkategorien verweist, abgelehnt worden.

Stadtbezirk Wallach wendet sich wiederum gegen die vom Magistrat vorgeschlagene schablonenhafte Regelung. Die unehelichen Beamten und Arbeiter seien mit den bereits gezahlten 25 Mark als völlig abgedeckt zu betrachten. Die Verheirateten möchten je nach der Größe des Hausstandes berücksichtigt werden.

Stadtbezirk Ulrich (H. L.) bittet den Magistrat, auch die verheirateten Pfleger in Döllberg, Wühlgarten und Herderberg bedenken zu wollen, die bei der ersten Auszahlung nicht berücksichtigt worden seien.

Stadtbezirk Singer: Auch bei mir ist von einer Reihe städtischer Angestellter Klage darüber geführt worden, daß sie bei der Verteilung übergegangen sind. Der Ausschuss war der Meinung, daß auch die Säuglingsfrauen des Hofaufseher der Jalousie teilhaftig werden sollten; die bei der Sparkasse beschäftigten Reinnachfrauen haben aber die Zulage nicht bekommen, ebensowenig ein Teil der Arbeiter auf städtischen Blindenanstalten, obwohl die Bedingung der 60 Tage Minimalbeschäftigungszeit von ihnen erfüllt ist. Allgemein sind die Klagen über die Verlangsamung der Auszahlung der ersten Rate gewesen. Ich hoffe, daß jetzt die erste Rate an alle Beteiligten ausgezahlt ist; eben, sollte das mit möglichster Beschleunigung geschehen. Mit dem Antrage Wallach, dessen technische Unausführbarkeit im Ausschuss dargetan ist, müssen wir uns jetzt leider nochmals beschäftigen. Die vorgeschlagene Differenzierung nach der Kinderzahl kann bei dieser Gelegenheit nicht zur Geltung kommen. Es ist keineswegs gesagt, daß nicht auch unehelichate dieser Zulage dringend bedürfen. z. B. wenn sie ihre Eltern zu unterstützen haben. Die Bedürftigkeit muß doch ausschlaggebend sein. Weht man aber von der Kinderzahl aus, dann muß die Beihilfe je nach der Kopfzahl der Familie verschieden bemessen werden. Das ist aber vom Ausschuss abgelehnt worden. Es handelt sich um etwa 15 000 Leute. Die Zahl der Unehelichen ist außerordentlich gering, man kann sie auf etwa 5 Proz. schätzen. Andererseits ist das Eindringen in die intimen Familienverhältnisse geboten, wenn die Kinderzahl festgestellt werden soll, denn es ist der urkundliche Nachweis zu verlangen. Wann sollen denn die Leute in den Besitz der zweiten Rate kommen? Die außergewöhnliche Situation erfordert außergewöhnliche Maßregeln der Unterstützung. Wir scheiden uns heute, um die Lage nicht noch zu komplizieren, mit den Ausschussanträgen. Lassen Sie doch diese Angelegenheit sich nicht zu einer Seilschlangenspiele auswachen! Der Ausschussantrag geht über den ursprünglichen Magistratsantrag nur um die Wopate von 18 000 Mark hinaus.

Oberrürgermeister Fischer: Es sind zahlreiche Zweifelsfälle aufgetreten. Die erwählten Arbeiter und Beamten werden beim Magistrat eine wohlwollende Prüfung ihrer Vorstellungen finden, wenn sie solche einreichen. Die Kohlenplazarbeiter haben zum Teil über 2000 M. Einkommen. Lehnen Sie den Antrag Wallach ab; wir sind ja heute noch nicht mit der Auszahlung der ersten Rate fertig, so fleißig und rasch wie gearbeitet haben.

Stadtbezirk Goldschmidt (H. L.) wendet sich für die Anregung Ulrich und gegen den Antrag Wallach aus, während Stadtbezirk Gaffel für diesen mit ganz außergewöhnlicher Schärfe als für den einzig gerechten eintritt.

Der Oberrürgermeister betont nochmals die große Gefahr, die in einer nicht genügend gewissenhaften Ermittlung liegen würde.

Stadtbezirk Wallach modifiziert seinen Antrag dahin, daß es heißen soll: bis zu zwei Kindern bezw. mit drei und mehr Kindern.

Die Stadtv. Deutsch (soz. Fortschritt) und Rommsen erklären sich für den Ausschuss.

Damit schließt die Debatte.

Auch bei der Abstimmung sucht Stadtbezirk Gaffel seine Position noch zu verteidigen, indem er namentliche Bestimmungen über seinen Antrag beantragt. Nach einer langwierigen Geschäftsordnungsdebatte gelangt der Ausschussantrag zur Annahme.

Das zum Vermögen des Silberbergs Fonds gehörige Haus Alexanderstr. 61 / Am Königsgraben 11 will der Magistrat veräußern. In dem Hause am Königsgraben hat Lessing gewohnt.

Stadtbezirk Rodler (H. L.) hält den gebotenen Preis für viel zu gering und beantragt Auszubehaltung.

Stadtbezirk Rodler (H. L.) meint, daß man das Andenken Lessings hinlänglich ehre, wenn die Hütte und Notiztafel Lessings an dem neuen Hause wieder angebracht wird.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss.

Die Vorlage wegen Erlass einer Grundsteuerordnung nach dem Maßstabe des gemeinen Wertes und einer revidierten Umsatzsteuerordnung unter Einführung einer Wert- und wachststeuer beantragt Stadtbezirk Wallach bis nach der

Verabschiedung des Etats zu vertagen. Der Vorsitzende bemerkt, daß von dem notwendigen Material aus verschiedenen Städten die dortigen Grundwertsteuerordnungen noch nicht eingegangen seien. Stadtverordneter Singer wünscht, daß auch der im Großherzogtum Hessen vorbereitete Entwurf über die Grundwertsteuer beschafft werde, ist im übrigen damit einverstanden, daß die Beratung einstweilen vertagt, dann aber an dieselbe, nachdem man mit dem zugänglichen Material wohl ausgerüstet sei, unverweilt heranzutreten werde. Nachdem auch noch Stadtbezirk Gaffel der Vertagung zugestimmt, wird diese einstimmig beschlossen.

Die Vorrenten für den Neubau von Gemeindedoppelschulen in der Börsow-, Driesener- und Christburgerstraße gehen an einen Ausschuss.

Schluß gegen 9 Uhr.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Differenzen zwischen den Gastwirtsgehilfen und dem Inhaber der „Kraftsäule des Ostens“.

Nachdem Herr Franz in den letzten Tagen verschiedenen Vereinen, die in seinem Lokal Festlichkeiten abgemacht hatten, die unter schriftliche Erklärung abgegeben, daß er die Forderungen der Organisation anerkennt, kam es gestern zwischen den Vertretern des Verbandes und Herrn Franz unter Mitwirkung des Gewerkschaftsausschusses wiederum zu Unterhandlungen. Es stellte sich jedoch im Laufe der Verhandlungen bald heraus, daß es Herrn Franz nur darauf ankam, durch scheinbare Zugeständnisse, die bei ihm verbleibenden Vereine zu täuschen. Zu einer unabweisenden Erklärung war er nicht zu bewegen, so daß die Unterhandlungen abermals gescheitert sind.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

Fliesenleger. Die Fliesenleger des Zweigvereins Berlin des Maurerverbandes stehen seit dem 1. d. M. in einer Lohnbewegung. Auf Grund der Tatsache, daß die Unternehmer zu einer vom Verbande anerkannten Sitzung zwecks Beratung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bis auf zwei nicht erschienen sind und nichts unversucht ließen, die Mitglieder des Verbandes zu mahnen, dreht es sich bei dieser Bewegung zum großen Teil um die Anerkennung der Organisation. Da verfehlt wird, auswärtige Fliesenleger nach Berlin heranzuziehen, ist Bezug streng fernzuhalten. Außer der Firma Gebrüder Vogel, welche die Forderungen anerkannt hat, kommen sämtliche Firmen in Betracht.

Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes.

Die Treppengeländerarbeiter haben am Mittwoch den Tarif nicht abgelehnt, sondern angenommen, bis auf den einen Punkt, welcher die Lohnhöhe betrifft. Ueber diesen Punkt soll nochmals verhandelt werden.

Die Metallarbeiter der Kinne-Motoren-Gesellschaft, Siemensstraße 12, haben wegen Verlängerung der Arbeitszeit am Donnerstag die Arbeit niedergelegt. Da der Fabrikhaber trotz Verhandlung zu keiner Einigung sich bereit erklärte, so ersuchen wir die Kollegen, den Betrieb zu meiden.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Metallarbeiter! In den Laufmeyer-Fahrradwerken in Finkenwalde sind sämtliche Metallarbeiter ausgesperrt. In der Kunstwerkstätte und Bronzewarenfabrik von Karl May Seifert, Dresden-Lößtau, drohen Differenzen. Zugung ist strengstens fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Deutsches Reich.

Sum Ausstand der Kohlenaffordschauerleute wird aus Hamburg gemeldet: Bei der Vergleichsverhandlung zwischen den Vertretern der Humber-Konferenz und den Vertretern der Kohlenaffordschauerleute, an der auch der gesamte Vorstand des Vereins Hamburger Schiffsmakler und Agenten als Vermittlungsinstitut teilnahm, wurde nach mehrwöchiger Besprechung durch beiderseitiges Entgegenkommen eine Einigung erzielt.

Kustland.

Lohnbewegung der Buchdrucker. Die Buchdrucker der Landdruckereien im Kanton St. Gallen, den beiden Appenzell und einem Teil des Thurgaus haben beschlossen, den bestehenden Tarif zu kündigen.

Die Grubenarbeiter in Indianapolis (Indiana) fordern eine Lohnhöhe von 5 1/2 Proz. Die Lohnbewegung droht zu einem Ausstand der Kohlengrubenarbeiter in den Staaten Illinois, Ohio, Indiana und Westpennsylvanien zu führen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus der Balkanregion.

Roskoff, 1. Februar. Wie uns eine Privatdepesche meldet, ist der „Roskoffer Zeitung“ wegen des Frevels der Besprechung des Schweriner Hofballbeschlusses eine Rajestatsbeleidigungsklage angedroht worden.

Christlich-katholische Revolutionäre.

Paris, 1. Februar. (B. L. Z.) Bei der Kirche der Heiligen Mariä wurde heute nachmittags zu einer erheblichen Aufstörung. Eine Menschenmenge warf den städtischen Vertreter Mearian die Stufen der Kirche hinunter, als er die Inventaraufnahme ankündigen wollte. Mearian wurde nicht unbeschädigt verletzt; mehrere Schulleute mußten die Säbel ziehen, um ihn von seinen Angreifern zu befreien. Die Menge verhandelte sich sodann in der Kirche und verpöhrte die Eingänge mit Barricaden aus Kirchenstühlen. Gegen drei Uhr erschien der Polizeipräsident Lepine mit einer Kompanie der Garde Republicaine. Nach mehrfachen vergeblichen Versuchen gelang es den Gardisten, in die Kirche einzudringen. Nach weiteren äußerst heftigem Kampf wurden die Zivilisten aus der Kirche vertrieben, und es gelang dem Domäneninspektor, das Inventar aufzunehmen. Das Innere der Kirche ist vollständig vernichtet; die Fenster sind sämtlich zertrümmert. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verwundete, doch ist niemand schwer verletzt. Circa 150 Personen, darunter auch ein Geistlicher, sind verhaftet worden.

Reaktionäre Angst.

Warschau, 1. Februar. (Meldung eines Sonderberichts-erstatters.) Heute abend gegen 10 Uhr wurde die Vorstadt Wola militärisch zerniert. Alle Häuser wurden durchsucht.

Reinkampf.

Wigo, 1. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute früh wurden fünf Polizisten von einer Menge angegriffen und zwei der Polizisten schwer und einer leicht verletzt. Die Polizisten verletzten gleichfalls mehrere Personen, die sie angefallen hatten, ein Offizier erlitt schwere Verletzungen.

Die Opfer der Unruhen.

Wladivostok, 1. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Mehrere tausend Menschen nahmen an dem Reichsgebirgsfest von 22 Soldaten teil, die bei den Unruhen am 23. Januar umgekommen waren. In dem Zuge wurden rote Fahnen getragen. Ein Zivilist fiel eingehten sich nicht. Um die Bevölkerung zu beruhigen, richtete die Stadverordneten an den Kaiser die Bitte, den Soldaten, welche an den Ereignissen in Wladivostok vom 12. November bis zum 28. Januar d. J. teilgenommen hätten, Amnestie zu gewähren.

Reichstag.

33. Sitzung vom Donnerstag, den 1. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowski.

Auf der Tagesordnung steht der Beginn der zweiten Lesung des Etats und zwar zunächst des Etats des Reichstages.

Abg. Erzberger (Z.) wünscht ersuchen, daß das General-Sachregister des Reichstages bis zum Jahre 1907 zurückreichend gestaltet werde. Natürlich müßten dazu Hilfskräfte in das Bureau eingestellt werden. Zweitens sollten die Hilfskräfte besser gestellt werden als bisher.

Abg. Singer (Soz.):

Auch ich habe im Namen meiner politischen Freunde eine Reihe von kleinen Wünschen vorzutragen. Die Erhöhung der Gehälter der Hilfsanzuständigen am Reichstage ist dringend notwendig. Ich möchte aber dabei den Hauptwert darauf legen, daß diejenigen, die während des Sommers nicht beschäftigt werden können, dafür eine Vergütung erhalten. Es steht ja leider fest, daß eine große Anzahl dieser Hilfsanzuständigen nach Schluß der Session entlassen werden muß. Dem Wünsche auf Ausarbeitung des Sachregisters schließe ich mich an. Ferner beantragen meine politischen Freunde, daß allen Abgeordneten das „Reichsgeheftblatt“ zugestellt werde. Wir sind in der eigentümlichen Lage, daß wir die Gesetze machen, sie aber nachher nicht offiziell zugestellt erhalten. Ebenso wünschen wir auch, daß den Abgeordneten der deutsche „Reichsanzeiger“ unentgeltlich zugestellt werde, das Publikationsorgan der verschiedenen Regierungen. Wir dürfen hier im Reichstage nur solche Reden des Kaisers kritisieren, die im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden sind. Unter den jetzigen Umständen ist es nicht immer leicht, genau festzustellen, welche der kaiserlichen Reden wir hier kritisieren dürfen und welche nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ein anderer Wunsch der Abgeordneten ist der, daß ihnen die Druckfachen des Reichstages auch nach Schluß der Session unentgeltlich zugestellt werden. Diese Wünsche sind leider bisher abgewiesen worden mit der Begründung, daß es zu viel Unannehmlichkeiten machen würde, jede Druckfache uns einzeln zuzuschicken. Mindestens sollten uns dann aber die Druckfachen, wenn sie sich in großer Menge angeammelt haben, zugestellt werden, wie das früher ja auch geschehen ist. Wir wünschen hier nur Wiederherstellung des früheren Zustandes. Es ist doch eine Zumutung, daß wir für diese vielen Druckfachen das Porto zahlen müssen. Während der Session geben die Druckfachen den Abgeordneten, die sich in ihrer Heimat befinden, allerdings portofrei zu, aber sie müssen dann das Befestigen bezahlen. Nun kommt es ja nicht auf die paar Pfennige dabei an, aber es ist doch kleinlich, daß — wenn überhaupt einmal die Portofreiheit anerkannt ist — das Befestigen erhoben wird, welches doch nichts anderes als den vom Empfänger gezahlten Teil des Portos darstellt. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Mir ist mitgeteilt worden, daß ein meiner Fraktionskollegen der Transport von Reichstagsakten in seine hiesige Berliner Wohnung verweigert worden ist und daß er ihn auf seine eigenen Kosten hat ausführen lassen müssen. Ich nehme an, daß hier ein Mißverständnis der Verwaltung vorliegt, da sie sonst den berechtigten Wünschen der Abgeordneten weit entgegenkommt und die Geschäftsführung im allgemeinen musterhaft ist. (Lebhafte Zustimmung.) Die Anregung des Abgeordneten Singer möchte ich durch den Hinweis darauf ergänzen, daß uns eine Voranzeige über den Zusammentritt nicht zugeht und wir nur aus dem „Reichs-Anzeiger“ erfahren können, wann wir nach Berlin kommen sollen. Schon aus diesem Grunde ist die Ueberweisung eines Exemplars an die einzelnen Reichstagsabgeordneten notwendig. Den Wunsch des Kollegen Erzberger nach einem General-Wörterregister teile ich niemand lebhafter als ich. Im Vertrauen auf das Entgegenkommen der Verwaltung möchte ich zwei Anregungen hier erneut vorbringen: Die Anlage von Ferndruckern in diesem hohen Hause würde uns eine prompte Kenntnis aller Vorgänge im In- und Auslande verschaffen, wie sie die Redaktion jedes größeren Blattes und die Gäste jedes größeren Hotels schon längst zu erlangen gewohnt sind. Eine andere Anregung stützt sich unmittelbar auf die Erfahrung der diesjährigen Etatsberatung. Ich möchte wünschen, daß im hohen Hause selbst ein kurz zusammengefaßter Sitzungsbericht gleich während der Sitzung ausgearbeitet wird; denn zum Beispiel die einstündige Rede des Staatssekretärs Freiherrn v. Stengel konnte auch von denen, die sich ganz dicht um ihn drängten, nicht verstanden werden, und das Eingehen auf sie in der Debatte war danach natürlich unmöglich. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Brandt (Rp.) freut sich, den Anregungen des Vorredners zustimmen zu können — vor allem, was den Ferndrucker anlangt. Die Zubereitung des „Reichsanzeiger“ sollte nur an diejenigen Abgeordneten erfolgen, die es wünschen. Diese würden darauf verzichten, weil sie schon jetzt viel Papier erhalten. (Weiterkeit.) Erwähnt muß noch werden, daß die Klagen der Reichstags-Abgeordneten über die Restauration wieder sehr zahlreich sind. Die meisten ziehen es vor, ihr Frühstück außerhalb des Hauses einzunehmen. (Sehr richtig!) Im vorigen Winter waren in der Wandelhalle Entwürfe zu Wandgemälden für den Reichstag ausgestellt, die allgemein mißfielen. Da hörten wir plötzlich, der Auftrag zur Ausführung sei schon erteilt! Könnten die Entwürfe das nächste Mal nicht früher ausgestellt werden? Das Bild der „Wartburg“ im Besitztum des Reichstages läßt diese Verle Mitteldeutschlands gar nicht wiedererkennen. Öffentlich wird es bald aus dem Reichstag entfernt oder mindestens an einem weniger beleuchteten Ort untergebracht. (Bravo!)

Abg. Schröder (fr. Sp.): Wir sind alle so einig, daß ich wohl sagen kann, es ist eine der erfreulichsten Unterhaltungen, die wir seit Jahren im Reichstage gehabt haben. (Weiterkeit.) Redner spricht über die Verhältnisse der Stenographen und über die Verichterstattung auf der Tribüne; seine Ausführungen bleiben aber im einzelnen auf der Tribüne vollkommen unverständlich.

Abg. Graf Oriola (nat.): Warum hat das preussische Abgeordnetenhause einen Friseur und wir nicht? (Große Weiterkeit.) — Bei der Ausschmückung der Räume des Reichstages ist ein ganz fallisches System befolgt worden. Man hätte die gesamte Arbeit gleichzeitig vergeben und den Künstlern auftragen sollen, sich zu verständigen, dann wären nicht so schreiende Widersprüche in der Ausschmückung der Bilder eines und desselben Raumes entstanden, wie es jetzt der Fall ist. (Sehr richtig!)

Präsident Graf Ballestrem:

Es hat sich niemand auf dieser Position mehr gemeldet, gestatten Sie auch mir einige Worte: Die nach den verschiedensten Richtungen gegebenen Anregungen werde ich gewiß sehr aufmerksam prüfen und sie werden vielfach auch Berücksichtigung finden. Natürlich kann ich nicht hier gleich aus dem Kermel alles Mögliche schüttele und versprechen, sondern das muß erwogen werden. — Die Stellung der Hilfsanzuständigen ist im vorigen Jahre von mir sehr verbessert worden, indem die Älteren von ihnen definitiv angestellt sind und das ganze Jahr ihre Verdolung beziehen. Die jüngeren rücken allmählich in diese Stellung auf, sie sind auch eher in der Lage, in der sittingsfreien Zeit sich einen Verdienst zu suchen. Natürlich wird es weiter immer mein Bestreben sein, den sehr pflichttreuen und sehr tüchtigen Beamten alles zuzuführen zu lassen, was irgendwie in meinen Kräften steht und sich innerhalb des Etats bewegt. Die sehr schönen Unterstützungsfonds des Reichstages für diese Beamten werden stets bis auf den letzten Pfennig ausgenutzt. Ein General-Sachregister für die stenographischen Berichte wäre gewiß ein sehr nützliches Werk, die Ausführung ist aber zweifellos sehr schwierig und würde viel mehr als

ein Jahr in Anspruch nehmen. Die Sache soll aber erwogen werden. Den einzelnen Abgeordneten das „Reichsgeheftblatt“ und den „Reichsanzeiger“ zuzustellen, wäre ja nicht schwierig. Ich weiß nur nicht, ob das zu den Wünschen aller Abgeordneten gehört. (Lebhafte Rufe rechts: Nein! nein!) Ich würde das also auf die etwaigen Antragsteller beschränken. Ebenso liegt es mit dem Wunsche der Zuschickung der Akten vom Bureau. Ich kenne verschiedene Herren, die nur mit Schrecken ein solches Paket ankommen sehen (Weiterkeit), das ihnen die ganze Literatur des Reichstages von einer ganzen Session zuschickt. Es gibt auch Abgeordnete, die beschränkte Wohnungsverhältnisse haben (Große Weiterkeit), wo wirklich der Platz fehlt, solche Pakete von Druckfachen unterzubringen.

Was die Einrichtung eines Ferndruckers anlangt, so habe ich aus dieser Rede zum erstenmal etwas davon gehört. Ich wußte bisher gar nichts davon, und ich möchte doch nun fragen, was das eigentlich für ein Ding ist. (Große Weiterkeit.) Was die kurzen Sitzungsberichte anlangt, so fürchte ich, es wird große Schwierigkeiten machen; denn es wird nicht leicht sein, es allen Mitgliedern des Reichstages recht zu machen. — Die künstlerische Ausschmückung des Reichstages ist eine Angelegenheit, für die der Reichstag eine Kommission eingesezt hat. Es ist mir außerordentlich lieb, daß ich nicht mehr allein die Verantwortung dafür zu tragen habe. Es geht mit der Ausschmückung ähnlich wie mit der Restauration. Dem einen schmeckt das Essen und dem anderen nicht.

Damit schließt die Debatte. Der Etat des Reichstages wird genehmigt.

Es folgt die zweite Lesung des Etats für das Reichsamt des Innern (Ziel: Gehalt des Staatssekretärs).

Abg. Trimbom (Z.):

Wichtiger als die Marine- und militärischen Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges ist die andere daraus zu ziehende Lehre von der Wichtigkeit gründer innerer Zustände. Nicht so sehr der Ehrgeiz der Fürsten oder die Geizhalsigkeit der Diplomaten als vielmehr die volkswirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der Völker bestimmen heute über Frieden und Krieg. Aus all diesen Gründen kommt das Reichsamt des Grafen Posadowski an Wichtigkeit und Bedeutung allen übrigen Staatsämtern mindestens gleich. Ich befinde mich neulich im Zustande des Halbtrübsens und Halbtraumens — das kann ja vorkommen. (Weiterkeit.) Da waren im Geiste die Staatssekretäre des Deutschen Reiches versammelt vor mir und stritten sich — wie einst die deutschen Fürsten — aber nicht über ihrer Länder Wert und Zahl, sondern über die Bedeutung ihrer Minister. Und als der Streit abgeschlossen war, lang mir einmütig ins Ohr hinein: Graf im Parte, Ihr seid der Reichsamt! (Stürmische Weiterkeit.) Die große sozialpolitische Mission, die ich schon seit Jahren diese Etatsberatung einzuleiten die Ehre habe, ist diesmal sehr wenig erfreulich. Das Jahr 1906 war noch unfruchtbarer als das Jahr 1904. Kein einziges sozialpolitisches Gesetz und nur zwei kleine Bundesratsverordnungen für die Besserung der Gesundheit der Kleinrentner kann ich anführen. Unter den Vorlagen, welche und zugegangen sind, vermisse ich die Vorlage über die Berufswahlen. Vor allem aber muß etwas für die Heimarbeiter geschehen. Wer die höchst dankenswerte Ausschließung Unter den Linden besucht, der muß zu der Erkenntnis kommen: Es ist die höchste Zeit! Am liebsten läden wir eine umfassende große Heimarbeitergesetzgebung, die sowohl den Schutz als das Versicherungswesen betrifft. Ausdrücklich frage ich den Herrn Staatssekretär, warum hier noch immer nichts geschehen ist. Dringend notwendig ist ferner die Ausdehnung der Krankenversicherungsgesetzgebung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und das Gesinde. (Weisfall links.) Ich frage weiter: In welchem Stadium befindet sich die Frage des Zusammenlegens der verschiedenen Verordnungen? Meine Frage aber ist reifer für eine großzügige Gesetzgebung als die des zukünftigen Arbeitstages der Arbeiterinnen. Ich bemerke, daß sämtliche Parteien des Hauses — mit alleiniger Ausnahme der beiden Fraktionen der Rechten — sich zu einem gemeinsamen Initiativantrage vereinigt haben — und daß ferner in der Textilindustrie, aus deren Reihen bisher der stärkste Widerstand gegen den Gehaltsentwurf der Arbeiterinnen hervorging, eine bedeutsame Wandlung eingetreten ist, indem sich die siddendischen Industriellen für diesen Maximaltag ausgesprochen haben. Ferner möchte ich dringend eine reichsweite Regelung des sozialpolitischen Schutzes der 17 Millionen deutscher Seemannsleute befürworten, ebenso die des Schutzes der Innenshiffen. — Für die Arbeiterkammern erfolgte vor zwei Jahren die erste Zulassung der Regierung. Leider sind wir aber nicht ganz sicher, wie das Reichsamt des Innern heute hierzu steht und ob es sich nicht vielleicht durch Bedenken, die in Arbeitgeberkreisen aufgetaucht sind, beeinflussen ließe. Der große gewaltige Arbeiterstand vorlet nur schon 16 Jahre auf die Schaffung der ihm durch die kaiserliche Rede vom Jahre 1890 in Aussicht gestellten Interessensvertretung, die alle anderen Stände haben. Auf die Dauer werden wir uns auch der Ausgabe nicht entziehen können, für die rechtliche Sicherung der Tarifverträge zu sorgen. (Sehr richtig!) Ein großer sozialpolitischer Vorteil wäre es, wenn die Gerichte gegenüber Arbeitgeber, die einer in ihrem Gewerbe abgeschlossenen Tarifgemeinschaft nicht angehören, erklären könnten: Ihr habt keine geregelten Arbeitsbedingungen, also gilt für Euch der in Eurem Gewerbe abgeschlossene Tarif! Dazu gehörte, daß solche Tarifverträge von den Gewerbergewichten anzuerkennen und bei ihnen niederzulegen sein müßten. Damit würde ein moralischer Druck auf Schaffung von Tarifverträgen geübt werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Zukunftsamt!) Geht, aber ich lenne keine so isolierte Zukunftsamt wie Ihren Zukunftsamt. (Weiterkeit und Sehr gut! im Zentrum.)

Wenn ich nun zur Mittelstandspolitik übergehe, so muß ich zunächst betonen, daß es im Lande sehr verstimmt hat, daß in der Abrede zwar von der Fortführung der Arbeitersozialpolitik, aber nicht vom Schutze des Mittelstandes die Rede war. Ganz reif zur Entscheidung ist die Frage des kleinen Beschäftigungsnochens, das heißt, daß die Ausbildung des Nachwuchses im Handwerk nur von Meistern vorgenommen werden darf, die die Meisterprüfung abgelegt haben. Ebenso sollte die Abgrenzung von Fabrik und Handwerk nun wohl endlich erfolgt sein, Ganz und gar unverständlich ist uns, weshalb das Reichsamt des Innern noch immer nicht die Wünsche der großen Mehrheit des Reichstages auf gesetzgeberische Maßnahmen gegenüber den Mißbräuchen im Ausverlaufsweisen erfüllt hat. Ebenso harri die Frage der Gefängnisarbeit noch der Regelung. Die Frage der landmännlichen Ausbildung spielt ferner eine große Rolle. Diese werden wir nachprüfen müssen. Ebenso muß die Frage des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses hier behandelt werden. Die soziale Frage verliert immer mehr den Charakter einer Arbeiterfrage. Das zeigen die Forderungen der Privatbeamten. Wann werden wir die Ergebnisse der Enquete bekommen?

Als eine besondere Klasse dieser Beamten erscheinen die Gehilfen der Anwälte. In Preußen hat man darüber schon die Anwaltskammern befragt, nicht aber die Angestellten selbst; so etwas könnte im Reich nicht vorkommen! (Weiterkeit.) Ich will auf den Vergarbeiterstreik nicht eingehen, aber bemerken, daß wir an unserem Programm unerschütterlich festhalten. Ich kann hier nicht vorübergehen an der internationalen Schutzkonferenz in Bern, die über die Nachtarbeit und andere wichtige Fragen Einmütigkeit erzielt hat. Ich begrüße ebenso die stärkere Unterstützung des internationalen Arbeitsamtes in Basel. Wäge der Jahrgang 1906 für die Sozialpolitik segensreich und ertragreich sein. (Weisfall im Zentrum.)

Abg. Fischer (Berl.) (Soz.):

Der Abg. Trimbom hat bei Beginn seiner Ausführungen davon gesprochen, daß er in einem Zustande zwischen Wachen und Träumen des Staatssekretärs des Innern an der Spitze sämtlicher Staatssekretäre gesehen habe. Das muß allerdings ein Zustand nahe dem

Träumen gewesen sein; denn wenn Herr Trimbom wach ist, kann er unmöglich diese Ansicht vertreten. Aber der Abg. Trimbom hat vor einigen Jahren sogar im wachen Zustande scharfe Angriffe gegen uns gerichtet, weil wir seine Träumereien über die Wirkungen der Februarerlasse von 1890 nicht geteilt haben. Heute hat Abgeordneter Trimbom ja viele Anträge an die Regierung gerichtet, über die wir uns freuen können. Wir freuen uns namentlich darüber, daß das Zentrum in unsere Anträge für Heimarbeitergesetz jetzt hineinmarschieren will. Leider hat das Zentrum lange auf einem anderen Standpunkte verharrt; denn schon 1890 stellten wir einen ähnlichen Antrag. Da aber erklärte der Vertreter des Zentrums, ich glaube, es war der Abg. Hige: vor dem Heim müsse die Gesetzgebung stille stehen! Jetzt hoffen wir auf eine rege Unterstützung auf diesem allerdings wichtigen Gebiete. Nachdem Abg. Trimbom alle seine Klagen über die sozialpolitische Unfruchtbarkeit der letzten Jahre vorgebracht hat, hat er doch wieder einen Optimismus vertreten, den ich nicht vertreten kann. Ich müßte unwillkürlich wieder an den Zustand denken, in dem er sich befand, als er das schöne Bild gesehen hat. Er verlangte und erwartete für die nächste Zeit eine Regelung des Gefängniswesens, des Genossenschaftswesens, des Samiergeldentwessens, des Privatbeamtenwesens, des Bureauangestelltenwesens, des Lehrlingswesens usw. usw. und schließlich auch noch die Ausgestaltung des statistischen Amtes zu einem Reichsarbeitsamt. Und er meinte, daß es nur am guten Willen des Reichsamts des Innern liege, wenn diese vielen Materien nicht sofort geregelt würden. Wie der Abg. Trimbom bei der jetzigen Zusammenlegung der Regierung auch nur einen Augenblick diesen Optimismus äußern kann, ist mir unverständlich. Leider hat übrigens seine eigene Partei in der Kommission dem Antrag auf Ausgestaltung des statistischen Amtes zu einem Arbeitsamt widersprochen. Es offenbart sich da derselbe Widerspruch innerhalb des Zentrums wie bei Gelegenheit der Vergarbeitergesetzgebung: Hier forderte das Zentrum Regelung der Vergarbeiterverhältnisse durch Reichs-gesetzgebung, im preussischen Landtage dagegen erklärte der Zentrumsvorredner, Preußen müsse unbedingt auf diesem Gebiete vorgehen; denn sonst würde das Schreckliche passieren, daß das Reich sich in die Angelegenheit mische.

Charakteristisch und maßgebend für die jetzige Situation in der Sozialpolitik ist das Wort, daß die Kompromissregel gestillt sei. Der Herr Reichsanzeiger hat zwar besprochen, daß der Ausdruck in seiner Gegenwart gefallen sei, aber er kennzeichnet doch sehr genau die Situation. Diese Auffassung wird von allen geteilt, denn es muß mit der Sozialreform. So schrieb die „Soziale Praxis“ des Herrn Professor Brande: „Die Sozialreform ist wieder einmal das Älteste und unsere innere Politik gewesen.“ Wenn es mit guten Worten getan wäre, dann könnte, meint die „Soziale Praxis“ weiter, die Sozialpolitik in keinen besseren Händen liegen als in denen des Fürsten Bismarck und des Grafen Posadowski. Wenn man sich aber frage, was etwa in diesem Jahrhundert bereits auf dem Gebiete der Sozialreform geschehen sei, dann zeige sich die Magerkeit des ganzen Vorgehens.

Wie beschreiben das Zentrum ist, geht daraus hervor, daß es sogar die Vergesetzmodelle im Landtage für einen Schritt auf dem Wege der Sozialpolitik hält. Ueber diese Frage wird ein Fraktionskollege von mir noch sprechen. Ebenso schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten“, daß gegenwärtig in den maßgebenden Kreisen die Stimmung für die Sozialpolitik nicht gerade günstig sei. Erst siehe jedenfalls, daß der Anteil der arbeitenden Klassen an dem Ertrage des wirtschaftlichen Aufschwungs ein verhältnismäßig kleiner sei; nach Millionen zähle die Zahl derer, die davon gar nichts vergrößert hätten. (Hört! hört! und Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das sagt ein gut übergelesenes Blatt, das des weiteren sehr bezeichnend die Sozialreform als Profanen, die vom Tische der Reichen fallen, charakterisiert. Herr Trimbom oder Herr Hige hat feinerzeit gesagt, daß man bei der niedergehenden Geschäftskonjunktur unmöglich einen Ausbau der Sozialpolitik verlangen könne, wo dieser von großen Kosten für die Unternehmer begleitet sei. (Abg. Hige: Das habe ich nicht gesagt! Abg. Trimbom ruft: Ich erst recht nicht! Stürmische Weiterkeit.) Nun, dem Sinne nach hat es jedenfalls einer von Ihnen gesagt. Ich führe das übrigens nur an, um Sie darauf hinzuweisen, daß auch in der günstigsten Geschäftsperiode von der Regierung auf diesem Gebiete nichts getan worden ist. Hier im Reichstage hat der preussische Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben begeistert ausgerufen: Kein Land der Erde und keine besitzende Klasse der Erde trage solche Lasten für die heillosen Klasse wie die deutschen Unternehmer in den Versicherungsbeiträgen. Nun hat sie der preussische Finanzminister mit 274 Millionen pro Jahr nicht ganz genau, sondern etwas zu hoch angegeben. Aber wenn es auch in Wahrheit nur 271 Millionen sind, es kommt nicht auf die absolute Summe an, sondern auf ihre relative Bedeutung im Verhältnis zur ganzen Profitsumme, die sich die Unternehmer im letzten Jahre gesichert haben, im Verhältnis zum Lohnsatz der Arbeiter usw. Mit dieser Auffassung befinden wir uns in Gesellschaft der Reichsregierung und des Staatssekretärs Grafen Posadowski, der in der Denkschrift über die weitere Ansammlung von Reservefonds bei den gewerblichen Versicherungsgesellschaften schrieb: Wie bisher die Unlagobeträge, so wird auch in Zukunft die Verstärkung des Reservefonds weder vom Standpunkte der Privatwirtschaft noch von dem der Nationalwirtschaft vom Kapitalist gezahlt werden, sondern sie werde einen Teil der Produktionskosten bilden, die normaler Weise — wie alle Produktionskosten — von den Unternehmern ausbezahlt und zugleich als Unternehmerrisiko im Preis der Produkte zurück erstattet würden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daran könnte man sogar folgern, daß, je höher die Versicherungsbeiträge, desto höher der — Profit ist. Aber selbst wenn man sich auf den Wohlfühlstandpunkt des Finanzministers stellt, so muß man doch zugeben — Redner legt das in eingehenden Berechnungen dar —, daß die, die an den Tischen der Reichen sitzen, besonders angesichts der höheren Löhne und der kürzeren Arbeitszeit in England und Amerika keine Veranlassung haben, den armen Arbeitern unaufrichtig das Almosen von täglich 6 1/2 — 6 Pfennig pro Kopf vorzuhalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Finanzminister pries laut als Vorzug der liberalen deutschen Steuererhebung, daß die 400 Millionen direkter Steuern in Preußen von 4,5 Proz. der Bevölkerung aufgebracht würden und 60 Proz. derselben fast gänzlich steuerfrei seien. Hätte der Finanzminister nur ein bißchen Sinn und Verständnis für die sozialen Aufgaben seines Amtes, so würde er es nicht als einen Vorzug Preußens, sondern als ein Nationalunglück ansehen, daß 60 Proz. des preussischen Volkes nicht einmal das Minimum steuerfähigen Einkommens von 600 M. erreichen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und sehen wir uns doch einmal die Reihenseite des Bildes an! Die Reichslisten der Reichen belugen in Preußen 470 Millionen, die Ärmsten und Armen 580 Millionen in indirekten Steuern auf!

Während der Widerstand der Unternehmer und Scharfmacher gegen die sozialpolitische Gesetzgebung offenkundig ist, wird immer wieder behauptet, die radikalen Führer der Sozialdemokratie seien Gegner dieser Gesetzgebung, weil sie fürchteten, daß die Klassen-gesetze abgemildert würden. Auch Graf Posadowski hat es wiederholt ausgesprochen, daß die antimoralische Gesinnung der deutschen Arbeiter das Haupthindernis für einen Ausbau der Sozial-gesetze sei. Nun, ich kann keinen Anspruch darauf machen, ein besonders radikaler Führer der Sozialdemokratie zu sein. Deshalb wird mein Ausspruch wohl als objektiv genug gelten können, wenn ich sage: Es gibt in unserer ganzen großen Partei keine einzige Menschenseele, die gegen die Ausgestaltung der Sozial-politik ist. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.) Aber wir lassen uns natürlich nicht mit leeren Verwünschungen und schalen Wasserläppen abspülen. Immer wieder muß es gesagt werden, daß wir das

eigenlich treibende Moment in der Sozialpolitik sind. Das bisherige sozialpolitische Gesehe, welches existiert, ist überhaupt nur unserem Drängen zu verdanken. Als beispielsweise in den 80er Jahren über die Versicherungsgesetze beraten wurde, erklärte sich Herr v. Marschall von den Konventionen dagegen, weil es sich dabei um ein System staatlicher Armenpflege handelte, das anderweitig geregelt werden müsse. Ganz ähnlich äußerte sich der Herr v. Hertling, und den Vogel in der Gegenwart schossen selbstverständlich die Nationalliberalen ab. Dagegen hat Wedel schon einige Jahre vorher die gesamten Grundzüge der späteren Versicherungsgesetzgebung entworfen, sodass man sich fragen kann, warum Wedel eigentlich noch nicht eine Stelle als Vortragender Rat im Reichsamt des Innern bekommen hat. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Erst durch die Macht der Dinge sind die verschiedenen bürgerlichen Parteien dazu gekommen, nach und nach in unsere Fußstapfen zu treten. Aber Deutschland hat sich vom Auslande vielfach überholen lassen, namentlich auf dem Gebiete, welches den Eifer aller sozialpolitischen Gesetzgebung bildet, auf dem Gebiete des Normalarbeitsgesetzes. Frankreich hat beispielsweise im Jahre 1903 den Achtstundentag für die Marinearbeiter in den Staatswerken durchgesetzt, in der Schweiz besteht der allgemeine Elfstundentag, und selbst in Rußland und Oesterreich ist man uns voraus. — In bezug auf den Neufundentag für die Arbeiterinnen, namentlich der Textilindustrie, erklärte noch im vorigen Jahre Graf Vosadowsky, es bedürfe zu seiner Durchführung erst internationaler Vereinbarungen. Unterdessen haben sich die holländischen Baumwollenspinnereien von selbst entschlossen, diesen Maximalarbeitszeit durchzuführen und zeigen also, daß die Argumentation des Herrn Staatssekretärs eine irrige ist; gerade diese Industrien waren in ihrem Herrschaftsbereich bisher die härtesten Gegner dieser Neuheit.

Demnach besteht ein kleiner Unterschied zwischen Ihrer Sozialpolitik und unserer. Die Ihre richtet sich nämlich in erster Linie auf die Opfer des Ausbeutungssystems. Diese wollen Sie nachträglich schützen. Auch läßt Ihre Unterfertigung in letzter Hinsicht auf eine Hilfe für das Unternehmertum hinaus. Wir wollen vor allen Dingen den gesunden Arbeiter vor Eintritt irgend eines Unfalles und bevor er seine Kräfte im Dienste der Industrie verbraucht hat, in seiner wirtschaftlichen Lage heben. Das erste und wichtigste Mittel dazu ist die Verärztung der Arbeitszeit. Versicherungen und Kassen sind wohl notwendig, aber es sind doch nur Nebenzweige der sozialpolitischen Gesetzgebung. Ferner bleiben alle Schutzbestimmungen nur ein Blatt Papier, wenn es den Arbeitern nicht möglich gemacht wird, ihre Durchführung zu überwachen. Dazu gehört vor allen Dingen eine Sicherung des Koalitionsrechtes. Das ganze Haus ist darüber einig, daß diese Forderung berechtigt ist. Aber das Zentrum läßt seine politische Macht in dieser Richtung nicht aus. Deshalb können Sie es uns nicht verdenken, wenn wir Ihre Erklärungen für etwas platonisch halten. So lange die Gewerbeinspektoren überhaupt frei reden dürfen — überall ist das ja leider nicht der Fall — sind sie darin einig, daß die Unternehmer überaus schwer dazu zu bringen sind, die gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen, obgleich das ihrem eigenen Vorteil entsprechen würde. Von Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, Vergehen bei Streiks usw. seitens der Arbeiter finden sich in den Gewerbeinspektionsberichten ganze 81 Fälle. Dagegen ganze Spalten, Hunderte von Fällen handeln im Sachregister von Bestrafungen von Arbeitnehmern wegen Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen der Arbeiterausgesetz. Ueber den Wert der Arbeiterorganisationen sprechen sich die Berichte durchgängig sehr günstig aus. Die Gewerbeinspektoren von Berlin und Pommern, von Breslau und eine ganze Reihe anderer erkennen an, daß Lohn erhöhungen und Arbeitszeitverlängerungen zum großen Teil auf den Einfluß der Arbeiterorganisationen zurückzuführen sind. Daher stehen die Gewerbeinspektoren, und namentlich die süddeutschen, auf dem Standpunkt, die Gewerbeinspektion müßte, wenn sie ihre Aufgabe wirklich erfüllen solle, mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung treten.

Herr Trimborn sprach von der rechtlichen Anerkennung der Tarifverträge. Diese könnte man am besten dadurch allgemein verbindlich machen, daß man sie in die Arbeitsordnung aufnimmt. Vorläufig entsprechen übrigens 70 Proz. der Arbeitsordnungen nicht den gesetzlichen Ansprüchen. Interessant ist, wie sich speziell die preussische Regierung zu den Arbeiterorganisationen stellt. Herr v. Rheinbaben hat darauf hingewiesen, daß die Arbeiter die Vermutung, 20 M. Steuern zu zahlen, mit Entrüstung ablehnen. Er hat demgegenüber die großen Einnahmen der Gewerkschaften herangezogen. Er hielt es für angebracht, von „trivolen Streiks“ nach Art des Elektrizitätsstreiks in Berlin zu sprechen. Wie man einen Streik, bei dem es sich um eine Lohnhöhung auf 35 Pf. — in Berlin! — handelt, trivial nennen kann, verstehe ich nicht; trivial war allerdings die Ausperrung seitens der Unternehmer (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), die sich nicht schämten, 16000 Arbeiter um einer so geringen Forderung willen auf die Straße zu werfen. Herr Trimborn hat von dem segensreichen Einfluß der Tarifverträge und der Koalitionsfreiheit auf die Entwicklung der Kämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern gesprochen. Sehen wir uns einmal an, wie die Regierung dazu steht. Dem Direktor der Reichsdruckerei ist von seinem vorgelegten Minister verboten worden, den Buchdrucktarif anzuerkennen! (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter, die es gewagt haben, die Forderungen des Tarifs auch in der Reichsdruckerei durchzusetzen, sind vom Direktor entlassen worden, angeblich aus Arbeitsmangel. Als dann aber wieder Arbeit vorhanden war und sie sich meldeten, wurden sie nicht wieder eingestellt, sondern man nahm 20 bis 30 Arbeiter aus dem paritätischen Nachweis. Die erste Tat des neuen Direktors war, daß er die Arbeitszeit um 10 Minuten verlängerte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aus genau demselben rückständigen Geiste heraus hat die Marineverwaltung jede Verhandlung mit den Gewerkschaften abgelehnt, obwohl die Gewerbeinspektorenberichte in der günstigen Beurteilung ihrer vermittelnden Tätigkeit einig sind. Das Reichsamt des Innern, das verhältnismäßig doch noch auf einem sozial verständigen Boden steht, sollte doch die Macht und den Willen haben, die anderen Ressorts zu veranlassen, den beschränkten Standpunkt aufzugeben, daß mit außerhalb des Betriebes stehenden Leuten nicht verhandelt werden darf. Aber noch viel trauriger rückständig ist die Kanalverwaltung, die den Arbeitern nur alle 4 Wochen Lohn zahlt. 14tägige Lohnzahlung hat sie ebenso abgelehnt wie einen Lohnvorschlag nach 14 Tagen, und die Zustimmung zu einem Gesuche direkt an das Kanalamt verweigert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und weiter: Hat doch der „freisinnige“ Oberbürgermeister von Breslau Gemeindeforstellungen, die im Auftrage ihrer Kollegen zu ihm kamen, brutal angeknäuel, an Jahrzehnte zurückliegende Strafen erinnert, sie so gebrandmarkt, daß zur Lüge hinausgeworfen und ihnen den Urteilsbrief ausstellen lassen: Entlassungsgrund: Unverschämtes Betragen! (Vielfaches Hört! hört! Hurra! bei den Sozialdemokraten.)

Für die Einseitigkeit der Gewerbeinspektionsberichte noch ein allerdings sehr schlimmes Beispiel. Die Gewerbeinspektion in Königsberg berichtet, daß dort die Maurer 1904 in einem Streik getreten wären, obwohl ihnen ihre Forderungen 1903 bewilligt worden wären. Bei diesem Streik seien 53 Anzeigen wegen Bedrohung Arbeitswilliger erstattet worden. Nun haben die Maurer 1903 überhaupt keine Forderungen gestellt, wohl aber die Bauarbeiter, deren Forderungen zwar nicht bewilligt, sondern gar nicht einmal beantwortet worden sind. (Vielfaches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als sie dann mit der Durchsetzung der Forderungen Ernst zu machen versuchten, wurden sie 1904 ausgesperrt. Und dann der Clou des Ganzen: wen interessiert denn, wie viele Polizisten in Königsberg herumgelaufen sind und strafbare Taten zu entdecken geglaubt haben?

Hatte doch der Polizeipräsident von Königsberg in einem Erlaß angeordnet, daß die Streikposten tunlichst beseitigt werden sollten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So wurde zum Beispiel der Leiter des Streiks zweimal wegen Vergehens angefaßt, während er an den ganzen Vorgängen überhaupt nicht beteiligt war. (Hört!

hört! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls zeigt diese ganze ungenaue Verichterstattung, was herauskommt, wenn die Gewerbeinspektoren sich nicht bei den Arbeitern, sondern nur bei der Polizei erkundigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Süddeutschland ist die Gewerbeinspektion viel zugänglicher und besser als nördlich der Mainlinie. Das kann niemanden in Erwahnung setzen, der weiß, wie in Preußen die Gewerbeinspektoren durch die Minister-Erlasse ständig drangaliert worden sind. Minister Möller, dessen Dienstfertigkeit für die Unternehmernutzen diese in der Hiberniafrage so schlecht belohnt haben, hat den Gewerbeinspektoren sogar verboten, Vorschläge zu neuen Gesetzen zu machen! Ist es nicht lächerlich und unverantwortlich, das gerade den Beamten zu verbieten, die nach ihrer Berufstätigkeit in erster Linie dazu geeignet sind, derartige Vorschläge zu machen, weil sie die Mißstände aus eigener Anschauung kennen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da verlangt die Objektivität, anzuerkennen, daß überhaupt noch so viel Lebenswertes in den preussischen Gewerbeinspektionsberichten steht.

Wir haben stets gefordert, daß die Gewerbeinspektion dadurch verbessert werde, daß man Arbeiter zu Gewerbeinspektoren macht. In Württemberg hat man damit schon einen Anfang gemacht. Die diesjährigen Berichte sind einstuftig darin, daß alle Erwartungen erfüllt sind. Ferner fordern wir seit vielen Jahren die Zuziehung von Frauen für die Gewerbeinspektion. Bei der enormen Steigerung der Frauen- und Kinderarbeit in Deutschland ist diese Forderung doch eigentlich selbstverständlich. In Berlin sind seit einigen Jahren drei oder vier weibliche Hilfskräfte bei der Gewerbeinspektion angestellt, und auch hierin stimmen alle Berichte überein, daß diese segensreich wirken. Aber was will das heißen, wenn in ganz Preußen vier weibliche Gewerbeinspektoren angestellt sind? Wir fordern seit Jahren, daß die Zahl der Gewerbeinspektoren vermehrt werde, damit die Zahl der Betriebe, die auf jeden Gewerbeinspektor kommt, verringert werde. In Wirklichkeit aber geht die Bewegung dahin, daß die Verhältnisse immer ungünstiger werden. Im Jahre 1903 kam nämlich auf 420 Betriebe ein Gewerbeinspektor, dagegen im Jahre 1904 erst auf 508 Betriebe. Wenn man also selbst die Zahl des Jahres 1903 als Grundlage nimmt, so fehlten im Jahre 1904 bereits 40 Beamte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist doch eine Mindestforderung — und dies ist auch von den württembergischen Gewerbeinspektoren anerkannt worden — daß jeder Betrieb jährlich wenigstens einmal kontrolliert werde. Von den 508 Betrieben auf den Kopf der Beamtenschaft sind im Jahre 1904 nur 241 Betriebe kontrolliert worden, also weniger als die Hälfte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie sieht es nun weiter mit der Revision der auf Grund des § 27 o der Gewerbeordnung revidierten Betriebe? Von den Väterlein sind überhaupt nur 17 Proz., von den Steinbauereien 40 Proz., von den Buchdruckereien 75 Proz. revidiert. Ich führe die Zahlen nicht an, um den Gewerbeinspektoren irgendwelchen Vorwurf zu machen, sondern lediglich um zu zeigen, wie wenig Geld in Preußen für diese Dinge vorhanden ist. Die Beamten sind heute schon überlastet, da sie doch außerdem noch ihre Sprechstunden abhalten und ihre Schreibarbeiten erledigen müssen.

Jahr für Jahr berichten die Gewerbeinspektoren über die wirtschaftlichen und sittlichen Zustände der Arbeiter. Ich halte das letztere nicht für richtig, solange sie nicht auch über die sittlichen Zustände der Unternehmer berichten. (Heiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Denn so gut wie dort sind sie bei den Arbeitern immer noch.

Ueber die elenden Löhne und die lange Arbeitszeit sowie die schlechte Behandlung der Arbeiter gibt die Regierung kein statistisches Material. Man sollte meinen, daß sie besonderen Wert auf dieses Material legt. Dadurch, daß sie darauf verzichtet, es zu geben, fordert sie den Verdacht heraus, daß sie dieses Beweismaterial fürchtet in der Ueberszeugung, daß es gegen sie ausfällt. Herr v. Rheinbaben hat ja versucht, den Beweis zu liefern, daß es den Arbeitern sehr gut geht. Er hat nach einer Statistik „bewiesen“, daß die Löhne der Arbeiter von 1888 bis 1903 um 24,6 Proz. gestiegen seien und ein paar Minuten später hat er nach einer anderen Statistik „bewiesen“, daß sie um 33,3 Proz. gestiegen seien. Eine von beiden Zahlen muß also falsch sein, und ich sage, sie sind alle beide falsch, und der Herr Finanzminister hätte das wissen müssen. Er war aber früher Polizeiminister und weiß als solcher, daß einer seiner Vorgänger, Herr v. Puttkamer, vom Ministerische aus regelmäßig mit falschen Titeln gearbeitet hat. (Unruhe rechts.) Der frühere preussische Handelsminister Möller hat sogar die Behauptung ausgesprochen, daß die Arbeiter jetzt das Doppelte verdienen wie früher. Sie seien so anspruchsvoll geworden, daß sie nicht nur zweimal wöchentlich, sondern täglich Fleisch essen wollten. (Hört! hört! b. d. Soz.) Dies unverschämte Gesindel, das von früh bis spät arbeitet und auch noch täglich Fleisch essen will! Wenn je einem Manne jegliches soziales Empfinden gemangelt hat, so war es Herr Möller. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wie sieht es bei den preussischen Eisenbahnen aus, die 800 Millionen Ueberschuß haben? Bekanntlich sollen die Staatswerkstätten Musterwerkstätten sein. Nun, die Arbeiter und Handwerker bei den preussischen Bahnen erhalten noch nicht einmal 3 M. pro Tag. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und so wie die Lohnverhältnisse, sind auch die Arbeitszeitverhältnisse. Von dem Lokomotivpersonal arbeiten bis 8 Stunden nur 3 Proz., 66 Proz. aber 9 bis 10 Stunden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von allen bei der Bahn beschäftigten Beamten und Arbeitern haben 10 Proz. eine Arbeitszeit bis 8 Stunden, 10 Proz. 8 bis 9 Stunden, 72 Proz. 9 bis 12 Stunden und 6 Proz. noch 12 bis 15 Stunden Arbeitszeit. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) 1906 ist ja nun für Werkstättenarbeiter der Neufundentag eingeführt worden. Vorläufig aber beschränkt er sich in Preußen auf die Direktionsbezirke Berlin, Frankfurt a. M., Magdeburg und Posen. In den übrigen Bezirken soll er nach und nach eingeführt werden, sobald feststeht, daß nach den örtlichen Verhältnissen irgendwelche Bedenken gegen seine Einführung nicht vorliegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das heißt, der Staat nimmt Rücksicht auf die Interessen der Privatindustrie; wo diese längere Arbeitszeit hat, da darf der preussische Staat nicht mit gutem Beispiele vorgehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Noch ein Beispiel zur Lohnfrage. Die Löhne der Bergarbeiter unter Tage sind von 1898 bis 1904 im ganzen um 6 Proz. gestiegen. Herr Möller aber behauptete, die Löhne wären um das Doppelte gestiegen. Im ersten Quartal des letzten Jahres sind sie sogar wieder gesunken, und wenn sie jetzt wieder höher sind, so wird noch einer meiner Kollegen nachweisen, daß nur durch eingelegte Arbeitsbüchsen, also durch eine Verlängerung der Arbeitszeit, diese höheren Löhne verdient worden sind. Dabei befinden wir uns jetzt in aufsteigender Konjunktur. Das Wesen und der Wert der sozialen Gesetzgebung tritt aber namentlich in Zeiten der Krise zu Tage, wo die Arbeiter gegen die Verschlechterungstendenzen der Industrie ankämpfen müssen. In solchen Zeiten mit ihnen eine durchgreifende soziale Gesetzgebung schützend zur Seite stehen. Deshalb ist es Aufgabe aller derjenigen, welche die soziale Reform nicht bloß als Lockmittel im Munde führen, die Regierung immer von neuem zu drängen, daß endlich wieder ein Schritt nach vorwärts gemacht wird. Sie (zum Zentrum) haben die Macht dazu, Ihre Ansichten zur Durchführung zu bringen. Es liegt nur an Ihrem guten Willen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Herr Pauli-Potsdam (L.): Meine Freunde meinen, daß alle Rassen einheitliche Regelungen finden müssen, alle einzelnen Regelungen aber Stöcker sind. Es ist eine fundamentale Wendung dieser ganzen sozialpolitischen Gesetzgebung erforderlich, bei der vor allen Dingen dafür gesorgt wird, daß nicht der Mittelstand wieder die Kosten trägt. — Die Tarifverträge beurteile ich günstig. Sie sind auch für die Arbeitgeber gut. Schmerzlich hat er behauptet, daß die Thronrede kein Wort über den Mittelstand gesagt hat. Eine Mehrbelastung kann der Mittelstand nicht vertragen. Ich habe im vergangenen Jahre gesagt, daß der Beschäftigungsnachweis vom Handwert gefordert werde. Ich habe geglaubt, daß ich dabei das ganze Handwert hinter mir hätte. Nachdem aber die gesetzlichen Organisationen des Handwerks, die Hand-

werkerkammern den Beschäftigungsnachweis abgelehnt haben, kann ich dies als Abgeordneter, wie ich im Einverständnis mit meinen politischen Freunden sagen kann, nicht mehr vertreten.

Der Abg. Fischer hat die Behauptung aufgestellt, daß die Schraubendreher nur so viel von den Elektrizitätswerken als Lohn verlangt haben, als die Schraubendreher anderer Fabriken derselben Firma schon bekämen, und daß dadurch der ganze Elektrizitätssektor hervorgerufen sei. Wenn diese Behauptung wahr ist — was ich nicht beurteilen kann — so muß ich sagen: die Arbeiter haben recht getan. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind überhaupt für Verrücktheit des Lohnes der Arbeiter, nur daß der Mittelstand dadurch nicht weiter befaßt werden. (Beifall rechts.)

Hierauf verlag das Haus die Fortsetzung der Debatte auf Sonnabend 1 Uhr.

Schluß 5¹/₂ Uhr.

Parlamentarisches.

Ablehnung der Regierungsvorlage.

In der Finanzreformkommission wurde die Debatte über die Zigarettensteuer vorläufig fortgesetzt. Unsere Genossen v. Elm und Rosenbuh wandten sich mit großer Entschiedenheit gegen die in der Kommission gemachten Vorschläge, an Stelle der Zigarettenpapiersteuer die Besteuerung der Zigarette aus dem Wege des „Vanderoleten“ oder Tabakzuzuschlagsystems durchzuführen. Prinzipiell der Kommission das Recht absprechend, daß sie befugt sei, neue Vorschläge zu machen — was aber vom Vorigen abhing als zulässig erklärt wird — gehen sie auf die Vorschläge näher ein und bestreiten die Durchführbarkeit. Welche Art der Besteuerung man auch immer wählen möge, die unmittelbare Folge werde ein Ausfall im Konsum sein und dadurch eine Protosomach zahlreicher Arbeiter, namentlich Arbeiterinnen. Gegenüber den Hinweisen Dr. Beckers u. a., daß die dadurch überflüssig gewordenen Zigarettenarbeiterinnen hinaus aufs Land gehen und sich dort ihr Brot suchen möchten, warf Rosenbuh die Frage auf, mit welchem Recht man diese Arbeiterinnen aus ihrem Gewerbe, das sie gelernt haben, herausreißt, ihnen die Möglichkeit rauben wolle, sich in einem anderen als dem erwählten und erlernten Beruf zu ernähren. Dann müßte man wenigstens dieselben Konsequenzen ziehen wie bei Ablösung der Privatpolitik, beim Stichtoffgesetz usw., und die durch Einführung der Steuer arbeitslos werdenden Arbeiter entschädigen. Dem Abgeordneten Müller-Zulda gegenüber, der bemerkt hatte, daß er gegen jede Steuererhöhung für Zigaretten stimmen werde, wenn er sicher sei, daß eine größere Anzahl von Arbeitern dadurch brotlos würde, warteten unsere Genossen mit ihren eigenen Erfahrungen bei Einführung der Tabaksteuer 1879 auf, wo nicht nur ein großer Konsumrückgang, sondern auch eine Lohnbrüderlei die Folge war, die sich in der ganzen Zeit nicht ausgleichen hat. Während nämlich nach den Verichten der Berufsgenossenschaften die Durchschnittshöhe des Arbeitslohnes für sämtliche versicherten Arbeiter sich auf 947 M. pro Jahr stellt, beträgt sie bei den Tabakarbeitern nur 543 M., während vor 1879 die Löhne in der Zigarettenindustrie mit die höchsten waren. Daraus ergibt sich, daß der Zoll und die Steuer auf Tabak aus den Knochen der Arbeiter herausgeholt worden sind. Genau so müßten die Folgen der Zigarettensteuererhöhung sein. Die beiden Genossen wiesen noch darauf hin, daß mit Einführung des Vanderoletensystems, das auch den Regierungskommissaren leicht ausführbar erscheint, ganz entschieden die Selbstverfertigung von Zigaretten mehr als bisher geübt und dadurch der erwartete finanzielle Effekt auf einen lächerlich geringen Betrag herunterzinken, die Protosomach von Arbeitern aber ganz besonders in die Erscheinung treten werde. Desgleichen bemühten sie sich, die Unmöglichkeit der Buchkontrolle über den zu Zigaretten verarbeiteten Tabak bei Einführung des Zuschlagszollens nach Müller-Zulda nachzuweisen.

Allen sachlichen Gründen unserer Genossen setzten die Redner der anderen Parteien, außer Dr. Siemer, der ihnen in allen Teilen zustimmte, entgegen: die Zigarettenindustrie soll und muß blühen, wovon die namhaftesten Fabrikanten auch einverstanden sind. Daher komme es darauf an, die geeignete Form zu finden.

Gegen die Vorlage wandten sich aber sämtliche Redner, namentlich als von Seiten der Regierungsvorteiler erklärt war, daß man den Vorschlag des Vanderoletensystems vor dem der Zuschlagssteuer den Vorzug gebe. Nämlich leicht nimmt Raab (Wirtschaftl. Ver.) die Befürchtung eines Rückganges in der Produktion; er ist gern bereit, einem eventuell von den Sozialdemokraten einzubringenden Gegenwurf betreffend Entschädigung aller durch die Steuererhöhung arbeitslos werdenden Zigarettenarbeiter zuzustimmen, in der sicheren Ueberszeugung, daß nicht ein roter Pfennig gezahlt zu werden braucht, vielmehr ein Aufschwung, eine größere Nachfrage eintraten wird, sobald die Unternehmer über die erste Verunsicherung hinweg sind und nicht mehr zu fürchten hätten, noch mehr geschöpft zu werden, als es beabsichtigt wird.

Von Herold wird erklärt, daß er und seine Freunde nunmehr geneigt seien, dem Vanderoletensystem zuzustimmen, wenn die Regierung eine diesbezügliche Vorlage ausarbeitet. Indirekte Steuern müßten sein, und wenn einmal — was ja aber nicht zu befürchten sei — die Regierung die indirekten Steuern abschaffen und ihren ganzen Steuerbedarf nur von den Besitzenden fordern würde, so würde eine ungeheure Unzufriedenheit in ganzen Volks, namentlich aber unter den Arbeitern die Folge sein. Schließlich wurde die Debatte abgebrochen, um am Dienstag fortgesetzt zu werden. Das sichere Resultat der zweitägigen Debatte ist: Ablehnung der Regierungsvorlage.

Indemnitätssomodie. Die Budgetkommission des Reichstags hatte sich gestern wieder einmal mit einem Indemnitätsgesuch der Regierung zu beschäftigen. Der dritte Antrag für den Etat 1906 fordert einen Kredit von 1 068 050 M. außerordentlicher Ausgaben, die durch den Ausfall in Ostafrika entstanden sind und in der Hauptsache auch schon verausgabt worden sind. Hierfür wird Indemnität nachgesucht. Unterstaatssekretär Tzelle bemüht sich, nachzuweisen, daß außer- und aberatomatische Ueberschreitungen gesetzlich zulässig seien; die Regierung sei sich aber stets der Verantwortung bewußt und greife nur im äußersten Notfalle zu Etatsüberbreitungen. Als der ostafrikanische Ausfall im August vorigen Jahres ausbrach, sei erstlich die Einberufung des Reichstages erwogen worden. Jedoch sei die Regierung gar nicht imstande gewesen, ziffermäßig haltbare Unterlagen über die Kosten zu geben, die die Niederwerfung des Aufstandes bedinge. Außerdem habe schnell gehandelt werden müssen, um eine Ausdehnung des Aufstandes zu verhindern. Daher habe die parlamentarische Behandlung nicht abgewartet werden können.

Kolonialdirektor Prinz Hohenlohe nahm auf die dem Reichstag zugegangene Denkschrift des Gouverneurs über den Aufstand Bezug und erklärte: Die Ursachen sollen genau untersucht, wo nötig, Abhilfe geschaffen werden. — Abg. Müller — Sagan weist darauf hin, daß die Ueberschreitungen des Etats allgemein üblich werden. — Abg. Singer: Die Klagen über Etatsüberbreitungen seien voll berechtigt aber zwecklos; denn die Reichstagsmehrheit habe die Regierung so an die Erstellung der Indemnitätsgesuche, daß die Regierung überzeugt ist, ihr wird je der Antrag genehmigt. Die Breiterungen der Regierung, sie wolle das Budgetrecht des Reichstages nicht einschränken, widersprechen nur zu oft den Tatsachen. Im vorigen Sommer habe die Regierung genau gewußt, daß nicht nur für Ostafrika, sondern auch für Südwestafrika weitere Kredite notwendig sind; trotzdem rief sie den Reichstag nicht zusammen. Schmälerte somit das Budgetrecht des Parlaments aus Zweckmäßigkeitsgründen. Dagegen müsse entschieden Einspruch erhoben werden. Solange der Reichstag sich gegen die immer zahlreicher werdenden Indemnitätsgesuche nicht widerstandsfähiger zeige, könne eine Besserung nicht eintreten. Das Zentrum befolge die Taktik, durch den Abg. Erberger jedesmal einen Sturm zu entfachen, der kurz vor der Entscheidung plötzlich ausgeblasen werde. Was die Kolonialbahnen anbelange, so verlange die Sozialdemokratie, daß die Leute, die von diesen Bahnen

den Vorteil haben, auch die Kosten aufbringen. Wenn nicht eine Kolonialbahn? Von der Verantwortung dieser Frage hängt für die Sozialdemokratie, unbeschadet ihrer prinzipiellen Stellung zur gegenwärtigen Kolonialpolitik, in erster Linie ihre Existenz ab. — Abg. Siedelum besprach die Denkschrift des Gouverneurs, die statt einer Rechtfertigungsschrift eine Anklageschrift geworden sei. Der Bankrott des heutigen Verwaltungssystems sei offenkundig. Zwangsarbeit, die von untergeordneten Organen erzwungen worden ist, anscheinend sogar auch von Missionen, Verdrückung und Verzug, an den Eingeborenen verübt, bilden die Ursachen des Aufstandes, der schon in Jahresfrist vor seinem Ausbruch vorhergesagt wurde. Aber der Herr Gouverneur will nicht geahnt noch gewußt haben. Das sei entweder kaum glaublich oder sehr charakteristisch. Unterstaatssekretär Tzelle verteidigte nochmals die Regierung. Er verheimlichte und beanstandete nichts, spreche vielmehr entweder ganz offen oder gar nicht. Die Regierung habe im vorigen Sommer dem Reichstag keine Aufklärung geben können, weil sie selbst nichts Näheres gewußt habe, als was die amtlichen Telegramme aus Ostafrika an Informationen enthielten. Die Abgeordneten Paasche, Spahn, Arendt und Prinz von Arenberg sprangen der Regierung bei, jedoch — das Budgetrecht des Reichstags, so meinten sie, wollen auch sie gewahrt wissen, stammten aber für die Indemnität trotz der Verletzung des Budgetrechts. Die „Indemnität“ wurde also schließlich allein gegen die Stimmen der Sozialdemokraten erteilt!

Die Wahl Zimmermanns (Sachsen) gültig!

Am 20. sächsischen Wahlkreise (Marienberg-Bischopau) fand am 18. März 1904 eine Ersatzwahl für unseren verstorbenen Genossen Rosenow statt, bei der für Pinkau (Soz.) 10 277 Stimmen abgegeben wurden, für Zimmermann (Antif.) 8998, für Schanz (L.) 4825. Ferner waren 8 Stimmen zerplittert. Die absolute Mehrheit betrug 10 205; es fehlten Pinkau also 56 Stimmen zum Siege. Bei der Stichwahl siegte Zimmermann. Ein rechtzeitig eingereicherter Wahlprotest legte dar, daß auf eine Anfrage der Amtshauptmannschaft des Wahlkreises erklärte, er allerdings sei der Ansicht, daß bezogene Wähler nicht an ihrem früheren Wohnort wählen dürften. Die Gemeindevorstände handelten nun fast alle in diesem Sinne, und es wurde eine Anzahl wahlberechtigter Wähler von der Wahl zurückgewiesen. Der Wahlprotest führt 57 solcher Wähler namentlich auf, die also nach der bisherigen Praxis der Wahlprüfungskommission, da sie nach ihrer Angabe Pinkau wählen wollten, dessen Stimmengabe hätten zugerechnet werden müssen, so daß Pinkau sofort in der Hauptwahl als gewählt erscheinen mußte.

Die Wahlprüfungskommission vernied es auffällig, die prinzipielle Frage zu entscheiden, daß nämlich die Anweisung der Amtshauptmannschaft ungesetlich war und dadurch die Wahl Pinkaus verhindert wurde. Dagegen stellte sie eine Berechnung an, nach der in Rücksicht auf einige andere Vorkommnisse bei der Wahl immer noch neun Stimmen an der Mehrheit für Pinkau gefehlt hätten, Zimmermann also mit Recht in die Stichwahl gekommen sei! Daraufhin erklärte die Mehrheit der Kommission gegen die sozialdemokratischen und freisinnigen Stimmen die Wahl Zimmermanns für gültig.

Im Plenum wird über diese Prüfung sich das weitere ergeben.

In der Kommission zur Vorberatung des Versicherungsvereinsgesetzes wurde in den Sitzungen am Mittwoch und Donnerstag der erste Teil der allgemeinen, für sämtliche Versicherungsvereine gültigen Vorschriften beraten. Aus den Beratungen mögen zwei Punkte hervorgehoben werden: Bei § 3, dem der Versicherer die Pflicht auferlegt, den Versicherungsnehmer dem Versicherungsnehmer anzuhändigen, und der dem Versicherungsnehmer das Recht zugesetzt, jederzeit Abschrift der Erklärungen zu fordern, die er in bezug auf den Vertrag abgegeben hat, versuchten der Abg. Wötter und die sozialdemokratischen Mitglieder in der Kommission (Heine, Herzfeld, Leiche, Stadthagen) zum Ausdruck zu bringen, daß auch alle mit Bezug auf den Vertrag abgegebenen Erklärungen, zum Beispiel die Fragen und Antworten über den Gesundheitszustand, dem Versicherungsnehmer kostenlos übergeben werden müßten. Es gelang, diese Forderung zur Annahme zu bringen. Jedoch blieb die Kostenlosigkeit im Gesetz unerwähnt. Ferner versuchten die sozialdemokratischen Mitglieder bei § 5 dem entgegenzutreten, daß ein Versicherungsnehmer sich auf lange Jahre hinaus, ohne die Tragweite der Versicherung zu kennen, verpflichtet. Sie wünschten deshalb, daß Versicherungsverträge, die über die Dauer von einem Jahr hinaus verpflichten, schriftlich gestellt und daß der Antragsteller das Widerrufsrecht innerhalb zweier Tage haben solle. Dem vorgeschlagenen Grundsatze stimmte auch die Regierung zu, soweit es sich um Lebens-, Aussteuer-Versicherungen u. dergl. handelt. Sie glaubt aber, daß für diese Art der Versicherung durch den § 162 genügend Vorkehrung getroffen sei, der dem Versicherten bei laufenden Prämien das Recht gibt, für den Schluß der laufenden Versicherungsperiode zu kündigen. Der Abgeordnete Schmidt-Barburg nahm die sozialdemokratische Anregung in einer Form auf, die der im § 566 des Bürgerlichen Gesetzbuches für Mietverträge gegebenen entspricht. Die Mehrheit nahm aber an, daß der § 162 für die Lebensversicherung genügend Garantie biete und daß es der Beratung der Spezialversicherungen, insbesondere der Vieh- und Hagelversicherung, überlassen bleiben müsse, etwa eine ähnliche Schutzvorschrift gegen Uebervorteilung auch hier zu schaffen. Daß das Gesetz nicht gegen je de Uebervorteilung schützen könne, wurde allseitig anerkannt. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch nächster Woche statt.

Für Abänderung des Invalidenversicherungsgesetzes tritt eine dem Reichstage zugegangene Petition des Bundes der technisch-industriellen Beamten ein. Es wird vorgeschlagen, dem Gesetze einen Paragraphen hinzuzufügen, welcher bestimmt, daß solche Arbeitgeber, die es vorzuziehen oder schließend unterlassen haben, für die in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter die Versicherungsbeiträge zu zahlen, zur nachträglichen Zahlung herangezogen und mit erheblichen Strafen belegt werden können. Auch soll bestimmt werden, daß die nachweislich herausgefallenen Marken den Versicherten durch die Versicherungsanstalt zugerechnet werden müssen.

Aus der Partei.

100 Mark Geldstrafe erhielt Genosse Heinig von der „Leipziger Volkszeitung“ subsidiär, weil er den Gemeindevorstand von Portitz einer „vorsätzlichen“ genannt hat. — Er hätte ihn auch ruhig einen modern sächsischen nennen dürfen.

Das Verbot einer Zellerammlung aufgehoben. In Brauk hatte der überwachende Beamte am 21. Januar die Zellerammlung verboten und einen Betrag von 2,65 M. als Ergebnis derselben beschlagnahmt. Landtags-Abgeordneter Schulz, als Referent der Verammlung, beschwerte sich darüber und erhielt jetzt folgende Antwort:

Großherzoglich Oldenburgisches Amt Brauk. Brauk, 27. Januar 1906.
Auf die Eingabe vom 26. d. M.
Ob Sie als Referent und Teilnehmer in der Volksversammlung vom 21. d. M. ein Recht haben, Beschwerde über das polizeiliche Verbot der Zellerammlung zu führen, mag dahingestellt bleiben, zumal die Angelegenheit entsprechend Ihrem Wunsch bereits erledigt ist.
Das vom Oberwachmeister beschlagnahmte Geld im Betrage von 2,65 M. ist, da das Verbot der Sammlung sich nicht aufrecht erhalten ließ, dem Vorsitzenden der Verammlung, dem Maurer-Gelesen Winter, Brauk, zur Verfügung gestellt.
Das Verbot der Sammlung war also ungerechtfertigt. Die Kompetenzbedenken des Großherzoglich Oldenburgischen Amtshauptmannes sind es auch. Ueber eine den Gesetzen zuwiderlaufende Amtshandlung hat jeder Staatsbürger das Recht, sich zu beschweren.

Aus Industrie und Handel.

Modernes Räubertum.

Bei unserem raffiniert sensiblen Rechtsbewußtsein und der erstaunlich konstruktiven Scharfsinnigkeit, sind wir so weit gekommen, „Im Namen des Königs“, die Benutzung eines Lappchen Papiers, dessen materieller Wert nur als eines Pfennig Bruchteil mit hohem Renner bewertet werden kann, zu bestrafen — die juristische Terminologie bescherte uns den Ausdruck: ideeller Diebstahl! Das Beleidigte — kapitalistische Gerechtigkeitsempfinden findet Befriedigung, dann einer von Verständnis und Interessensolidarität getragenen Begriffs- Konstruktion. Eine andere Kulturblüte am Baume modernen Rechts- empfindens, das in der Gewerbeordnung im § 153 sich manifestiert, ist die Bestrafung wegen Rötigung in Fällen, in denen ein Arbeiter dem Unternehmer sagt: „Wir streiken wenn Sie unsere Wünsche nicht erfüllen!“ — Aber, frei sei der Mensch! — wenn er Geld hat. — Sorgsam geholt durch Gesetzes Macht, entfaltet frei sich — individuelle Betätigung. Wer in geschickter Weise durch falsche Nachrichten an der Börse Millionen erofft, wer planmäßig vorgehend, der Absicht, die Konsumenten zu plündern, die ausführende Tat folgen läßt, — und stets zum Ziele gelangt, des Gesetzes sein ausgeklügelte oder fein interpretierte Paragraphen schätzen das Ertroubte als des glücklich Verfügenden heiligstes Eigentum. Keines Staatsanwaltes sicheres, die tiefsten der Tiefen der Gesetznisse und Absichten durchdringendes Auge erkannte je in der großzügigen, oft durch „sanften“ Druck und verständnisvolle Warnung vor der eventuellen wirtschaftlichen Vernichtung, unterstützten Erleichterung der Taten des Volkes und der Staatsklassen mittels preispolitischer Genialität der industriellen Ringe usw., eine das Rechtsbewußtsein verletzende Handlung. Wänder, verzierte Anophscher, deren sich die edelsten Repräsentanten der Kunst der großzügigen Rechner erfreuen, beweisen das Gegenteil. Allzuviel erinnern täglich Vorkommnisse an das Sprichwort: „Kleine Diebe hängen man, große läßt man laufen!“ Oder ist es etwa keine raffinierte Spitzbüberei, wenn einige Leute durch gemeinsames Handeln zu ihrem Vorteil eine Preissteigerung für bestimmte Waren erzwingen? Ein typisches Beispiel für die Strupplosigkeit, mit der die moderne ganz im Großen gehende Plünderer vor sich geht, bieten jetzt die Bestrebungen der amerikanischen Baumwollkönige.

Die amerikanische Rohbaumwolle ist für die europäische Textil- industrie gewissermaßen das Brot des Lebens. Und die Fürsten des Baumwollhandels wollen den Konsumenten das Leben recht teuer machen. Kürzlich waren sie, die Mitglieder der Southern Cotton Growers Association, in New-Orleans zusammen und großer Jubel herrschte unter ihnen. Sie hatten Grund dazu! Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Jahre durch verschiedene Mittel, deren Qualität nur nach dem Erfolge gemessen wird, die Lage des Baumwollmarktes stark zugunsten der Händler und Pflanzler beeinflusst. Das war nicht allein des Jubels Grund. Es wurde dem Plan zugestimmt, für den noch unverkauften Rest der Baumwollenernte von etwa drei Millionen Ballen einen Preis von 15 Cts. per Pfd. zu erzwingen und dazu die Pflanzler zu verpflichten, nicht unter folchem Preise zu verkaufen, auch um 25 Prozent weniger Baumwolle als in 1904 und dafür um so mehr andere Bodenfrüchte zu bauen.

So sucht man ein Monopol in einem Welt-Bedarfs- artikel zu schaffen, wie solches noch nie zuvor versucht worden ist. Anstatt die Preise zu reduzieren, suchen die südlichen Baumwollmonopolisten durch Schöpfung künstlicher Verhältnisse die Preise auf ein extremes Niveau zu treiben. Und der Präsident der Vereinigung hat es als deren Aufgabe verkündet, die Verhältnisse derart zu regulieren, daß der Konsument genötigt ist, für die Baumwolle den von den Pflanzern bestimmten Preis zu zahlen.

Und zu den Regulierungsmitteln gehört auch ein — Schutz Zoll von 25 Proz., den in aller . . . Verschämtheit zu fordern die Taschen- ritter sich gar nicht entblöden. Vor einem Jahre verkaufte sich Baumwolle zu 6 1/2 — 6 3/4 Cts. Die Politik der Pflanzler mit Hilfe der Spekulation hat es fertig gebracht, den Preis zeitweilig bis auf 12 1/2 Cts. zu bringen, für einen Artikel, der bei rationeller Kultur und großem Betriebe zu produzieren nur 6 Cts. kostet. Ein Profit von etwa 100 Proz. ist den Pflanzern jedoch noch nicht genug, und glauben sie, einen Preis von 15 Cts. erzwingen zu können.

In ähnlich ruppiger Weise macht sich das belgische Kohlsyndikat bemerkbar. — Die deutschen Syndikate sind natürlich Kinder wie kein Engel so rein! — Immer mehr werden die Preise in die Höhe getrieben. — In Deutschland hört man nur von Preisherabsetzungen! — Auch verlangt das Syndikat von seinen Abnehmern, sich durch Verträge pro 2. Halbjahr 1906 auf die höchsten Preisen festzulegen. —

Die deutschen Syndikate sind mit langfristigen Verträgen gar nicht eilig — solange sie hoffen dürfen, höhere Preise zu erzielen! — Und solche Zustände soll man als erhaltenes betrachten! — Der nicht allzusehr bei der bestehenden Anarchie interessiert ist, als Volksherr seinen Rebbach macht, nicht nur die Gepflünderten, sondern alle, denen des Volkes Wohl als das erstrebenswerteste Ideal erscheint, müssen sich der sozialistischen Forderung von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel anschließen. Die Realisierung dieser Forderung löst alle wirtschaftlichen Kräfte aus, treibt die Produktion zur höchsten Entwicklung. Ausgeschaltet wird dafür das Schmarozertum jeder Art und Form.

Neue Stempelskizzen. Die Mannheimer Handelskammer hat die voranschreitende Wirkung der neuen Frachtbrief-, Paletadressen- und Luitungsstempelskizzen zum Gegenstande eingehender zahlenmäßiger Berechnungen gemacht. Die Kammer hat nun durch Umfragen und Berechnungen festgestellt, daß dem Prinzip des Gesegentwurfes, der davon ansetzt, die minder leistungsfähigen Gewerbetreibenden im Verhältnis zu ihren wirtschaftlich kräftigeren Mitbewerbern zu schonen, nicht entprochen wird, vielmehr würde die prozentuale Belastung des gewerblichen Einkommens der berichtenden Firmen betragen bei einem gewerblichen Einkommen:

von	1 bis	3 000 Mark	29,5 Proz.
	3	5 000	15,2
	5	10 000	11,0
	10	20 000	7,5
	20	50 000	5,5
	50	100 000	4,7
	100 000	1 000 000	1,2
	über	1 000 000	0,4

Die absolute Belastung der circa 280 Firmen, welche Zahlenmaterial geliefert haben, würde über 600 000 M. betragen. Schon diese Belastung einiger hundert Mannheimer Firmen zeigt, daß wiederum die schon jetzt am schwersten belasteten Großstädte und Industriebezirke am stärksten zur Steuer herangezogen werden sollen. Denn während das Deutsche Reich bei 90 Millionen Einwohnern 57 Millionen Mark Frachtbrief- und Luitungssteuern aufbringen soll, also noch nicht eine Mark pro Kopf, entfallen auf den Mannheimer Handels- und Industriebezirk mit gegen 200 000 Einwohnern bei noch nicht 280 Firmen allein 600 000 M., das sind also bereits mehr als drei Mark pro Kopf der Bevölkerung; wenn nun die übrigen mehr als 2000 Firmen und das ganze Privatpublikum hinzugerechnet werden, müßte Mannheim an diesen Steuern wohl ungefähr das Zehnfache des Reichsdurchschnitts aufbringen.

Korruption überall. Nach der amtlichen Untersuchung über die Zustände im Versicherungswesen des Staates New York wird jetzt eine gleiche Untersuchung auch für das Vantwoesen gefordert. Es wird behauptet, daß bei den Banken daselbst Unwesen korrupter Aufsichtsräte und Strohmandirektoren herrsche wie bei den Versicherungsgesellschaften. Im Senat zu Albany wurde die Befürchtung geäußert, eine solche Untersuchung würde eine finanzielle Krise herbeiführen und die republikanische Partei im Staate New York zur Grunde richten. Doch gilt es nach den neuesten Verlautbarungen als sicher, daß die Untersuchung stattfinden wird.

Der Zug der kapitalistischen Entwicklung. Ueber wirtschaftliche Gräber stürmt siegend hinweg der geschäftliche und gewerbliche Großbetrieb. Niemand kann besser Marx Lehre von der Akkumulation des Kapitals rechtfertigen, als die Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens. Wer sich nicht mit der theoretischen Brille die Augen blendet, kann auch gar nicht übersehen, daß heute schon viele tausende sogenannter Selbständiger anders nichts sind, als Handlanger, als Akkordarbeiter des Großkapitals. Und selbst die glänzendste Prosperitätsperiode wird immer wieder bisher selbständigen Existenzen aufs Pflaster, zu dem Haufen der Lohnsklaven werfen. Die Vereinigten Staaten zählen das zu Ende gegangene Jahr zu einem der günstigsten in geschäftlicher Beziehung. Trotzdem brachten die zwölf Monate nicht weniger als 11 520 geschäftliche Todesfälle. Die Gesamtverbindlichkeiten, deren sich die transzend Hinterbliebenen dabei — nicht erheben, belaufen sich auf 102 678 1/2 Pfund Sterling. Die Kleinen können nicht mehr mit, sie werden über den Haufen gerannt und zerstampft. Und diese Entwicklung ist unaufhaltsam, sie garantiert den Sieg des sozialistischen Strebens.

Unstimmigkeiten im Kohlsyndikat. Die am 19. Dezember vorigen Jahres stattgefundenen Zeichenbesitzer-Versammlung hatte die Förderung auf 60 Proz. der Beteiligung festgesetzt. Durch Rundschreiben vom 20. Januar d. J. hat der Vorstand aber die Förderung vollständig freigegeben. Dagegen ist erfolglos Protest erhoben worden. — Merkwürdig: angeblich kann gar nicht genügend gefördert werden, das Syndikat behauptet, es müsse im Auslande zu kaufen, um allen Verpflichtungen nachkommen zu können, und damit wird noch Förderung verlangt. Aber das Merkwürdige wird leicht verständlich, wenn man die Verhältnisse berücksichtigt. Manche Zeichen haben ihre Leistungsfähigkeit viel zu hoch eintariert. Bei einer Einschränkung von 10 Proz. können sie alle ihre Kräfte anspannen. Andere Zeichen, deren technische Einrichtungen eine über die Beteiligung hinausgehende Förderung ermöglichen, können diese nun natürlich erheblich steigern. Das wollten die anderen Interessenten verhindern und sie berieten sich erfolglos auf dem Grundsatze, der Verband sei nicht berechtigt, den Beschlüssen der Zeichenbesitzer-Versammlung entgegenstehende Anordnungen zu treffen.

Gewinnsteigerung um 30 Proz. Der Betriebsüberblick des Kohlenbergwerkes „Ewald“ beziffert sich für 1905 auf 4 137 709,87 Mark gegen 3 174 411,78 Mark im Vorjahre. Ob die Gewerke die „Mehrheit“ von circa einer Million Mark wohl tragen können?

Die armen Aktionäre. Der Schweizer Bergwerksverein erzielte im halben Geschäftsjahre 1. Juli—31. Dezember 1905 noch nicht mal ganz zwei Millionen Mark Ueberschuß, er brachte es — nur auf 1 950 013 M.

20 Mark Belohnung

demjenigen, welcher mir Namen der Güte nennen kann, welche sich am Freitag, den 5. Januar, 3 Uhr, im Pöhlischen Lokal, Wollnerstraße 7 befanden und den Vorrat Pöhl-Schokolade nachweislich gesehen haben. (Siehe auch Litzsch-Anzeige).

Platinabfälle, alte Goldschalen, Weisse, Treffer, alte Uhren, Nebergold, Stauhgold, photogr. Wäskstände, sowie feinst. gold- u. Silberhalt. Abfälle feinst Goldschmelze Broh, Wrangelstr. 4, Telephon-Ring IV, 6958. 8317

H. Schlegel, Gormannstr. 26.

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.

Seefisch-Kochbücher gratis.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstraße 80 | Madaisstraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
(am Moritzplatz) | (im Schloßischen Bahnhof) | (der Kurzenstr. gegenüber).

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!
Riesenfänge unserer Dampfer ermöglichen billigste Preise.

Pfg. pr. Pfd.
Kabeljau ohne Kopf **20**
im Anschnitt 25 Pfg.

Gr. Schellfisch mit Kopf **27**
im Anschnitt 35 Pfg.

Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt

In jeder besseren Fahrradhandlung erhältlich.

Millionen im Gebrauch

Zentral-Verband der Maurer, Zweigverein Berlin.

Sektion Putzer.

Sonntag, den 4. Februar 1906, vormittags 10¹/₂ Uhr, in den „Arminhallen“,
Kommandantenstraße 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tagungs-Ordnung: 1. Abrechnung vom vierten Quartal und Jahresabrechnung pro 1905, 2. Re-
wahl des Vorstandes und der Revisoren, 3. Geschäftsbericht. 1905/6
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die örtliche Verwaltung. A. H. S. Neumann.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Samburg) Filialen Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 4. Februar 1906, vormittags 10 Uhr

Zwei allgemeine Mitglieder-Versammlungen:

- 1. Germania-Säle, Chausseestraße 100.
- 2. Kellers Festsäle, Koppenstraße 29.

Tagungs-Ordnung:

Die Entwicklung der Krankenkassen im Deutschen Reich und was veranlaßt die Re- gierung, das Hilfshaffengesetz vom Jahre 1876 aufzuheben?

Mitglieder, bedenklich, was beabsichtigt die Regierung mit Einbringung des neuen Entwurfs und welche
Folgen nach die Annahme desselben zeitigen! Mitglieder, erscheint zahlreich in den Versammlungen
und legt energisch Protest ein gegen die von der Regierung geplante Verstaatlichung der Selbstverwaltung!
Die Ortsverwaltungen.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Die Mitglieder werden ersucht, ihre Bücher aus den Zahlstellen abzuholen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 24. Amt IV 3353.

Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15, Saal I:

Versammlung der Bauanschläger Berlins und Umgegend.

Tagungs-Ordnung:

- 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes,
Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Montag, Freitag, abends 8¹/₂ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Bauhändler-Krankenkasse für Berlin und Umgegend.

(Eingetragene Hilfskasse Nr. 118.)

Am Sonntag, den 11. Februar 1906, vormittags 10 Uhr:

Versammlung

im Saale des Herrn Friz Wille, Brunnenstraße 188.

Tagungs-Ordnung:

- 1. Bericht des Vorstandes, Ausschusses und Abrechnung des Kassierers
für das Jahr 1905, sowie Revisionsbericht, 2. Wahl des ersten Vorsitzenden,
zweiten Kassierers, eines Revisors und vier Ersatzmännern, Wahl des Aus-
schusses und vier Ersatzmännern, 3. Errichtung einer Zahlstelle der Schön-
hauser Vorstadt und Wahl mehrerer Hilfskassierer, 4. Berichtserstattung vom
Hilfskassenkongress, 5. Ämter-Kassenangelegenheiten.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand. J. H.: Heinrich Metzke.

Tischler-Verein. E. H. 89.

Sonntag, den 3. Februar, abends 8¹/₂ Uhr, Reichstraße 15:

Versammlung.

Tagungs-Ordnung: Vortrag des Herrn Kallist; Vereinsangelegenheiten
(wahrlich unternehmen wir unsere Dampfpartie?). — Aufnahme neuer
Mitglieder. 1905/6 Der Vorstand.

Verband der Sattler Ortsverwaltung Berlin.

Die nächsten Branchenversammlungen finden an folgenden Tagen statt:

- Geschirrbrennerei: Mittwoch, den 7. Februar.
- Treibriemenbranche: Sonntag, den 3. Februar.
- Taschen-, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag,
den 2. Februar.
- Militärbranche: Sonntag, den 3. Februar.
- Linoleumleger und Teppichnäher: Donnerstag, den 2. Februar.
- Wagenbranche: Mittwoch, den 7. Februar.
- Eisenmöbel- und Lederstuhlpolsterer: Mittwoch, den
7. Februar.
- Sektion Charlottenburg: Montag, den 5. Februar.

Zahlreichen Besuch dieser Branchenversammlungen erwartet Die Ortsverwaltung.

Sonntag, den 17. Februar 1906:

Großes Kostüm-Fest (Ein Waldfest in Krähwinkel)

In den Gesammtäumen des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.
Anfang 8¹/₂ Uhr. Eintritt 60 Pf.
Um rege Beteiligung ersucht Das Vergnügungs-Komitee.

Achtung! Fliesenleger! Achtung!

Freitag, 2. Februar, nachm. 4 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15 (Saal 7):

Versammlung der Streikenden der Sektion der Fliesenleger des Zentralverb. der Maurer

Tagungs-Ordnung:

- 1. Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung.
 - 2. Unsere weiteren Maßnahmen dazu.
- Alle Fliesenleger der Firmen: Bietzki, Ferrins u. Co., Richard
Schäffer, Warnebold u. Kasse, Schmaltz u. Velow, W. Jander,
Ramin, Fromm u. Hanns, Karst, Lehmann, H. Vid. Wölke,
Rosenfeld, G. Ende, Billeker u. Bach, J. Fischer, R. Werder,
C. Reicheloffen müssen unbedingt zu dieser Versammlung erscheinen.
Die Streikleitung. J. H.: Fritz Seidel.

1905/6

„Berliner Arbeiter- Radfahrer-Verein“

Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.

Touren am 4. Februar:
1. und 2. Abt. nach Schenkeberg
bei Großbeeren. Start 1¹/₂ Uhr
Steuerhaus. 11/6

7. und 8. Abt. nach Pichelswerder
(Freund). Start 2 Uhr Waldstr. 8.

Am 3. Februar findet ein Maskenball

der S. Abteilung im „Moabit
Gesellschaftshaus“, Wielestraße
Nr. 24, statt.

Arb.-Radfahrverein „Blitz“ Rudow.

„Solidarität“.

Sonntag, den 3. Februar 1906

× × Großen × ×

Winter-Fest

bestehend aus
Theater, komischen Vorträgen u. Ball
in Krügers Pilsaart, Johannisplatz,
Friedrichstr. 10.

Hierzu ladet alle Bundesgenossen,
Freunde und Gönner des Vereins
ein Das Komitee.

Anfang 7 Uhr.

Wagen fahren für Gäste von Rudow
7 Uhr 30 und 8 Uhr 30 ab Reichstraße.

58157*

Selowsky's „Bolero“

feinste

2 Pfg.-

Zigarette.

Gesetzlich geschützt!

Nur Handarbeit!

58157*

Ueberraschend

wird bei Cullen, Dellerstr. 10, 19,
Ordnung und Augenleiden, Ver-
schleimung, Nerven usw. das ist

„Nützliche Nüchterung“

Wurde in Waffeln mit Arabischen Nüssen
1 1/2 Pf. 2 1/2 Pf. 3 1/2 Pf. 4 1/2 Pf.
franz. überall bin. Die Wirkung wird
noch erhöht durch Reichel's

Bonbons Pectoral

und nur bestmögliche Arzneistoffe
behebend und seit langen Jahren
mit glänzenden Erfolge bewährt

1 Pfund 1.20 Pf., 1/2 Pfund 60 Pf.
Verkauft hier frei Haus!

Otto Reichel, Berlin SO. 43,
Gartenstraße 4.

Dr. Simmel, Prinzen- Str. 41,

Spezialarzt für
Haut- und Nervenleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Kaiser's Malz- Kaffee

unübertroffen,

das Pfund nur 25 Pfg.

Kaiser's Kaffee-Geschäft Europas größter Kaffee-Rösterei-Betrieb.

Berlin N.: Ackerstr. 23/26, Brunnenstr. 81, Brunnenstr. 151, Brunnen-
straße 185, Badstr. 18, Chausseestr. 28, Chorinerstr. 20a, Danziger-
straße 90, Dalldorferstr. 23, Fennstr. 52, Franseckstr. 50, Invaliden-
straße 144, Müllerstr. 160, Putbusstr. 41, Reinickendorferstr. 10,
Swinemünderstr. 87, Schwedterstr. 245a, Tresckowstr. 18, Usedom-
straße 17, Weinbergsweg 5, Wollinerstr. 42, Prinzen-Allee 31, Prinz
Eugenstr. 20, Pappel-Allee 4.

Berlin NW.: Brodowstr. 43, Beusselstr. 20, Heidestr. 15/16, Hutten-
straße 4, Lübeckerstr. 20, Luisenstr. 43/44, Alt-Moabit 112, Melanchton-
straße 1, Stephanstr. 42, Turmstr. 30, Turmstr. 47a, Wilsnackerstr. 30.

Berlin W.: Culmstr. 1, Genthinerstr. 26, Gleditschstr. 48, Lützow-
straße 88, Steinmetzstr. 41.

Berlin SW.: Bergmannstr. 93, Zossenerstr. 22.

Berlin S.: Gräferstr. 25, Sebastianstr. 88.

Berlin SO.: Admiralstr. 32, Köpenickerstr. 144, Muskauerstr. 13,
Neanderstr. 37, Oranienstr. 1, Reichenbergerstr. 123, Wrangelstr. 23,
Wrangelstr. 54.

Berlin O.: Andreasstr. 57, Boxhagenerstr. 14/15, Ebertstr. 48, Frank-
furter Allee 51, Frankfurter Allee 71, Grüner Weg 41, Gubenerstr. 49,
Krautstr. 48b, Königsbergerstr. 31, Petersburgerstr. 81, Richthofen-
straße 15, Stralsauer Allee 23b, Zorndorferstr. 48.

Berlin NO.: Gollnowstr. 11, Greifswalderstr. 1, Landsberger Allee 29,
Lippinerstr. 29.

Berlin C.: Alte Schönhauserstr. 30, Kaiser Wilhelmstr. 20.

Charlottenburg: Augsburgerstr. 59/60, Berlinerstr. 98, Berliner-
straße 125, Dankelmannstr. 60, Holtzendorferstr. 4, Kantstr. 149, Kleist-
straße 19, Nehringerstr. 1, Pestalozzistr. 9a, Pestalozzistr. 29, Kaiser
Friedrichstr. 57, Tauenzienstr. 19, Spandauerstr. 28, Uhlandstr. 82,
Wilmsdorferstr. 126, Wilmsdorferstr. 148.

Boxhagen-Rummelsburg: Alt-Boxhagen 4/5.

Deutsch-Wilmersdorf: Berlinerstr. 131.

Friedenau: Rheinstr. 10.

Friedrichsberg: Frankfurter Chaussee 7.

Friedrichsfelde: Berlinerstr. 45.

Lichtenberg: Frankfurter Allee 171.

Weissensee-Berlin: König-Chaussee 32.

Pankow: Breitestr. 24a.

Reinickendorf-West: Scharnweberstr. 16.

„ Ost: Residenzstr. 107.

Rixdorf: Hermannstr. 40, Kaiser Friedrichstr. 242, Steinmetzstr. 116.

Rummelsburg: Schillerstr. 12.

Schmargendorf: Breitestr. 22a.

Schöneberg: Colonnenstr. 66, Goltzstr. 36, Hauptstr. 139, Tempel-
hoferstr. 21, Neue Winterfeldtstr. 44.

Steglitz: Schloßstr. 85.

Tegel: Berlinerstr. 9.

Tempelhof: Berlinerstr. 15.

Adlershof: Bismarckstr. 14a.

Nowawes: Friedrichstr. 15.

Ober-Schöneweide: Wilhelminenhofstr. 41.

Potsdam: Brandenburgerstr. 20, Nauenerstr. 38.

Spandau: Breitestr. 49, Jägerstr. 1, Neuendorferstr. 6, Potsdamerstr. 1a,
Schönwalderstr. 87.

Treptow: Baumschulenweg 19/20.

An die Gewerbegerichtsbeisitzer Deutschlands.

Nach einem Beschlusse der im September vorigen Jahres stattgefundenen Konferenz in Würzburg, welche dem Verbandstage deutscher Gewerbegerichte vorausging, ist der Sitz des Zentralausschusses der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) nach Dresden verlegt worden.

Um eine engere Fühlung mit den Gewerbegerichtsbeisitzern anzubahnen und zu unterhalten, fordern wir deren Obmänner oder Vertrauensmänner auf, ihre Adresse an den Unterzeichneten einzufenden.

Alle Partei-, Gewerkschafts- und arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Abdruck dieser Bekanntmachung gebeten.

Der Zentralausschuss. J. A.: Richard Holz, Dresden-Alttadt, Am See 33 IV.

Preussisches Landesökonomie-Kollegium.

Berlin, 1. Februar. Die gefällige Vertretung der preussischen Landwirtschaft, das königliche preussische Landesökonomie-Kollegium, trat heute vormittag im Landeshaus in Gegenwart des preussischen Landwirtschaftsministers v. Boddieleski und anderer Vertreter der Staatsregierung zusammen.

Auch auf die Fleischsteuerung und auf die Fleischbeschau kam Bod zu sprechen. Dann sprach er über Tierkrankheiten und Schweinegucht. Darauf wandte er sich zur Frage der inneren Kolonisation und mahnte, die Bauernhöfe nicht in Parzellen zu zerteilen, sondern sie zu erhalten.

Der Vorsitzende Graf Schwerin dankt dem Minister für seine Rede, hält es aber nicht für empfehlenswert, in eine Besprechung darüber einzutreten!

Der erste Gegenstand der dem Landesökonomie-Kollegium vom Landwirtschaftsminister zur Beratung und Beschlussfassung unterbreiteten Vorlagen betrifft

die Fleischverorgungsfrage,

und zwar lautet das Thema: „Welche Maßnahmen empfehlen sich im Hinblick auf die jüngsten Vorgänge auf dem Gebiete der Fleischversorgung, um eine tunlichst gleichmäßige und ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit im Inlande erzeugtem Fleisch zu gewährleisten?“

Berichterstatter ist Landtagsabgeordneter Landesökonomierat Ring-Großhennburg. Redner schildert die Anstrengungen der Landwirtschaft in den letzten 20 Jahren, sich den inländischen Fleischmarkt durch Steigerung der Viehproduktion zu sichern.

Erklärung.

„Das Landesökonomie-Kollegium erklärt: Die deutsche Landwirtschaft hat die Aufgabe, den Bedarf der Bevölkerung an Lebensmitteln, insbesondere an Vieh- und Viehprodukten, zu decken. Die Entwicklung unserer Viehhaltung trägt dieser Aufgabe durchaus Rechnung.“

1. Die Viehproduktion, sowohl in bezug auf Quantität wie Qualität mit allen gebotenen Mitteln weiter zu fördern; 2. den Zusammenschluss zur genossenschaftlichen Viehüberwertung, zur Erlangung eines maßgebenden Einflusses auf die Preisbildung auf das energichste in die Hand zu nehmen.“

Erwähnt sei ferner noch aus den Darlegungen des Berichterstatters Ring, daß er dem Landwirtschaftsminister v. Boddieleski großes Vertrauen entgegenbrachte, der „wirklich ein Minister für die Landwirtschaft“ sei und sich in anerkannter Weise bemühe, Seiden vom Auslande her fernzuhalten.

Der Antrag Ring wurde einstimmig angenommen. Professor Dr. v. Mars-Greifswald sprach hierauf über den neuen Beschutzwort betreffend den Versicherungsvertrag. Redner beschwor die folgenden Anträge: Der Beschutzwort ist auch von der Landwirtschaft dankbar zu begrüßen als weiterer Schritt zur Rechtseinheit und als sichere Grundlage auf einem Gebiete, wo die versicherungsnehmenden Landwirte bisher häufig sehr vielfältigen, unsicheren und wesentlich von den Versicherungsgesellschaften abhängigen Rechtsverhältnissen gegenüberstanden.

Professor Dr. Osterlag-Berlin sprach danach über die Frage: „Empfiehlt sich der Erlass eines Gesetzes zur Bekämpfung der Daffelplage?“

Professor Dr. v. Mars-Greifswald berichtete über den Entwurf einer Polizeiverordnung für bewegliche Kraftmaschinen. Ein Regierungsvertreter bemerkte: Die Regierung werde in dieser Beziehung den Landwirten entgegenkommen.

Die Heimarbeit in der Tabakindustrie

behandelte Reichstags-Abgeordneter v. Elm in einem Vortrage am Mittwoch im Einigungsraum des Gewerbegerichts. Dem Vortrage, der einen durch Zahlenmaterial illustrierten Umriss der Entwicklung der deutschen Tabakindustrie, speziell der Zigarettenfabrikation, bot, ist hinsichtlich der Heimarbeit dieser Industrie etwa folgendes zu entnehmen: Das Verhältnis der Hausarbeit zur Fabrikarbeit läßt sich bisher leider nicht genau feststellen.

Die Arbeitszeit des Hausarbeiters beträgt 12, 14 bis 16 Stunden pro Tag. Sofern Gehäusen beschäftigt werden, wird sie nicht durch eine regelmäßige Mittagspause unterbrochen. Der eine geht jetzt, der andere später, so daß der Raum ständig besetzt und an ein Läuten nicht zu denken ist. Bei dem Einzelhausarbeiter kommt hinzu, daß der Arbeitsraum zugleich Wohnraum ist, daß sich dort die Frau und Kinder aufhalten. Viel Staub und Dampf entwickelt sich bei der Verarbeitung. Die Einlage muß getrocknet werden. Das geschieht im Arbeitsraum. Ist es die Wohnstube, dann über dem Ofen; in der Küche über dem Feuerherd.

kommen sie eventuell mit beschmutzten Fingern wieder zur Arbeit und es wird einfach weiter gearbeitet. Als feinerzeit in New York die Podenepidemie ausbrach, wurden namentlich die Hausarbeiter der Zigarettenindustrie davon erfaßt. Die energische Leitung der Tabakarbeiterorganisation in New York holte die Vertreter der Stadt zusammen und zeigte ihnen bei einer Wanderung durch die Höhlen der Hausarbeit, wieviel Podenranke mit den nachbenutzten Fingern Zigaretten rollen.

Nachdem Redner die Benachteiligung der Hausindustrie in der gesamten Versicherungsgegebung betont hatte, kam er auf die Entlohnung zu sprechen. Nach den Ziffern der Berufsgenossenschaft im Jahre 1901 pro Arbeiter 513 M. und 526 M. im Jahre 1904. In den verschiedenen Gebieten des Reiches ist die Entlohnung verschieden. Am höchsten war der Durchschnittslohn im Gebiet der Sektoren 4 (Hamburg, Bremen und anstößendes Gebiet) mit 623 M. im Jahre 1901 und mit 632 M. im Jahre 1904.

So wie Kinder die Hausarbeiter der Tabakindustrie haben, so wie Kinder werden hier bei der Heimarbeit beschäftigt. Sogar eine Ausbeutung der Kinder anderer gegen geringes Entgelt kommt vor. Redner ist unter Berücksichtigung aller Umstände zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Heimarbeit in der Zigarettenindustrie durch gesetzliches Verbot ein Ende gemacht werden mußte.

Soziales.

Genossenschaftsfeinde. Am 3. November vorigen Jahres hatten wir über den Prozeß des früheren Lagerhalters Müller gegen die Verwaltung der Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgebung berichtet. In den Nummern vom 5. und 7. November hatten wir dann Einwendungen beider Parteien Raum gegeben.

Hieran war von uns die Bemerkung geknüpft: „Daß ein Konsumverein, der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen will, solche Einrede erhebt, beweist, wie notwendig es für die Genossen in Konsumvereinen ist, dem unbewußten Derrontum und eignerzigen Krämergeist in der Verwaltung entschieden entgegenzutreten.“

Die Artikel hat das Blatt der Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgebung, „Genossenschafts-Pionier“, aus dem Häuschen gebracht. In einem zwei Spalten langen Artikel zieht dort S. K. gegen den „Vorwärts“ los. Der Artikel ist so antiozial, und deshalb freilich wider Willen so Konsumgenossenschaftsfeindlich wie nur denkbar.

„Diese Artikel hat das Blatt der Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgebung, „Genossenschafts-Pionier“, aus dem Häuschen gebracht. In einem zwei Spalten langen Artikel zieht dort S. K. gegen den „Vorwärts“ los. Der Artikel ist so antiozial, und deshalb freilich wider Willen so Konsumgenossenschaftsfeindlich wie nur denkbar. Jeder Geschäftsmann, der darauf hält, als anständig erachtet zu werden, hält es auch ohne gesetzliche Vorschriften für seine Pflicht, dem Angestellten Zeit zur Wohnnehmung von Ehrenämtern zu geben. Die Versicherungsgelegenheit schützt ausdrücklich den Arbeiter gegen Nachteile, die der Arbeitgeber etwa aus der Wohnnehmung der Ehrenämter dem Arbeiter zufügt.“

und der Arbeiterpresse bekämpft werden, wenn sie gar von Genossenschaften geltend gemacht werden, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen wollen. Die Inanspruchnahme des Rechtes, Angestellten im Namen der Genossenschaft Nachteile zuzufügen, weil sie Ehrenämter als Vertreter der Arbeiterklasse ausüben, ist antisozial und arbeiterfeindlich. Sie mag sich das Recht an, den Arbeiter als Bürger zweiter Klasse zu qualifizieren, dem die ungehinderte freie Ausübung von Ehrenämtern gänzlich allein in der „freien Zeit“ gestattet wird. Gegen diesen engbrüstigen Dividendengeist müssen sich mit aller Entschiedenheit gerade Genossenschaftsfreunde wenden. Eine Genossenschaft, die von solchem Geist durchdrungen ist, wäre der schärfsten Bekämpfung wert. Wir mögen nicht annehmen, daß dieser antisoziale Geist in der Tat die Genossenschaft für Berlin und Umgegend beherrscht, wir nehmen an, daß diese genossenschafts- und arbeiterfeindliche Ansicht Privateigentum des Herrn S. K. ist.

S. K. wendet sich auch gegen unsere, wie erwähnt von Kaufmannsgerichten und von einigen gelehrten Gerichten geteilte Ansicht, daß es heißt, das Unternehmerrisiko auf den Arbeiter abwälzen, wenn man vereinbart, das Risiko solle stets (auch ohne Vorhandensein eines Verschuldens) von dem Legerhalter getragen werden. Das nimmt uns nach dem vorher Dargelegten kaum noch Wunder. Eine auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Genossenschaft schließt sich selbst in's Gesicht, wenn sie in dem Artikel entwickelte Ansicht billigt, damit der Konsumverein floriere, müßten die Angestellten Opfer bringen. Glücklicherweise steht die Mehrzahl aller Konsumgenossenschaften Ansichten, wie sie S. K. darlegt, fern und bekämpft diese. Es kann im Interesse einer verständigen Konsumgenossenschaft nicht dringend genug vor Verrentungsbelästigung und vor engbrüstiger Dividendenjägeri gewarnt werden. Von dieser Pflicht werden wir uns auch durch die Liebdeswürdigkeiten nicht abhalten lassen, die uns S. K. angebeißt läßt, und die auf derselben Tiefe stehen wie seine wiedergegebenen Anschauungen. In den Genossenschaftlern selbst liegt es, daß sie im Interesse der Konsumvereinsbewegung Ansichten zurückdrängen, wie sie im „Genossenschafts-Biotter“ von S. K. entwickelt sind.

Die guten Sitten und die Stadtgemeinde Berlin. Vor einiger Zeit wurde, wie wir ausführlich mitteilten, die Stadtgemeinde Berlin vom Gewerbeamt beurteilt, einem Gasarbeiter der Anstalt Müllerstraße den üblichen Zuschuß zum Krankengeld bis zur vollen Höhe des Lohnes zu gewähren, weil in der Entziehung ein Verstoß gegen die guten Sitten erblickt werden mußte. Dies hat sich der Berliner Magistrat aufsehnend doch etwas zu Herzen genommen und so ist in diesen Tagen nachfolgende Magistratsverfügung an die einzelnen Verwaltungen ergangen:

„Zur Beseitigung von aufgetretenen Zweifeln über die Berechnung der Dienstbezüge bzw. der Berechnung des Krankengeldes im Falle des § 16 der Verkaufsordnung vom 4. Juli 1902 bestimmen wir hiermit folgendes:

1. Es ist grundsätzlich davon auszugehen, daß in Erkrankungsfällen ein Arbeiter durch Gewährung von Krankengeld und Lohn nicht weniger (aber auch nicht mehr) erhalten soll, als er empfangen haben würde, wenn er gesund gewesen wäre und gearbeitet hätte.

2. Während der nach dem Statut der Betriebskrankenkasse angeordneten Karenzzeit ist in Befolgung des Grundgesetzes zu 1 einem erkrankten Arbeiter der volle Lohn zu gewähren.

3. Im Falle einer Krankenhausbearbeitung ist der den Bediensteten zu gewährenden Lohn schon vom ersten Tage der Aufnahme ins Krankenhaus ab in der nach der Mag.-Verf. vom 24. 2. 1902 berechneten Weise um das Krankengeld zu kürzen.

4. Die in Nr. 5 der Mag.-Verf. vom 17. September 1902 getroffene Anordnung bleibt bestehen.

Kirchner.

Diese gegenüber der bisherigen Praxis wesentlich richtigere Auffassung des § 16 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist gewiß anzuerkennen. Wenn die Stadtgemeinde auch erst nach unserer Veröffentlichung zu der Ueberzeugung gelangt ist.

Zu vielfachen Beschwerden wird aber nach wie vor der § 4 der Magistratsverfügung vom 17. September 1902 führen, welcher lautet: „In allen anderen Fällen (außer unerschuldeter Krankheit und militärischer Einziehung) bleibt es der zuständigen Verwaltungsabteilung überlassen, für eine nicht erhebliche Zeit der Dienstverräumnis den Lohn oder das Entgelt fortzusetzen.“

Die „nicht erhebliche Zeit“ findet bei den Betriebsverwaltungen eine recht verschiedenartige Auslegung. Während z. B. die Straßenreiner und Gasarbeiter bis drei Tage bezahlt erhalten, wird den Kanalarbeitern jede Stunde Verräumnis in Abzug gebracht. Ja, es wird von Fall zu Fall in derselben Verwaltung anders entschieden, so daß die Arbeiter naturgemäß oftmals auf den Gedeihen kommen müssen, daß in diesem oder jenem Falle eine ganz besondere Versorgung bzw. Juridikweisung Platz greift. Hier hätte die neue Verfügung gleichfalls unter Beachtung der von der sozialdemokratischen Fraktion im roten Haus wiederholt vorgetragenen Richtlinien einengen können.

Apothekenboikott. Weil sich die Wilhelmshavener Apotheken weigerten, den Ortskranken einen höheren Rabatt als 10 Proz. zu bewilligen, haben die vereinigten Ortskranken von Wilhelmshaven und Ristringen sämtliche Apotheken bis auf eine von der Lieferung der Medikamente ausgeschlossen. Die von der Verwaltungsbehörde unternommenen Einigungsverhandlungen blieben bislang erfolglos.

Gerichts-Zeitung.

Der Ruwiken über eine „Simplicissimus“-Karikatur löst dem Fürsten Kotschoubey Geld.

Die Bräutigamsreise des Fürsten Leon Kotschoubey, der durch seine Heirat mit der Herzogin Dorothea von Leuchtenberg in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zum russischen Kaiser und zu verschiedenen anderen europäischen Fürstenhäusern steht, ist durch eine zweite Beurteilung, die jetzt in Dresden erfolgt ist, in ein neues Stadium getreten. Fürst Leon Kotschoubey, der am 13. Juli 1892 in Paris geboren, seit 1893 mit der Herzogin von Leuchtenberg verheiratet, Vater zweier Kinder ist, über ein jährliches Einkommen von mehr als 100 000 Rubeln verfügt und Ritter des Reichs-Ober-Ordens ist, bezog im November 1904 eine Wohnung im Dresdener Hotel „Europäischer Hof“. Der Fürst war, schon als er in Berlin weilte, außerordentlich nervös und wollte sich im Dr. von Neidhards Institut einer heiligmäßigen Kur unterziehen. Fürst Kotschoubey hatte die Gewohnheit, abends die Berliner Zeitungen zu lesen. Am 8. Januar 1905 lehrte er mit seiner Frau aus der Oper ins Hotel zurück, verlangte die neuesten Blätter und als diese nicht gleich zur Hand waren, handigte der Hotelportier Moeller dem Diener des Fürsten u. a. auch den „Simplicissimus“ ein. Kaum hatte Fürst L. den letzteren in die Hand genommen, als er in eine heillose Wut geriet, sofort den Portier kommen ließ und diesen zur Rede stellte, weshalb er ihm das genannte Blättchen geschickt habe, so ein Blatt, „das die russischen Adligen verhöhne“. Die Titelseite des Blattes bildete eine Karikatur des russischen Kaisers, der russischen Geiseln, leit und der russischen Arzger. Die Schlussseite zeigte das Bild eines russischen Großfürsten in Gesellschaft einer Courthane, darunter die Worte: „Ach 30 000 Tote, Kellner noch Schnaps!“ Auch die halbkreisförmige Note kam in dieser „Simplicissimus“-Nummer schlecht weg. Das ärgerte den Fürsten um so mehr, als er bei Beginn des russisch-japanischen Krieges den russischen Rotenkreuz ins Leben rief und zu dessen Vorständen ernannt wurde. Der ahnungslose Portier erhielt mit den Worten: „Sie großer Esel, Sie großer Berbrecher“ einen fürchterlichen Substrich in die Sandgegend, flog gegen die Türe und mußte noch am selben Abend sich in ärztliche Behandlung begeben. Der Arzt konstatierte einen Bluterguß in die Sandhölle und am folgenden Tage traten bei dem Mißhandelten bedenkliche Krankheitserscheinungen auf. Die Verdauungstätigkeit ließ sich wünschen übrig, der Leib schwellte an, am Oberbauch, der Stelle des „fürchterlichen Substriches“, zeigte sich eine harte Geschwulst und der

Portier mußte fortan das Bett hüten. Diese Bräutigamsreise hatte die Beurteilung des Fürsten, der die Gastfreundschaft so schwer verleiht, wegen gefährlicher Körperverletzung zu nur 1000 Mark Geldstrafe zur Folge. Der bekanntere Portier Moeller aber trauerte fortan und hat wohl seine frühere Gesundheit für seine Lebenszeit eingebüßt. Er erkrankte den Fürsten, ihn durch eine Kente schuldig zu halten und als der Kente sich weigerte, strengte der so schwer Geschädigte einen Prozeß gegen ihn an, der jetzt vor der vierten Zivilkammer des Dresdener Landgerichts zugunsten des Portiers Moeller, der inzwischen, da er infolge der erlittenen Verletzungen durch den Führt des Fürsten Kotschoubey schwere Arbeiten nicht mehr verrichten kann, Stellung als Kirchendiener bei der Anglo-amerikanischen Kirche gefunden hat, entschieden worden ist. Moeller, der noch bis in die jüngste Zeit beständig auf Veranlassung des Gerichts ärztlich untersucht worden ist, hat nach Ansicht des letzteren dauernden Schaden an seiner Gesundheit erlitten und deshalb hat das Dresdener Landgericht für Recht erkannt, daß Fürst Leon Kotschoubey an den Portier Moeller fortan eine jährliche Rente in Höhe von 2600 Mark zu zahlen hat!

Wegen Unterschlagung von 6000 Mark zum Schaden der Deutschen Transportgenossenschaft war gestern der Buchhalter Ernst Lenz vor der zehnten Strafkammer des Landgerichts I angeklagt. — Im Jahre 1899 wurde der Angeklagte von dem Direktor der Transportgenossenschaft als Buchhalter engagiert. Er leistete seine Arbeit zur vollen Zufriedenheit, so daß ihm bald das weitgehende Vertrauen entgegengebracht wurde. Schließlich hatte der Angeklagte fast die gesamte Kassenführung unter sich. Im Jahre 1902 begann er sich als „stiller Teilhaber“ der Genossenschaft zu betätigen, indem er die Beiträge verschiedener Mitglieder sowie die Provisionen für Zuweisungen von Ladungen für sich behielt. Hierdurch eignete sich der Angeklagte nach und nach circa 2000 Mark an. Dieses Geld verwendete L. um verschiedenen noblen Passionen frönen zu können. Als er schließlich die Bekanntschaft einer Dame „vom Theater“ machte, erhöhte sich seine Ausgaben immer mehr. In der Zeit vom 11. bis 14. Dezember unternahm der Angeklagte mehrere Griffe in die Kasse der Genossenschaft. Die hierdurch erlangten 2000 Mark brachte L. in ungläublich kurzer Zeit durch. Als der Direktor der Transportgenossenschaft auf kurze Zeit verreiste, fälschte der Angeklagte zwei Cheks über je 1000 Mark und hob das Geld von der Deutschen Bank ab. — Vor Gericht war er gefänglich. Er behauptete jedoch, daß er die zuletzt unterschlagenen 4000 Mark eben so schnell, wie er sie erlangt, auch wieder losgeworden sei. Er habe am 15. Dezember eine junge Dame kennen gelernt und mit ihr, nachdem sie verschiedene Lokale besucht hatten, eine Droschkenfahrt unternommen. Als er nach längerer Zeit von dem Droschkenfahrer gewedt worden sei, wäre die junge Dame verschwunden gewesen und mit ihr sein Portemonnaie. Der Staatsanwalt hielt mit Rücksicht auf die Höhe der defraudierten Summe eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten für angebracht. Der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Hastbefehl und Verjährung. Eine eigenartige Beendigung erfuhr gestern ein gegen den Buchhalter H. eingeleitetes Strafverfahren in der Hauptverhandlung vor der zehnten Strafkammer. Der Buchhalter H. hatte sich im Februar 1897 unter Zurücklassung seiner Familie ins Ausland begeben. Bald nach seiner Rückkehr lief eine Anzeige ein, durch die er beschuldigt wurde, mit 3000 Mark durchgebrannt zu sein. Es wurde ein Hastbefehl wegen Unterschlagungen von 3000 Mark, verübt gegen seinen Prinzipal, gegen ihn erlassen. Trotzdem er schon im Juli 1897 nach Berlin zurückkehrte und nach durchgeführter Scheidung eine neue Ehe schloß, wurde alljährlich den Steuerverfahren gegen ihn erneuert. Im Jahre 1905 erhielt die Anklagebehörde von seinem Wohnsitz Kenntnis. Es stellte sich jedoch heraus, daß H. seinem Chef nichts unterschlagen hatte. Es wurden aber auf Grund der Anzeigen, die bald nach seiner Rückkehr erstattet waren, gegen ihn Anklagen wegen Unterschlagung des Vermögens eines Gefangenen, dessen Kassierer H. war, und wegen Unterschlagung von 800 Mark, die ihm eine Tante seiner verlassenen ersten Frau zum Ankauf von Wertpapieren gegeben hatte, erhoben. Der Verteidiger des Angeklagten, Dr. Ehrenfried, beantragte, von einer Beweisaufnahme Abstand zu nehmen, da die Handlungen, die den Gegenstand der Anklage bilden, länger als fünf Jahre zurückliegen, mithin verjährt seien, der Hastbefehl und die Steuerverfahren aber nur wegen einer angeblichen Unterschlagung von 3000 Mark gegenüber dem Chef erlassen seien. Die Staatsanwaltschaft widersprach diesen Ausführungen, indem sie darauf hinwies, daß diese Handlungen schon vor dem Hastbefehl und dem Steuerverfahren begangen seien, der die Verjährung aller vorher begangenen Straftaten unterbrochen habe. Das Gericht mußte sich jedoch dem Antrage der Verteidigung anschließen und stellte das Verfahren auf Kosten der Staatskasse ein.

Verammlungen.

Dritter Wahlkreis. Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag bei Buggenhagen seine ordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erließen die Anwesenden durch Ableben der Genossen Herzog, Jurisch und Steine das Erbe von den eigenen. Sodann verlas Loge den Kassenbericht vom 4. Quartal 1905. Demnach belief sich die Einnahme auf 1571,30 M. und die Ausgabe auf 792,50 M., so daß ein Kassenbestand von 778,80 M. verblieb.

Hierauf referierte Ströbel über den politischen Massenstreik. Gerade nach den letzten Vorgängen bei der Wahlrechtskampagne sei das Thema doppelt aktuell. Daß die Regierung durch ein Massenangebot von Infanterie, Kavallerie und Artillerie dem Proletariat eine — übrigens gar nicht einmal geplante! — friedliche Straßendemonstration verweigert habe, ferner der Umstand, daß offenbar auch nicht von einer bürgerlichen Partei eine tatkräftige Beteiligung an dem Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht zu erwarten sei, lege immer wieder die Frage nahe, ob es nicht trotz alledem Mittel gebe, Angriffe der Reaktion zurückzuweisen, respektive verweigerte Sollsrechte zu erzwingen. Als ein solches Mittel sei ja nun sowohl in Amsterdam als in Jena der politische Massenstreik anerkannt worden. Durch die Annahme der Jener Resolution sei aber die Frage des politischen Massenstreiks noch keineswegs erledigt. Denn durch die Annahme der Resolution und die Zustimmung zu den Ausführungen Bebels habe man sich zwar prinzipiell dafür ausgesprochen, daß „gegebenenfalls“ der politische Massenstreik als taugliche Waffe zu benutzen sei, allein sowohl die Diskussion vor dem Jener Parteitage als auch die Debatte in Jena selbst hätten bewiesen, wie verschiedenartig die einzelnen Genossen über die Anwendungsmöglichkeiten und den Charakter des politischen Massenstreiks urteilten. Redner gibt eine eingehende Darstellung dieser verschiedenartigen Auffassungen. Der eine halte den Massenstreik wohl für ein wichtiges Kampfmittel, aber erst in einer späteren Phase des Klassenkampfes, ein zweiter glaube, daß er auf jeden Fall angewendet werden müsse, sobald die Reaktion einen Angriff gegen das Reichstagswahlrecht unternähme, und daß auch die Furcht vor unaußbleiblichen Konflikten das Proletariat vor dem Gebrauch dieser Waffe nicht zurückhalten dürfe; ein Dritter halte den politischen Massenstreik auch schon in der Gegenwart für möglich, aber nur in der Form eines absolut friedlichen Demonstrationsstreiks; ein Vierter halte den Massenstreik zurzeit für ausgeschlossen, während er es dahingestellt sein lasse, ob er später einmal zur Anwendung kommen könne. Bebel habe sich auf all diese Meinungsverschiedenheiten nicht eingelassen, sondern mit dem zwingenden politischen Nachweis sich begnügt, daß die Angriffslust der Reaktion unangesehrt wache, während Zentrum und Liberalismus immer unzuverlässigere Verteidiger der Volksrechte würden, daß sich also das Proletariat auf schwere Kämpfe um die Erhaltung seiner spärlichen politischen Grundrechte rüsten müsse. Als Abwehrmittel gegen solche reaktionären Attentate aber kommen in erster Linie der politische Massenstreik in Betracht. Bebel habe taktisch klug gehandelt, erst einmal durch seine Resolution die generelle Zustimmung der Partei festzulegen. Damit sei die Diskussion über die Frage natürlich nicht abgebrochen, sondern erst

recht in Fluß gebracht. Da man aber noch immer in manchen Gewerkschaftskreisen der Idee des politischen Massenstreiks skeptisch oder direkt ablehnend gegenübersteht, sei es vor allen Dingen auch notwendig, die Gewerkschaften von dessen Notwendigkeit zu überzeugen und zugleich die ganz unbegründeten Bedenken zu zerstreuen, daß die Propaganda für den Gedanken des politischen Massenstreiks den selbstverständlichen so absolut notwendigen Ausbau der Gewerkschaftsorganisationen irgendwie gefährden könne. Immer wieder müsse betont werden, was doch schon in der Amsterdamer Resolution so deutlich ausgesprochen sei, daß der politische Massenstreik die gewerkschaftliche und parlamentarische Aktion nicht etwa erlöse, sondern nur sichern, unterstützen, fruchtbar machen solle. (Lebhafte Beifall.)

Peus nahm als erster Diskussionsredner das Wort und stimmte dem Referenten in fast allen Punkten zu. Jedoch möchte er den Massenstreik nicht als das einzige Mittel zur Verhütung von Wahlrechtsattentaten oder zur Erlämpfung weiterer politischer Rechte betrachten wissen, weil sonst die Auffassung plakatieren könnte, daß die bisherige Agitations- und Organisationsarbeit sowohl auf politischem als gewerkschaftlichem wie auch auf genossenschaftlichem Gebiete nicht mehr mit dem bisherigen Eifer betrieben werden brauche. Im Gegenteil müsse jetzt mit solcher Intensivität organisiert werden, daß dem organisierten Klassenstaat und dem organisierten Heer das organisierte Volk gegenüberstehe. Nicht hunderte, sondern tausende von Versammlungen müßten an einem Tage stattfinden können. Dann werde in einigen Jahrzehnten die Zahl derjenigen, die sich als zu den herrschenden Klassen gehörig fühlten, so klein sein, daß sie einen Zusammenstoß mit der Masse des Volkes gar nicht mehr wagen dürften. Sollten es die herrschenden Klassen dann aber trotzdem noch auf einen Zusammenstoß ankommen lassen, dann sei das Volk infolge seiner straffen Organisation erst recht befähigt, auch das äußerste Mittel des Massenstreiks mit Erfolg in Anwendung bringen zu können. (Starker Beifall.)

Deilmanu ist über die letzten Ausführungen von Peus haterfreut. Dagegen erklärte er, den Standpunkt des Genossen Ströbel in keiner Hinsicht teilen zu können; er stehe vielmehr auf dem Boden der diesbezüglichen Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses und halte infolgedessen eine Diskussion über den Massenstreik, und erst recht die Propaganda desselben, für nutzlos und sogar für schädlich. (Widerspruch.) Da nach Kautsky, Adler und auch Ströbel der Massenstreik gegenwärtig doch nicht ausführbar sei, so komme bei der Erörterung der ganzen Frage praktisch nichts heraus. Vielmehr würde dadurch nur Verwirrung und Zwietracht in die Reihen der Genossen getragen.

W. Raab polemisierte scharf gegen Heilmann. Er befinde sich in voller Uebereinstimmung mit Ströbel.

Kahlen wandte sich ebenfalls gegen Heilmann. Ebenso Wehrmann, der besonders der sozialistischen Jugendzueziehung mehr Aufmerksamkeit gewidmet wissen will, damit baldigst die Zeit komme, wo die Soldaten besseres zu tun müßten, als im blinden Kadavergehorsam auf das Volk zu schießen. Ebenfalls tue eine vermehrte Aufklärung der Landarbeiter not.

Ströbel beschäftigte sich in seinem Schlußwort vorwiegend mit den Ausführungen des Genossen Heilmann. Es sei doch selbstverständlich, daß die Frage jetzt erst von allgemeinen Gesichtspunkten aus erörtert werden sei. Wollte man sich in Einzelheiten vertiefen, so brauche man nur die Schrift der Genossin Roland-Holtz zu lesen und abschrittweise zu diskutieren. Der Massenstreik sei eben infolgedessen das „einzige Mittel“, weil uns solche Mittel nicht zur Verfügung ständen, wie sie gegenwärtig in Russland zur Anwendung kämen. Mit Peus könne er sich heute einverstanden erklären. Da es aber wahrscheinlich sei, daß es einst zu ersten Konflikten mit den herrschenden Klassen kommen werde, so sei neben dem intensiven Ausbau der Organisationen auch die Vorbereitung der Arbeiterkraft auf den Massenstreik eine zwingende Notwendigkeit. (Lebhafte Beifall.) — Nachdem noch eine Schiedsgerichtskommission gewählt worden war, erfolgte nach 12 Uhr Schluß der Versammlung.

Wider die Tabaksteuervorlage.

Am Mittwoch fand in Kellers großem Saal eine öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen statt, in der mehrere Delegierte des eben beendeten Tabakarbeiterkongresses über die elenden Verhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen in den verschiedenen Zweigen der Tabakindustrie und die verderblichen Wirkungen sprachen, die die von der Regierung vorgeschlagenen Steuern ausüben würden.

Zunächst sprach Riendorf aus Kiel. Zur neuen Steuervorlage der Regierung bemerkte der Redner unter anderem, daß wenn der Freiberger von Stengel nur ein wenig Zeit gehabt hätte, dem Tabakarbeiterkongress beizuwohnen, so hätte er die Berichte der Delegierten aus den verschiedenen Orten hören müssen, vielleicht wäre ihm dann das Verständnis dafür aufgedämmert, daß die Regierung hinsichtlich der Tabakindustrie keine dringendere Aufgabe habe, als durch soziale Gesetze für eine Besserung der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter zu sorgen. Die Arbeiterschaft der Tabakindustrie aber sollte sich viel stärker organisieren; außerdem aber müsse man das ganze deutsche Volk aufrufen, um so, durch gewaltige Protestbewegungen, die Regierung zu bestimmen, die Industrie nicht mehr mit solchen Steuervorlagen zu belästigen und statt dessen soziale Reformen zu schaffen.

Hierauf gab Frau Bachtich aus Dresden eine ergreifende Schilderung von dem Elend der Zigarettenarbeiterinnen. Besonders wies sie darauf hin, wie durch die Arbeitslosigkeit und die Hungerlöhne, durch das Wohnungseld, die unmenslich lange Arbeitszeit und die damit zusammenhängende Verwahrlosung der Kinder des Proletariats die Prostitution gefördert wird, und wie durch die Heimarbeit, verbunden mit der Anderandebutung, und durch das ganze schmachliche Ausbeutungssystem Krankheit und Sterblichkeit verursacht unter den Proletariaten der Zigarettenindustrie wüthen. Scharf geißelte die Rednerin die Brutalität des Unternehmertums und die unmensliche Gleichgültigkeit des Bürgertums diesem Massenelend gegenüber.

Eberle aus Nordhausen sprach über die traurige Lage der Kautakarbeiter und die Gefahren, die die Regierungsvorlage für diese Branche mit sich bringt, wodurch die ganze Stadt Nordhausen samt den umliegenden Dörfern aufs schwerste bedroht wird. Er bemerkte zum Schluß: Nur eine einzige Reichstagspartei war auf unserem Kongress vertreten: die Sozialdemokratie. Merkt Euch das! Es ist das wahnsinnigste Ausbeutungssystem selbst, das bekämpft werden muß, und in letzter Linie nur mit dem Klassenstaate selbst beseitigt werden kann.

Franz Schmidt-Berlin verurteilte das Gebaren der Zigarettenfabrikanten, die der Regierung erklärten, die Industrie könne wohl eine kleine Steuererhöhung tragen. Sie rechneten natürlich nur darauf, die kleine Kontingenz dadurch vermindert zu sehen, um dann den Markt allein zu beherrschen und bei der noch weiter um sich greifenden Arbeitslosigkeit die Löhne noch mehr zu drücken.

Herrmann aus Wiesbaden sprach von dem Elend und Reichum der hohen Herrschaften, die dort alljährlich zusammenströmen, und dem Elend, das auch dort unter der Arbeiterschaft der Tabakindustrie herrscht. Er forderte in eindringlichen Worten zur Organisation und zum Kampf gegen das Ausbeutungssystem auf.

Max Müller-Berlin erklärte unter anderem, die Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen sollten es sich merken, daß ihre Arbeitgeber, die noch bei der letzten Lohnbewegung bitter über die Besetzung der Industrie klagten und taten, als ob sie keinen Pfennig Lohnverhöhung tragen könnten, nun der Regierung sagen, daß eine Steuererhöhung noch erträglich sei.

Dubl-Verlin widerlegte die Behauptung des Frhr. v. Stengel, daß die Löhne in der Tabakindustrie geringfügig seien; im Gegenteil seien sie noch gestiegen. Der Redner erwähnte das Elend der Heimindustrie und der Kinderarbeit und bemerkte, daß Deutschland, wenn es diese Zustände dulde, schließlich, statt voran, an letzter Stelle in der Kultur marschiere.

Damit war die Rednerliste erschöpft. Der Vorsitzende Börner schloß die Versammlung mit einer Aufforderung zu ernster Be-

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Säger
(Kornel, Pietro, Britton,
Baldani, Böhm,
Walden, Seidel, H. u. D.
Schradler).
Anfang
Wochentags
8 Uhr,
Sonntags
7 Uhr.

Trianon-Theater.
Anfang **Loulou.** 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Prosit! Böhmisches Brauhaus.
BERLIN.


Allen Bekannten die traurige
Nachricht, daß meine liebe Frau
und unsere gute Mutter
Marie Wöllner
am 31. Januar verstorben ist.
Stille Teilnahme erbitet
Felix Wöllner nebst Kindern
Marionenstr. 32.
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 9. Febr., 11 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Nachhofes in
Rigdorf, Hermannstraße, aus statt.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband.**
Verwaltungsstelle Stoglitz.
Nachruf.
Am 25. Januar nach
langem Leiden an der Prostatitis-
Krankheit unser Kollege, der
Tischler
Martin Bartz
im Alter von 35 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
79/9 Die Ortsverwaltung.

Achtung!!! Ausschneiden!!!
Kleinste Wochenraten.
Große Auswahl in Herren- u.
Damenuhren,
Standuhren, Fretschwinger,
Regulateure,
Groschen, Ringe,
Ketten, Silbke, echte
Meuzenhauer Zithern,
Phonographen
Plattensprechmaschinen, Polyphons,
Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc.
Verkauf von Platten, echten
Edison- und ja. 1 Mk.-Walzen.
Jahre & König
Warschauerstr. 72 (nahe Bahnhof) und
Reinickendorferstraße 57 (nahe
Bahnhof Wodding). 5711L*

**Deutschlands
größtes Spezialgeschäft**
für **Bettfedern**
Erste Bettfedernfabr. m. elekt. Betrieb
Gustav Lustig
BERLIN S. Prinzenstr. 46
berichtet geg. Nachfrage garantiert
neue und gut enthaubte, gut sitzende
Bettfedern u. Fein. Nr. 455-1.00-1.25;
prima Halbdaunen Nr. 1.75; Gänse-
füßchen Nr. 2.50; prima weiße
Gänsefüßchen Nr. 2.50-3.00-3.50
mit doppel. Kissenpolstern
Nr. 2.85; mit doppel. Kissen-
polstern Nr. 3.50
Von den Daunen genügen 4-4 Pf.
zum groß. Eberbett. — Gänsefüßchen
(1. Reihe) Nr. 0.50 per Pfund; Gänse-
füßchenfedern, wie sie von der Gans
fallen, mit allen Daunen Nr. 1.50.
Proben und Preisliste gratis. Um-
tausch ober Rückführung gestattet.
Verpackung kostenfrei.
Seitfähriger Umsatz über 2000
Jahre Bettfedern, von feinem
zweiten Bettens u. Bett-
federgeschäft erreicht.

**Empfehlen unser helles u. dunkles
Tafelbier:**
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
Fab - Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- „ Friedenstraße 93. T. VII. 1670.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen
Kolonialwaren-Handlungen. 5600L*

Berta Sorrer geb. Schimpf
im 69. Lebensjahre.
Dies zeigen, um stilles Beileid
bittend an
August Sorrer nebst Kindern
Die Beerdigung findet Sonntag,
4. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Reichs-
steuer Gemeinde-Friedhofes, Kollé-
straße 48, aus statt. 14L

**Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands.**
Zweigverein Berlin.
Am 30. Januar verstarb im
Alter von 47 Jahren unser Mit-
glied
Hermann Biech
an Speiseröhrenverengung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, nachmittags 3 Uhr,
auf dem Nazareth-Nachhof in
Reinickendorf, Scharnweberstraße
statt.
Kege Beteiligung wünscht
136/8 Der Vorstand.

H. Zimmermann
Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 5670L*
Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur.
Streng reell. — Billigste Preise.

Lehr- und Versuchsanstalt für Brauer in München
Privat-Institut Direktor Dr. Doemens. 204/14*
Beginn des nächsten viermonatlichen Hauptkurses 23. April 1906.
Prospekte gratis. Bezugnahme auf diese Zeitung erbetet

Danfagung.
Allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem sowie den Kollegen von
der Tischlerei Kühne für die Teil-
nahme bei der Beerdigung unseres
lieben Vaters 15L

Wilhelm Hahn
lagen wir unseren herzlichsten Dank.
Gebrüder Hahn nebst Frau Bahr.

Dr. Schönemann,
Spezial-Arzt für
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten. Sekt:
Friedrichstr. 203 Schützenstraße.
10-2.5-7 resp. 8, Sonn. 10-12.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Das erste
teilgedruckt
Wort 10 Pfg. Worte mit mehr
als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 11 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr,
in der Expedition Linden-
straße 69 bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinen, Stores, Bettdecken,
enorm billig. Reste 1 bis 3 Fenster
Gartenmäntel, Gardinen-Verband-
haus Zentralvertriebstr. 11/12. 1221L*

Verkauf von Handtüchern, Bett-
decken, Kissen, etc. etc. etc.
Wollwaren, etc. etc. etc.
Wollwaren, etc. etc. etc.
Wollwaren, etc. etc. etc.

Antiquitäten, Kunstgegenstände,
etc. etc. etc.

Wohnungen, Zimmer, etc.
etc. etc. etc.

Vermietungen.

Wohnungen, Zimmer, etc.
etc. etc. etc.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche, Stellenangebote,
etc. etc. etc.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zug fernzuhalten
etc. etc. etc.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 27. Freitag, den 2. Februar 1906.

Inserate Sechsheftige Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Am Dienstag, den 6. Februar, abends 8 Uhr, finden in Berlin und Umgegend eine größere Anzahl von Versammlungen statt, welche sich gegen die geplanten Zoll-erhöhungen richten und sich gleichzeitig mit dem am 1. März ins Leben tretenden neuen Zolltarif beschäftigen sollen.

Wir bitten Partei und Gewerkschaften, an diesem Abende keinerlei andere Veranstaltungen zu treffen. Der Aktions-Ausschuß.

Neuenhagen a. d. Ostbahn. Am Sonntag, den 4. Februar, findet im Lokale von August Wünsche, Bahnhofstraße, eine ordentliche Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht und Wahl des Vorstandes. Unsere Bezirksinteilung und Verschiedenes.

Weidmannsdorf und Umgegend. Der sozialdemokratische Wahlverein hält am Sonntag, den 4. Februar, in Stolpe a. d. Nordbahn im Lokale der Witwe Bergmann eine Versammlung ab. Genosse Heßfeld hält einen Vortrag über die gegenwärtige politische Lage. Gäste sind willkommen. Im zahlreiches Erscheinen erjucht Der Vorstand.

Bossen. Am Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokale des Herrn Albert Schinke, Varuthstr. 51 (Bossen) eine öffentliche Volksversammlung statt. Tagesordnung: Gegen das Landtagswahlrecht.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung gab am Mittwoch die Mitteilung über die Ausführung der Weichlöcher der Versammlung im Jahre 1905 durch den Magistrat der sozialdemokratischen Fraktion Gelegenheit, ihre Stellung zu einigen wichtigen Fragen darzulegen. Bekanntlich hatten die Stadtverordneten vor Jahresfrist auf Anregung der Sozialdemokraten beschlossen, der Magistrat möge sich mit Vertretern anderer Kommunen in Verbindung setzen, um eine Änderung des Dreiklassenwahlrechts herbeizuführen. Der ursprüngliche sozialdemokratische Antrag, der sich für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht unter Fortfall des Privilegs der Hausbesitzer aussprach, war von der Mehrheit so verballhornt, daß der Magistrat nichts damit anfangen konnte. Genosse Dr. Vorchardt übte scharfe Kritik an der Behandlung dieser so wichtigen Angelegenheit. Ein Antrag, der eine beschleunigtere Behandlung verlangte, wurde abgelehnt. Kein Wunder! Die liberale Mehrheit wird nicht den Akt abgeben, auf dem sie sitzt, sie wird nicht die Hand zu einer Vereinfachung des Dreiklassenwahlrechts bieten, dem sie ihre Macht verdankt.

Die Untätigkeit des Magistrats in der Wohnungsfrage unterzog Genosse Vogel einen sehr abfälligen Kritik. Und mit Recht, denn fünf Jahre hindurch hat die Stadtverwaltung den Anschein erweckt, als ob ihr die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der Rinderbismittel aus dem Herzen liege. Endlich hat der Magistrat vor den Hausgegnern kapituliert und definitiv beschlossen, in seiner bisherigen Untätigkeit zu verharren.

Ebenso rückständig zeigt sich der Magistrat in der Arbeiter-Fürsorge. Zutreffend hob Genosse Dr. Vorchardt hervor, daß der Magistrat die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit für die städtischen Arbeiter verzögere. Natürlich bestreitet der Magistrat das, aber Tatsachen lassen sich nicht dadurch aus der Welt schaffen, daß man sie einfach hinwegleugnet.

Die Sitzung hat wieder einmal deutlich den Beweis dafür geliefert, daß die Arbeiterklasse von den Besitzenden nichts zu erwarten hat. Will sie, daß endlich einmal wirkliche Fortschritte auf dem Gebiete der kommunalen Sozialpolitik erzielt werden, dann muß sie den Einfluß ihrer Vertreter im Stadtparlament ganz bedeutend stärken.

Ein dritter der volkstümlichen Vortragsabende, welche von der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse im Laufe dieses Winters veranstaltet werden, findet am Freitag, den 2. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Saale Rosinensir. 3 statt. Sprecher ist Herr Professor Dr. Magnus-Deby über „Praktische Hülfsleistung bei Vergiftung“ usw. Zu diesem Vortrage hat jedermann unentgeltlich Zutritt. Rauchen ist jedoch verboten und Getränke werden nicht verabreicht.

Unfall. Beim Bau der Untergrundbahnstrecke Krummestraße—Wesend verunglückte gestern mittag der 29jährige Arbeiter Michael Ne n z f e l d aus der Bradowstraße 28. In der Nähe der Schloßstraße sollten um diese Zeit einige auf einer Feldbahn herbeigeführte LKW mit Beton ausgeladen werden. Beim Umstürzen eines dieser schweren Wagen geriet Ne n z f e l d mit der rechten Hand unter den Bogen, der ihn zu Boden riß und ihm die Hand zerquetschte. Nachdem er von seinen Kollegen aus seiner qualvollen Lage befreit war, wurde er zu einem in der Nähe wohnenden Arzt und dann nach seiner Wohnung geschafft.

Schöneberg.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Schöneberg tagte am 30. Januar in Obsts Festalen. Genosse Wollschuh referierte über „Die neuen Steuervorlagen“. Eingang seines Vortrages würdigte der Referent kritisch die Beweggründe, aus denen heraus die Reichsregierung dazu gekommen sei, das neue Steuerprojekt zu präsentieren. Das auf 122 Millionen angewachsene Defizit, das in der Hauptsache entstanden sei durch die ins Uferlose gesteigerten Ausgaben für Meer, Flotte und Kolonien, solle gedeckt werden durch Schaffung neuer Einnahmequellen und zwar auf dem Wege der indirekten Steuern. Charakteristisch für den Geist, der unsere Staatsleiter befehle, sei, daß man sich nicht scheue, der breiten, heillosen Masse durch Besteuerung der „Genusmittel“ Bier und Tabak den letzten Groschen aus der Tasche zu holen, während man es andererseits bei der geplanten Erbschaftsteuer, die ja nur die Reichen treffe, bei einem halben, lächerlich-schätzern Versuch bemenden lasse. Redner beschloß sich dann eingehend mit den einzelnen Steuervorschlägen und kritisierte scharf die volkschädliche Tendenz, die sich in ihnen offenbare. Beispielsweise wies er bezüglich der Tabaksteuer an der Hand reichen, statistischen Materials nach, daß dadurch nicht nur die breite Masse der Bevölkerung als Konsument empfindlich geschädigt würde, sondern daß vor allem auch durch die erdrückende Belastung der gesamten Tabakindustrie Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen erleiden würden. Wie auf allen Gebieten der Reichspolitik, so schloß Genosse Wollschuh seine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede, so lasse sich

auch aus der neuen Steuervorlage zum Ueberfluß das Grundmotiv der herrschenden Klasse erkennen, die Armen zu belasten und die Reichen zu schonen. Es folgte sodann die Berichterstattung des Vorstandes. Der Mitgliederbestand hob sich im letzten Vierteljahr von 1543 auf 1712 Mitglieder. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten am Orte beträgt 2000. Es fanden statt 8 Vereins- und 2 Demonstrationsversammlungen. — Der Kassenbericht ergibt folgendes Bild: Einnahme 2329,08 M. (darunter: Beiträge 1080,75 M., von der Expedition 300 M., Bestand von 1905 472,74 M.), Ausgabe 2237,20 M. (darunter an den Kreis abgeführt 1552,08 M.), Bestand: 91,88 M. — Die Bibliothek des Vereins umfaßt 435 Bände; ausgeliehen wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 384 Bände.

Die sich an die Berichte anschließende Diskussion beschäftigte sich mit der Angelegenheit des Genossen Reiche; derselbe hat schriftlich seinen Austritt erklärt. — Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer einstimmig entlastet. — Es folgte sodann die Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre; dieselbe ergab folgende Zusammensetzung: 1. Vorsitzender: K ä t z e r, 2. Vorsitzender: D ä u m i g, 1. Kassierer: Emil Lehmann, 2. Kassierer: Aug. Korn. Schriftführer: Kubil. Revisoren: Heinrich Korn, Dr. Schajes, Wollermann. 1. Bibliothekar: Ohlendorf, 2. Bibliothekar: Eugen Volkommision: Horlemann, Peterson, Ernst Lehmann. — Beschlossen wurde noch, Beiträge nur noch in den Bezirksitzungen zu kassieren. Ein Vergütungskomitee wurde nicht wieder gewählt; die Arbeiten desselben werden dem Vorstande überlassen. — Zum Schluß gelangten zur Aufnahme 83 Mitglieder, abgemeldet wurden 49.

Rixdorf.

Spielen mit Streichhölzern. In einer furchtbaren Lage befand sich gestern mittag das dreijährige Söhnchen des Arbeiters Friedrich in der Weichlöcher 7 in Rixdorf. Der Kleins war ohne Aufsicht in der Wohnung zurückgelassen worden und spielte mit Streichhölzern, wobei er seine Kleidung in Brand setzte. In seiner Angst und Hilflosigkeit wollte das Kind, das bald in heißen Flammen stand, aus dem Fenster herausspringen. Es gelang ihm jedoch nicht, dasselbe zu öffnen. Laut schreiend warf es sich nun auf den Fußboden und jetzt vermochten hinzueilende Nachbarn, die inerschrocken in das rauchgefüllte Zimmer einbrachen, die Flammen zu ersticken. Der Knabe hatte am ganzen Oberkörper sowie an den Unterschenkeln schwere Brandwunden erlitten und erhielt die erste Hilfe durch die Samariter der Feuerwehr.

Bris.

Die Kupferdrahtdiebe an der Arbeit. Die seit einiger Zeit aufgetauchte Spezialität der Drahtdiebe macht sowohl der Postverwaltung als auch den Verwaltungen elektrischer Bahnen im Osten außerordentliche Schwierigkeiten und verursacht durch ihr gefährliches Treiben große Schäden. In den letzten Nächten wurden wieder in Bris eine ganze Anzahl von Fernsprecheinrichtungen zerstört. Durch eine sinnreich angebrachte Vorrichtung wurde ein Gendarm „noch im geeigneten Moment“ auf den Diebstahl aufmerksam gemacht. Der Beamte eilte sofort nach dem Tatort und es gelang ihm auch, einen der Diebe festzunehmen. Drei Komplizen des Verhafteten glückte es zu entweichen.

Pankow.

Mit der Festlegung des Wahltages und der Wahlzeit beschäftigte sich die hiesige Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung. Der Vorschlag des Bürgermeisters, die Wahlen der dritten Abteilung am 15. März und die der zweiten und ersten Abteilung am 16. März stattfinden zu lassen, wurde stillschweigend akzeptiert, dagegen wurde der Vorschlag, die Wahlzeit der dritten Abteilung von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends festzulegen, durch Genossen Eichler bekämpft. Eichler beantragte, die Wahlzeit bis 8 Uhr abends auszuweihen, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, ohne Einbuße von Arbeitsverdienst ihr Wahlrecht auszuüben. Nach einigem Widerstreben wurde der Antrag Eichler angenommen. Die Wahlen der zweiten Abteilung finden am 16. März, nachmittags von 3—6 Uhr, die der ersten Abteilung von 7—8 Uhr statt. In den Wahlen selbst ist zu bemerken, daß durch die Vermehrung der Zahl der Gemeindevertreter von 18 auf 24 zwei Ersatzwahlen und zwei Neuwahlen in allen Abteilungen vorzunehmen sind. In der dritten Abteilung scheiden unsere Genossen Eichler und Freiwald aus und sind auf Grund der famosen Landgemeinde-Ordnung, nach welcher zwei Drittel Hausbesitzer sein müssen, bei dieser Wahl drei Hausbesitzer zu wählen.

Die Zusammensetzung der Wähler bietet daselbe Bild wie in den anderen Vororten. Die erste Abteilung wird gebildet durch 76 Wähler, welche den Gesamteuerlag von 282.770,59 M. repräsentieren und bei welcher der „Kern“ mindestens 1200 M. Steuern zahlt. Die zweite Abteilung umfaßt 81 Wähler mit der Gesamteuerlagsumme von 281.637,71 M. und schließt mit dem Steuerlag von 126,20 M. Die dritte Abteilung, welche in zwei Bezirken getrennt ist, umfaßt 4473 Wähler. Der erste Bezirk umfaßt 2160 Wähler mit 67.383,34 Steuern und schließt mit dem niedrigsten Steuerlage von 7,80 M. Der zweite Bezirk wird gebildet durch 2323 Wähler mit dem Gesamteuerlag von 72.752,47 M. und schließt ebenfalls mit dem Steuerlage von 7,80 M.

Die Sammelliste Nr. 43 für die Gemeindevertreterwahlen zu Pankow ist verloren gegangen. Bezeichnet sind darauf 540 M. Dieselbe ist abzugeben bei Genossen Janide, Pankow, Koxmilitärstraße 5 im Zigarrengeschäft.

Rummelsburg.

Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag, den 30. Januar bei Weigel seine Generalversammlung ab, in welcher Genosse Ebert einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über die Steuerpolitik des Reiches hielt. In 1 1/2 stündiger Rede kritisierte der Referent die neuen Steuervorlagen der Reichsregierung. Aus jeder einzelnen Position geht der Klassencharakter unabweislich hervor. Der Vorsitzende Genosse John berichtete, daß im letzten Quartal 1905 der Wahlverein gute Fortschritte gemacht habe. Die Mitgliederzahl habe bereits die Zahl 700 überschritten. Auch der unermüdeten Agitationsbezirk zugewiesene Ort Rixdorf zeige eine gute Entwicklung. Die Protokollversammlungen waren alle mehr als überfüllt. Die in letzter Generalversammlung angeregte und im Dezember ausgenommene „Vorwärts“-Statistik ergab folgendes Bild. Im Verbreitungsgebiet (Rummelsburg inkl. Vogelpark) waren von 1124 „Vorwärts“-Abonnenten 558 Wahlvereinsmitglieder, etwa 190 Mitglieder waren Nichtabonnenten des „Vorwärts“. Der Quartalsbericht des Kassierers Genossen V i t t e r h o f f ergab eine Einnahme von 1142,12 M., eine Ausgabe von 872,95 M., so daß ein Bestand von 769,17 M. verbleibt. Genosse Hermann Baumgarten empfiehlt den Genossen als Protest gegen die beschlossene Ver-

pflung der deutschen Volksschule den Austritt aus der Landeskirche. Zum Schluß gibt Genosse John bekannt, daß am 12. Februar bei Weigel eine Versammlung stattfindet mit der Tagesordnung: „Berichterstattung der Gemeindevertreter und Auffstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl“.

Köpenick.

Jung in den Tod. Der Selbstmord eines jungen Mädchens rief gestern nachmittag an der Landungsbrücke bei Köpenick Aufsehen hervor. Arbeiter, welche dort beschäftigt waren, beobachteten am Ufer der Obersee, wie eine Unbekannte sich ihres Hutes und Zigaretts entledigte und dann mit einem Aufschrei in die Fluten sprang. Sofort machten sich die Leute an die Rettung der Lebensmüden, doch vergeblich. Sie konnten die Unglückliche nur noch als Leiche aus dem Wasser herausziehen. In der jugendlichen Selbstmörderin wurde später die 16jährige Fabrikarbeiterin Frieda E. rekonstruiert. Ein unglückliches Liebesverhältnis ist angeblich das Motiv zu der unseligen Tat.

Neuroweß-Neuendorf.

Eine öffentliche Kommunalwählerversammlung tagte am Dienstag im Jungereichen Lokale in Neuendorf. An Stelle des durch Krankheit verhinderten Genossen Obst-Schöneberg referierte Genosse Hoffmann-Romawes über „Gemeindepolitik“. Redner legte in seinen Ausführungen die Forderungen dar, die die Sozialdemokratie an die Gemeindeverwaltungen zu stellen habe. Von diesen Forderungen sei bis jetzt in Neuendorf noch gar nichts verwirklicht; es werde im Gegenteil dort die einseitige Interessen- und Klientelpolitik getrieben. Deshalb müsse die organisierte Arbeiterkraft bei der bevorstehenden Wahl dafür sorgen, daß die freierwerbenden Plätze der Vertreter der Sozialdemokratie eingenommen werden. An der längeren Diskussion, welche dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage folgte, beteiligte sich auch der Gemeindevertreter Delmann. Derselbe gehört dem Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein an und ist bei der letzten Wahl als Parodarbeiter mit in die Vertretung von den bürgerlichen Parteien gewählt worden. Derselbe führte aus, daß er den vom Referenten aufgestellten Forderungen vollständig beistimme, — er habe auch verschiedentlich in der Gemeindevertretung diesbezügliche Anregungen gemacht, sei aber stets in der Minderheit geblieben; andererseits lassen sich aber auch verschiedene Wünsche, z. B. in bezug auf Schulbauten, nicht gleich verwirklichen. Von den Genossen Schulz und Hoffmann, deren Ausführungen sich gegenseitig ergänzten, wurde u. a. betont, daß Herr Delmann stets einflußlos in der Gemeindevertretung bleiben werde, da er keine Partei hinter sich habe, auf die er sich stützen könne; denn die Kreise, denen er sein Mandat verleihe, seien die rückständigsten in Neuendorf. Diese hätten ihm nicht gewährt, daß er in der Vertretung fortschrittliche Forderungen stellen oder Opposition gegen reaktionäre Anträge machen solle, sondern er sei vor zwei Jahren deshalb als Kandidat aufgestellt worden, um mit Hilfe der Gewerbetreibenden den Sieg der Sozialdemokraten zu verhindern. Würde er, dessen Mandat jetzt abläuft, wieder von den bürgerlichen Parteien als Kandidat proklamiert, so geschähe dies nur zu dem Zweck, gegen die Interessen seiner Klassenossen Front zu machen. Die organisierte Arbeiterkraft könne nur solchen Männern ihr Vertrauen schenken, die auf ein bestimmtes Programm gewährt sind und unter Kontrolle und in Fühlung mit den Arbeitern stehen, und das seien nur die Kandidaten der Sozialdemokratie. — Nachdem noch der Vorsitzende Genosse zu intensiver Agitation für die im März stattfindenden Wahlen aufgefordert hatte, wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Weißensee.

Die Jahreshelle Weißensee des Deutschen Holzarbeiterverbandes hielt am 25. Januar ihre Generalversammlung ab. Kollege Schlemminger als Kassierer gab den Kassenbericht vom 4. Quartal 1905. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 4175,68 M., dieser stand eine Ausgabe von 3443,82 M. gegenüber, es verbleibt ein Bestand von 731,86 M. Die Lokalkasse hatte mit dem Bestand vom vorigen Quartal eine Einnahme von 16.994,47 M. und eine Ausgabe von 2353,71 M., bleibt ein Bestand von 16.640,76 M. Mitglieder sind 852 vorhanden, darunter 15 weibliche. An Arbeitslosen-Unterstützung wurden aus lokalen Mitteln 936,10 M. gezahlt, an Krankengeldauszahlung 607,60 M. Bezüglich hergegebener Darlehen wurde der Antrag angenommen, daß diejenigen Kollegen, welche bis 1. April 1906 ihr Darlehen nicht zurückgezahlt haben, in der Versammlung um Stundung nachsuchen müssen. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Dann beschäftigte sich die Versammlung mit einem Antrag der Verwaltung: „Wie stellen sich die Mitglieder zur Anstellung eines besoldeten Beamten in unserer Jahreshelle?“ Dieser Antrag war schon in der Dezember-Versammlung gestellt, aber abgelehnt worden. Da auch die Wahl eines Arbeitsvermittlers abgelehnt wurde, so wurde die Verwaltung ersucht, eine Generalversammlung einzuberufen und diese Fragen auf die Tagesordnung zu setzen. In dieser Versammlung legte Kollege Schlemminger den Mitgliedern die Notwendigkeit dieser Anstellungen dar. Die Verwaltungskosten belaufen sich auf ein Mitglied pro Jahr 1,36 M. Wenn sich nun auch die Ausgaben noch vermehren, so haben wir auch Aussicht, eine bessere Agitation für die Organisation zu entfalten. Der Antrag der Verwaltung wurde hierauf einstimmig angenommen. Die Anstellung erfolgt am 1. April 1906. Zur Gaukonferenz, welche am 26. Februar 1906 in Frankfurt a. Oder stattfindet, wurde beschlossen, den Gauvorstand zu beauftragen, folgende Punkte auf die Tagesordnung zu setzen: 1. Die Heimarbeit in der Bau- und Weighölzerei. 2. Die Behrlingsfrage bei den Möbelpolierern. — Angenommen wurde ferner ein Antrag, die Kassenberichte in der Versammlung schriftlich vorzulegen.

In der vorhergehenden Versammlung wurden nach dem Bericht des bisherigen Bevollmächtigten Mittler folgende Kollegen in die Ortsverwaltung gewählt: Erster Bevollmächtigter Curt Fuhrmann, zweiter Bevollmächtigter Wehke, Möbelpolierer, Kassierer Franz Schlemminger, Schriftführer Richard Daechner. Als Revisoren wurden die Kollegen Albert Arfmann, Mittler und Möbelpolierer Parleben gewählt. Als Bibliothekar fungiert Kollege Weigert, Möbelpolierer. Beschlossen wurde, die Hilfskassierer, welche bisher die Verwaltung bestimmten, aus der Versammlung zu wählen, dieselben sollen in der Verwaltung Sitz und Stimme haben, ebenso der Bibliothekar. Als Hilfskassierer wurden folgende Kollegen gewählt: Gerhard, Proditor, Meinite und Schnell. Die Kontrollkommission besteht aus den Kollegen Rowodni, Janne, Krüger, Giers, Schnell und Alb. Kirchner. Letztere drei sind Obdite. Die Obdite der einzelnen Branchen sind: Für Bautischler Albert Arfmann, für Weighölzerei Auerbach, für Drechler Hähig und für Möbelpolierer Polufsch.

Fangschleuse.

Am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, wurde hier eine Volksversammlung abgehalten, die außerordentlich gut besucht war; gegen 200 Personen waren erschienen.

Reinigungsdienst.

Ein Einbruch wurde gestern in dem Marfir. 1-2 belegenen Goldwarengeschäft von Körner verübt. Mit einem Hammer zertrümmerten die Einbrecher das Schaufenster und räumten es vollständig aus.

Schmargendorf.

Gestern gegen 12 Uhr mittags wurde das dem Buchdruckerbesitzer Dskar Stenisch gehörige Fahrrad in der Repligerstr. 82 aus dem Innerraum der dort umzäunten Villa gestohlen.

Zu vergangener Nacht wurde der Schokoladen-Automat vor dem Kaiserlaffengeschäft in der Breitestraße erbrochen und des Inhalts beraubt.

Berliner Nachrichten.

Eine neue Straßenbahnlinie ist von der Großen Berliner Straßenbahn eröffnet worden. Sie trägt die Nummer 98, die höchste Zahl in der Reihe der Linien der Großen Berliner Straßenbahn.

Der Selbstmord des Soldatenpeinigers. Mit seinem Dienstgewehr hat sich gestern nachmittags der 28 Jahre alte Unteroffizier Franke von der 11. Kompagnie des 3. Garderegiments zu Fuß erschossen.

Aus der vierten Etage herabgestürzt hat sich gestern morgen gegen 6 Uhr die 61 Jahre alte Witwe Marie E. aus der Köpenickerstraße 101.

Zwei Frauen überfahren. In der Friedrichstraße hat sich gestern abend ein bedauerlicher Verkehrsunfall zugetragen. An der Kreuzung der Französischenstraße waren die Kaufmannsfrauen H. aus der Lindenstraße und W. aus der Jägerstraße beim Ueberfahren des Fahrdammes begriffen.

Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit veranlaßten den Arbeiter E. Wandner, seinem Leben ein Ende zu machen. Er begab sich nach dem Wald bei Pöppchen, legte sich ins Gebüsch und trank eine Flasche Whisky.

Durch elektrischen Strom verletzt wurde gestern nachmittags der Restaurateur Franz Schulz, Frankfurter Chaussee 33 wohnhaft, welcher mit einem Straßenbahnwagen der Linie 69 nach Berlin gefahren war.

Aus allen Blüten Honig zu saugen, versuchen die Haus- und Grundbesitzer. Jetzt hat es ihnen der Reittweg des Kaisers angetan.

Der Reittweg des Kaisers bildete den Gegenstand einer lebhaften Debatte in der gestrigen Generalversammlung des Charlottenburger Haus- und Grundbesitzervereins von 1895.

Straße und Berlinerstraße anzulegen. In der Diskussion wurde betont, daß die Kaiser Friedrichstraße bei Anlegung eines Reittweges viel zu schmal für die Durchfuhr resp. Durchführung der so notwendigen direkten Straßenbahnverbindung zwischen dem Bahnhof Charlottenburg einerseits und der Berlinerstraße andererseits werde.

In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung haben diese Herren ja ihre Vertreter, schon kraft des famosen Hausbesitzerprivilegs, und diese werden schon alles tun, um ihren Auftraggebern gerecht zu werden.

In der Frühstückshaus verunglückt. Gestern vormittag wollte sich der 15jährige Arbeiter Hermann Weder aus der Wiclerstraße 30 zum Frühstück auf seiner Arbeitsstätte, einem Neubau in der Dutenstraße, seinen von Hause mitgebrachten Kaffee auf einem Spiritusapparat erwärmen.

Gerichts-Zeitung.

Hilfszahlstelle ein Verein? Wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes hatten der Bauarbeiter Friede in Moritzberg und der Bauarbeiter Magerkuth in Hildesheim polizeiliche Strafverfügungen erhalten.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision beim Kammergericht ein. Die Angeklagten wurden in der Verhandlung durch Rechtsanwalt Dr. Heinemann vertreten.

Die Heilsarmee eine im Staate bestehende Religionsgesellschaft? Neulich berichteten wir, daß das Kammergericht die Heilsarmee als Gewerbetreibende anerkannt hat.

Schuldlosigkeit der Rechtsanwältin. Ueber einen eigentümlichen Fall der Belegung eines Rechtsanwalts mit einer Ordnungsbüchse berichtet die 'Frankf. Ztg.' aus einer Gerichtsverhandlung, die am Montag sich in Mannheim abspielte.

Der Schlosser Anton W. Wahl aus dem Vorort Redaran war am 27. Dezember v. J. bei einem Disput mit dem Feldhüter Berlinghoff übermäßig laut und wurde deshalb von Schulheuten zurechtgewiesen.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Tagen verurteilt, von der Anklage der Körperverletzung aber freigesprochen, weil er in Notwehr gehandelt habe. Hat der Rechtsanwalt durch die geübte Art seiner Verteidigung die Ordnung verlegt - welcher Staatsanwalt, der gegen einen schuldlosen Angeklagten Anklage erhebt, welches Gericht, das einen Angeklagten verurteilt, dessen Urteil aber dann aufgehoben wird, verlegt nicht die Ordnung?

Vermischtes.

Ein deutscher Dampfer gestrandet. Der deutsche Dampfer 'Mariechen' ist nach Meldungen aus San Francisco gestrandet, als er in einem schweren Sturm verfuhrte, den Hafen von Yuneau (Alaska) zu erreichen.

Rettung aus Seenot. Der im westindischen Dienste der Hamburg-Amerika-Linie beschäftigte Post- und Passagierdampfer 'St. Domingo' der dänischen Ostasiatischen Kompagnie suchte auf der Heimreise, circa 400 Seemeilen vor dem englischen Kanal am 15. Januar halb nach Mittag einen Notsignale zeigenden Dampfer.

Waldorf, 1. Februar. Gegen 120 Stück Pferde und Rinder sind bei einem Brande in den Flammen umgekommen, der heute Nacht auf der Kanzlei, einem nur wenige Höfe zählenden Dörfchen, die Anwesen der Herren von Trahen und Otto Junge in Wähe legte.

Eine Zeitung von einem Stahlmagnaten aufgekauft. Die gelebteste Pittsburger Nachmittagszeitung, der 'Leader', hatte kürzlich eine Karrikatur gebracht, welche das starke Mißverhältnis des Stahlmagnaten Henry C. Frick erregte.

Verein ehemaliger Gütergänger. Verein ehemaliger Kurgäste der Heilanstalten für Lungentranke zu Görbersdorf i. Schl. (Vereine zur Bekämpfung der Tuberkulose). Sonntag, den 4. Februar 1906, nachmittags 5 Uhr, im Königl. Casino, Holzmarktstr. 72 (Wingung Jannowitzbräde).

Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Niddorf-Brin. Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 2 Uhr, im Restaurant Volmer, Hermannstr. 211: Versammlung.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 62-65 pr. 100 Pfund, Ha 54-60, IIIa 48-52, IVa 38-46.

Witterungsübersicht vom 1. Februar 1906, morgens 8 Uhr. Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C., Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C.

Wetterprognose für Freitag, den 2. Februar 1906.

Etwas wärmer, ziemlich trübe mit leichten Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden.

Wasserstand am 31. Januar. Elbe bei Aukig +0,50 Meter, bei Dresden -0,95 Meter, bei Magdeburg +1,68 Meter. - Unruhig bei Straßfurt +1,55 Meter. Oder bei Rathow +1,21 Meter, bei Breslau Oberpegel +5,04 Meter, bei Breslau Unterpegel -1,02 Meter, bei Frankfurt +1,48 Meter. - Weichsel bei Wahrenau +3,42 Meter. - Warthe bei Polen +1,30 Meter.